Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

18.05.1971 - 57. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

57. Sitzung

am Dienstag, dem 18. Mai 1971

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Friedrichs, Götze, Hinz, Menke, Oltmanns, Ostendorff.

INHALT

Nachruf für Abg. Eilers 3189

Eintritt der Abg. Frau Christel Böttcher (SPD) in die Bürgerschaft 3190

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 3189

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung . 3190

Fragestunde 3190

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 6. April 1971:

Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Reisekostengesetzes (Drucksachenabteilung I Nr. 174)

2. Lesung 3190

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 20. April 1971:

Gesetz über eine Zusatzvereinbarung zur Übereinkunft der Länder Freie Hansestadt Bremen, Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über ein Gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung (Drucksachenabteilung I Nr. 177)

1. Lesung 3190

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 4. Mai 1971:

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. März 1971 (Drucksachenabteilung I Nr. 179) 3191

Bericht der Wirtschaftskammer über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen (Zwischenbericht) (Drucksachenabteilung III Nr. 60)

Abg. Launspach (SPD) 3191
Abg. Ingeborg Förster (CDU) 3193
Abg. Brouwer (NPD) 3194
Abg. John (FDP) 3195
Abg. Koschek (CDU) 3197
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Schulz 3199
Abg. Dr. Franke (SPD) 3201
Abg. Schäfer (CDU) 3204
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 3205
Abg. Krauss (CDU) 3207
Abg. Gassdorf (CDU) 3209
Abg. Dr. Sieling (CDU) 3210
Abg. Kähler (SPD) 3210
Abstimmung 3210

Bericht Nr. 50 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 66) 3210

Bericht Nr. 51 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 67) 3210

Mündlicher Bericht des nichtständigen Ausschusses zur Vorbereitung eines Fachhochschulgesetzes — Erweiterungsauftrag —
Abg. Ströh, Berichterstatter 3211

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 2. März 1971:
Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung — LHO)
(Drucksachenabteilung I Nr. 168)
2. Lesung
Einzelberatung
§ 10 Absatz 3
Änderungsantrag Nr. 534 3217
Abg. Brouwer (NPD) 3218
Abg. Gisela Müller-Wolff (SPD) 3218
Abg. Brouwer (NPD) 3219
Abstimmung 3219

Anfrage: Einfuhr von Lebensmitteln und Pharmazeutika aus den Vereinigten Staaten von Amerika
(Drucksachenabteilung II Nr. 527)
D a z u
Antwort des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 4. Mai 1971
(Drucksachenabteilung I Nr. 178) 3219

Anfrage: Einführung des Vorbereitungsdienstes für Grund-, Haupt- und Realschullehrer
(Drucksachenabteilung II Nr. 530)
— Mündliche Beantwortung —
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3221

Anfrage: Einführung von Vorbereitungsdienst für Absolventen der Pädagogischen Hochschule
(Drucksachenabteilung II Nr. 532)
— Mündliche Beantwortung —
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3221

Antrag (Dringlichkeitsantrag): Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhaltung der Währungs- und Preisstabilität auf die bremische Wirtschaft und den bremischen Haushalt
(Drucksachenabteilung II Nr. 539)
Abg. Brouwer (NPD) 3223
Senator für die Finanzen Speckmann . . . 3223
Abg. Klein (CDU) 3225
Abstimmung 3225

Antrag (Entschließung): Berufung von sozial- und rechtswissenschaftlichen Hochschullehrern für die Universität Bremen
(Drucksachenabteilung II Nr. 521)
Abg. Klein (CDU) 3226
Abg. Dr. Franke (SPD) zur Geschäftsordnung 3229
Abg. Franke (SPD) 3230
Abg. Dr. Sieling (CDU) 3231
Abg. Kahrs (SPD) 3232
Abg. John (FDP) 3234
Abstimmung 3236

Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses zur Überprüfung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Radio Bremen" . . . 3236

Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven 3237

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts 3237

Wahl eines Mitglieds der Finanzdeputation durch die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder 3237

Antrag: Bericht des Senats über den Vollzug und die Kosten des verabschiedeten Gesetzes über die Fachhochschulen
(Drucksachenabteilung II Nr. 528)
Abg. Schepers (CDU) 3237
Abg. Ströh (SPD) 3239
Abg. John (FDP) 3240
Abg. Schepers (CDU) 3241
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3242
Abg. Dr. Sieling (CDU) 3243
Abg. Ströh (SPD) 3244
Abg. Fichtner (NPD) 3245
Abstimmung 3245

Präsidium

Präsident **Dr. Klink** Vizepräsident **Bugla**

Schriftführer Ella **Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Schulz** (SPD)

Landesschulrat **Banse** (Senator für das Bildungswesen)

Oberregierungsrat **Dücker** (Senator für das Bildungswesen)

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.16 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Meine Damen und Herren! Für uns alle unfaßbar, ist der Abgeordnete Wilhelm Eilers am 9. Mai 1971 verstorben. Ein jäher Tod hat ihn viel zu früh mitten aus seiner parlamentarischen Arbeit gerissen. In den zwei Jahrzehnten seiner parlamentarischen Arbeit hat sich der Verstorbene große Verdienste erworben. Sein Sachverstand befähigte ihn zu einer erfolgreichen Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten des parlamentarischen Lebens. Insbesondere durch seine Mitarbeit in der Finanzdeputation und als Sprecher der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven leistete der Verstorbene hervorragende Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit. Die Zukunft wird zeigen, welche Lücke der Tod dieses bewährten Parlamentariers in den Reihen seiner Fraktion hinterläßt.

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen!

Meine Damen und Herren, mehrere Anträge, die auf den Tagesordnungen des Landtags und der Stadtbürgerschaft stehen, stellen nach einstimmiger Auffassung des Vorstands Entschließungen dar. Aus diesem Grunde wurden in die Tagesordnungen entsprechende Zusatzvermerke aufgenommen.

Gemäß Paragraph 30 Absatz 1 der Geschäftsordnung bedürfen Anträge auf Annahme von Entschließungen der Unterstützung von mindestens einem Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft. Aufgrund dieser Geschäftsordnungsvorschrift mußte der Vorstand feststellen, daß der Antrag des Abgeordneten Brouwer und NPD-Fraktion vom 16. April 1971: Einfuhr von Lebensmitteln und Drogen aus den Vereinigten Staaten von Amerika (Drucksachenabteilung II Nr. 523) nicht die erforderliche Unterstützung besitzt. Deshalb konnte dieser Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Abgeordnete Brouwer und NPD-Fraktion haben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, der hektographiert an die Abgeordneten verteilt worden ist: Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhaltung der Währungs- und Preisstabilität auf die bremische Wirtschaft und den bremischen Haushalt (Drucksachenabteilung II Nr. 539). Wird die Verlesung des Antrags gewünscht?

(Abg. Fischer [CDU]: Ja!)

Ich verlese den Antrag:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, bis zum 10. Juni 1971 einen Bericht über die Auswirkungen der Freigabe des Wechselkurses und weiterhin über die Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhaltung der Währungs- und Preisstabilität auf die bremische Wirtschaft und die bremischen Haushalte zu erstellen, damit dieser in der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 14. bis 16. Juni 1971 beraten werden kann."

Soweit der Dringlichkeitsantrag der NPD-Fraktion.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung müssen wir nunmehr in eine Beschlußfassung über die dringliche Behandlung eintreten.

Wird die Begründung der dringlichen Behandlung gewünscht?

Bitte sehr! Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, ich kann mich in der Begründung kurz fassen, da ja der Antrag für sich selber spricht. Wir halten es für unabdingbar, daß der Senat einen Bericht erstellt, der die Auswirkungen der Stabilitätsbestimmungen der Bundesregierung und die der Freigabe des Wechselkurses für unsere bremische Wirtschaft ganz allgemein und für den Haushalt des Landes Bremen im Speziellen beinhaltet. Dieser Bericht sollte so rechtzeitig vorliegen, daß er in der Juni-Sitzung der Bürgerschaft behandelt werden kann. Um dies zu ermöglichen, ergibt sich hieraus schon allgemein die Dringlichkeit unseres Antrags.

Gestatten Sie mir aber bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich noch etwas hinzufüge, was die Dringlichkeit als solche noch besonders betont. Wir wissen, daß der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick, bereits in der Presse erklärt hat, daß eine Sperre von mindestens 50 Millionen DM in diesem Haushaltsjahr an Investitionen durchgeführt werden muß. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß gegebenenfalls Wirtschaftsunternehmen, die mit der Durchführung von Aufträgen in diesem Haushaltsjahr fest gerechnet haben, nunmehr vor einer Auftragslücke stehen.

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, hierüber müßte sofort Klarheit entstehen, und zwar nicht nur im Interesse nur dieser Wirtschaftsunternehmen, sondern auch hinsichtlich unserer Arbeitnehmer. Aus diesem Grunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, halte ich es für absolut notwendig, daß dieser unser Antrag nicht nur heute vom Hause angenommen, sondern daß er jedenfalls auch jetzt zur Debatte gestellt wird.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, Sie haben die Begründung für die dringliche Behandlung dieses Antrags gehört.

Wer der dringlichen Behandlung dieses Antrags zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich werde diesen Punkt nach dem Tagesordnungspunkt 11 zur Verhandlung stellen.

Der Senat hat mitgeteilt, daß er beabsichtige, im Zusammenhang mit der mündlichen Beantwortung der als Punkt 11 auf der Tagesordnung stehenden

Anfrage der Koalitionsfraktionen: Einführung des Vorbereitungsdienstes für Grund-, Haupt- und Realschullehrer (Drucksachenabteilung II Nr. 530) die in den gleichen Themenkreis gehörende Anfrage des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion: Einführung von Vorbereitungsdienst für Absolventen der Pädagogischen Hochschule (Drucksachenabteilung II Nr. 532) mit zu beantworten.

Die CDU-Anfrage steht nicht auf der Tagesordnung, da die 14-Tage-Frist am heutigen Tage noch nicht abgelaufen ist. Interfraktionell wurde vereinbart, daß deshalb die Anfrage der CDU-Fraktion außerhalb der Tagesordnung aufgerufen und mit Punkt 11 der Tagesordnung verbunden wird.

Ich höre keinen Widerspruch. — Dann werden wir so verfahren.

Gemäß Paragraph 29 der Geschäftsordnung müssen wir jedoch zunächst einen Beschluß über die mündliche Beantwortung beider Anfragen fassen. Wer der mündlichen Beantwortung der Anfragen Nummer 530 und 532 zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der mündlichen Beantwortung der Anfragen zu.

(Einstimmig)

Von der SPD-Fraktion ist gebeten worden, den Tagesordnungspunkt 2 — Landeshaushaltsordnung — erst am heutigen Nachmittag zu verhandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, aufgrund des Ausscheidens des Abgeordneten Wilhelm Eilers aus der Bürgerschaft sind Nachwahlen in die Finanzdeputation, die Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven und in das Wahlprüfungsgericht erforderlich geworden. Die SPD-Fraktion hat Vorschläge unterbreitet. Interfraktionell wurde vereinbart, daß diese Wahlen außerhalb der Tagesordnung nach Punkt 15 vorgenommen werden.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der Landeswahlleiter hat mitgeteilt, daß für den verstorbenen Abgeordneten Eilers Frau Christel Böttcher durch die Annahme der Wahl mit dem 14. Mai 1971 Mitglied der Bürgerschaft (Landtag) geworden ist.

Frau Böttcher gehört der Fraktion der SPD an. Sie ist bereits heute unter uns. Ich darf Sie, Frau Böttcher, herzlich in unserer Mitte begrüßen und eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit wünschen.

(Beifall)

Alle weiteren Eingänge bitte ich dem verteilten Umdruck zu entnehmen:

Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben des Zentralverbandes Berufsständischer Ingenieure e.V. zur Frage der **Eingruppierung der graduierten Ingenieure** im öffentlichen Dienst.
2. Stellungnahme der allgemeinen Studentenausschüsse der bremischen Hochschulen zur Frage der **Zuschüsse zu den Haushalten der Studentenschaften.**

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil der Kursus III der Krankenpflegeschule St.-Jürgen-Straße, zwei Klassen der Gesamtschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie sowie zwei Klassen der Hauptschule Horner Heerstraße.

Ich begrüße unsere Zuhörer recht herzlich.

(Beifall)

Vom Senat begrüße ich die Herren Senatoren Speckmann und Schulz.

(Abg. Fichtner [NPD]: Etwas mager!)

Es ist im Augenblick Senatssitzung, und deswegen ist die Senatsbank heute etwas dünn besetzt.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingereicht worden.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 6. April 1971:
Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Reisekostengesetzes
(Drucksachenabteilung I Nr. 174)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) hat dieses Gesetz in ihrer Sitzung am 21. April 1971 in erster Lesung beschlossen.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Erste Gesetz zur Änderung des Bremischen Reisekostengesetzes in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 20. April 1971:
Gesetz über eine Zusatzvereinbarung zur Übereinkunft der Länder Freie Hansestadt Bremen, Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über ein Gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung
(Drucksachenabteilung I Nr. 177)
1. Lesung

Der Senat überreicht den vorliegenden Gesetzentwurf mit der Bitte um Beschlußfassung und gibt dazu die in der Mitteilung enthaltene Begründung.

Die Deputation für Justiz und Gefängniswesen hat dem Entwurf in ihrer Sitzung am 30. März 1971 zugestimmt.

Wir kommen zur 1. Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Gesetz über eine Zusatzvereinbarung zur Übereinkunft der Länder Freie Hansestadt Bremen, Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein über ein Gemeinsames Prüfungsamt und die Prüfungsordnung für die Große Juristische Staatsprüfung in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 4. Mai 1971:

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. März 1971
(Drucksachenabteilung I Nr. 179)

Der Senat erstattet für Land und Stadtgemeinde Bremen einen Bericht über die Haushaltslage nach dem Stande vom 31. März 1971. Von diesem Bericht hat die Finanzdeputation in ihrer Sitzung am 27. April 1971 zustimmend Kenntnis genommen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Senats Kenntnis.

Bericht der Wirtschaftskammer über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen (Zwischenbericht)
(Drucksachenabteilung III Nr. 60)

Dazu Herr Senator Schulz.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 25. Juni 1970 die Wirtschaftskammer Bremen nach den Vorschriften des Wirtschaftskammergesetzes beauftragt, einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft vorzulegen.

Mit Beschluß vom 17. Februar 1971 wurde die Wirtschaftskammer gebeten, einen Zwischenbericht darüber zu erstatten, in welcher Weise sie das Berichtsersuchen der Bürgerschaft bisher bearbeitet hat und wann mit der Vorlage des Berichts zu rechnen ist.

In der Drucksachenabteilung III Nummer 60 erstattet die Wirtschaftskammer den erbetenen Zwischenbericht.

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Abgeordneten Dr. Franke und SPD-Fraktion sowie John und FDP-Fraktion einen Entschließungsantrag eingereicht, der unter der Drucksachennummer 533 gedruckt an die Abgeordneten verteilt wurde. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gemäß Paragraph 30 der Geschäftsordnung Abstimmungen über Entschließungen in der Regel ohne vorherige Aussprache stattfinden. Ich werde den Entschließungsantrag nach Beendigung der Aussprache über den Bericht zur Abstimmung stellen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Launspach.

Abg. **Launspach** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der vorliegende Zwischenbericht der Wirtschaftskammer entspricht den Zielvorstellungen meiner Fraktion, wenn eingangs festgestellt wird, daß das Ziel der Untersuchung die wertneutrale Darstellung von Strukturverhältnissen und Entwicklungstendenzen innerhalb der mittelständischen Wirtschaft in Relation zur gesamten bremischen Wirtschaft ist.

Die Wirtschaftskammer erwartet von der Bürgerschaft eine Mitteilung darüber, welche Ansprüche von dem Gutachten zu erfüllen sind und welche Methode der Materialbeschaffung in Frage kommt. Meine Fraktion ist der Auffassung, daß der Bericht zur Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen aufgrund des erreichbaren statistischen Materials und eigener Erhebungen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt von der Wirtschaftskammer erstellt werden kann. Wir haben aus diesem Grunde den Ihnen vorliegenden Entschließungsantrag Nummer 533 eingebracht. Wir sind der Meinung, daß eine Totalerhebung, die kaum ohne eine zu schaffende gesetzliche Regelung durchzuführen wäre, infolge des Aufwands und der Kosten den Rahmen für Bremen sprengen würde, zumal eine solche Totalerhebung repräsentativ für fast alle vergleichbaren Städte in der Bundesrepublik wäre und eine derartige Erhebung besser vom Bund aus durchgeführt werden sollte.

Die Bundesregierung ist ihrer Verpflichtung aus der Regierungserklärung, sich für die Belange der mittelständischen Wirtschaft einzusetzen, nachgekommen und hat in der Bundestagsdrucksache VI/1666 dem Bundestag die Grundsätze einer Strukturpolitik für mittlere und kleine Unternehmen und zugleich ein Aktionsprogramm zur Leistungssteigerung dieser Unternehmen vorgelegt. Wir sind der Meinung, daß die Wirtschaftskammer sich der von der Bundesregierung erstellten Strukturanalyse zunutze machen und die im Bericht angegebenen Förderungsmaßnahmen analog ihrer vorgeschlagenen Gliederung auswerten sollte.

Die Bundesregierung unterstreicht in ihrem Bericht, daß die kleinen und mittleren Unternehmen ein wichtiger Bestandteil unserer marktwirtschaftlichen Ordnung darstellen und daß sie — die Bundesregierung — an der Erhaltung und Sicherung der Wett-

bewerbs- und Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen sich verpflichtet fühle.

Die Bundesregierung hat durch die Aufstockung erheblicher Haushaltsmittel die Hilfe für die mittelständische Wirtschaft verstärkt. Sie gewährt Zinshilfen für die Gründung selbständiger Existenzen im Nachwuchsalter von 25 bis 45 Jahren und die Errichtung von Betrieben in neuen Wohnsiedlungen, neu geordneten Stadtteilen, neuen Einkaufszentren oder Gewerbegebieten für Baumaßnahmen bis zu einer Kredithöhe von 150 000 DM und anderer Investitionen bis zu einer Kredithöhe von 100 000 DM zum Zinssatz von 6 Prozent. Außerdem setzt sie ihr Hilfsprogramm für Vertriebene und Kriegsbeschädigte zum Auf- und Ausbau, zur Rationalisierung und Modernisierung fort und stützt diese Unternehmen bis zu einem Kreditbetrag von 200 000 DM zu einem Zinssatz von 5 bis 6 Prozent. Die gleiche Unterstützung erfahren kleine und mittlere Presseunternehmen, die sogar zur Rationalisierung, Modernisierung oder Erweiterung ihrer technischen Einrichtungen Zinshilfe bis zu einer Kreditsumme von einer halben Million DM und für die Umstellung des Produktionsprogramms infolge von Strukturänderungen Zinshilfen bis zu einer Kreditsumme von einer Million DM erhalten können.

Die Bundesregierung läßt in ihrer Strukturanalyse erkennen, daß sie sich bemüht, Voraussetzungen zu schaffen, um die besonderen Fähigkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen voll zur Geltung zu bringen. Dazu gehört auch die Änderung des Wettbewerbsrechts.

Der Zusammenschluß marktbeherrschender Unternehmen muß unter Kontrolle gebracht werden. Das geltende Kartellgesetz muß so geändert werden, daß es die Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen erleichtert. Durch eine Kooperation kann die Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen erheblich gesteigert und gefestigt werden, wenn bestimmte Betriebsfunktionen, wie Einkauf, Rechnungswesen oder Vertrieb in Gemeinschaftsarbeit mit anderen Betrieben unter Einsetzung modernster technischer Einrichtungen, wie die der Datenverarbeitung, vorgenommen werden können.

Als besonders förderungswürdig hat die Bundesregierung die berufliche Weiterbildung der Unternehmer, Facharbeiter, Angestellten und vor allen Dingen der Auszubildenden in mittleren und kleinen Betrieben herausgestellt und mit erheblichen Haushaltsmitteln gefördert. Die Bundesregierung will damit sicherstellen, daß in diesem Bereich alles getan wird, um das Übergewicht der Großindustrie und -konzerne zugunsten der mittelständischen Wirtschaft zu verändern.

Die Bundesregierung bereitet noch für diese Legislaturperiode ein Gesetz zur Alterssicherung der Selbständigen vor und wird auch bei der Steuerreform den Belangen der kleinen und mittleren Unternehmen Rechnung tragen.

(Abg. Koschek [CDU]: Sie angeln in fremden Gewässern!)

Ja, Herr Koschek, das ist Ihnen wohl nicht ganz recht, daß erstmalig

(Abg. Koschek [CDU]: Sie lenken wieder vom Thema ab! Was soll das?)

eine Bundesregierung sich zu den kleinen und mittelständischen Betrieben äußert.

Die aufgeführten Maßnahmen der Bundesregierung sind weitgehendst auf die Anregungen und die sachverständige Mithilfe der Selbständigen in der SPD zurückzuführen. Auch die Selbständigen in der Bremer SPD haben wichtige Grundsätze zur Stützung und Förderung der mittelständischen Wirtschaft erarbeitet, die Ihnen aus Presseveröffentlichungen bekannt sein sollten.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, erst wenn der Bericht der Wirtschaftskammer vorliegt, können wir uns darüber unterhalten, welche zusätzlichen Maßnahmen zur Stützung der mittelständischen Wirtschaft noch notwendig sind. Bislang steht fest — und dazu wird sich auch wohl gleich der zuständige Senator äußern —,

(Abg. Fichtner [NPD]: Woher wissen Sie?)

daß sich Bremen im Vergleich mit anderen Städten mit seinen Leistungen sehen lassen kann. Und ich meine, der Ausspruch von Karl Schiller:

(Oho-Rufe bei der CDU)

„Die Selbständigen und die kleinen und mittleren Unternehmen sind die natürlichen Gegenkräfte zu den Apparaten der großen Unternehmen

(Abg. Koschek [CDU]: Sie sollten Herrn Erhard zitieren, der war besser!)

und Konzerne. Als belebendes, als aktives Element der Marktwirtschaft haben die kleinen und mittleren Unternehmen in der modernen Industriegesellschaft eine Chance. Diese Chance zu nutzen, liegt bei ihnen, ihre Chancen zu sichern, liegt bei uns", hat auch Gültigkeit für unseren Verantwortungsbereich. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Diskussionsredner das Wort gebe, möchte ich hier noch auf folgendes hinweisen: Wir haben heute stark angestiegene Temperaturen, und ich hoffe, Sie sind damit einverstanden, wenn ich nun sage, daß wir Marscherleichterung gewähren sollten, das heißt, daß wir die Jacken ablegen. Das gilt natürlich selbstverständlich in besonderem Maße für die Herren dieses Hauses.

(Heiterkeit)

Das heißt aber nicht, daß den Damen keine entsprechende Marscherleichterung gewährt werden soll. Ich meine auch, daß die Zuhörer und die Damen und Herren von der Presse selbstverständlich ebenfalls Marscherleichterung haben.

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Launspach, Sie haben es mir ziemlich leicht gemacht: Sie sind gleich mit der Bundesregierung ins Feld gezogen. Ich meine, wir wollen uns hier auf Bremen beschränken, und das möchte ich in den folgenden Ausführungen auch tun.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorgeschichte dieses Berichts der Wirtschaftskammer will ich kurz streifen. Im Mai vergangenen Jahres hat meine Fraktion — die CDU — den Antrag gestellt, in dem der Senat ersucht wurde, jährlich einmal einen Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen vor der Bürgerschaft zu geben. Dieser Antrag wurde in der Sitzung am 25. 6. vorigen Jahres von der SPD-Fraktion abgelehnt. Dagegen brachte die SPD-Fraktion — ich glaube, zusammen mit der FDP-Fraktion — einen Gegenantrag, der lautete, daß die Wirtschaftskammer beauftragt werden solle, ein Gutachten in dieser Weise, also für die mittelständische Wirtschaft, zu erstellen. Dieser Antrag wurde einstimmig von allen hier im Hause angenommen und am 25. 6. letzten Jahres verabschiedet.

Sie werden es mir sicher abnehmen, daß uns alle große Sorge um die mittelständische Wirtschaft dazu bewogen hatte, diesen Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen und daß wir hofften, daß die Wirtschaftskammer in der Lage sei, uns aufschlußreiche Zahlen zu geben, mit denen wir etwas anfangen können, und die wir dazu benutzen konnten, um den betroffenen Wirtschaftskreisen eine echte Hilfe zu geben.

Am 22. Januar 1971, also sieben Monate nachdem wir den Auftrag an die Wirtschaftskammer gegeben hatten, fand eine Besprechung in den Räumen der Wirtschaftskammer mit Vertretern der Fraktionen und Mitgliedern der Wirtschaftskammer statt. Damals wurden Erläuterungen darüber gegeben, welche Arten von Befragungen man anstellen konnte, wie man die Erhebung am besten vornahm. Dabei wurde auch festgestellt und gesagt, daß das Material, das beim Statistischen Landesamt vorliegt wie bei den Kammern, Verbänden, Vereinen, Innungen und so weiter nicht ausreicht, um ein brauchbares Gutachten zu erstellen.

Man kam nach langen Überlegungen zu dem Ergebnis, daß für einen detaillierten Bericht, der sich nicht nur mit den mehr oder weniger bekannten Umsatzzahlen oder der Anzahl von Beschäftigten in den Betrieben befaßt, sondern auch und vor allem etwas über Vermögens- und Kapitalstruktur aussagt sowie über Ertragskraft, Investitionstätigkeit und anderes mehr, eine Totalerhebung unerläßlich sei. Mit dieser Totalerhebung würde man vor allem auch die mittelständischen Betriebe eingrenzen können, das heißt, zunächst einmal werden alle Betriebe erfaßt, um dann diejenigen, um die es uns geht und um deren Entwicklung wir uns Sorge machen, herauszukristallisieren.

Der Begriff Mittelstand ist ja so schwer zu definieren, und wir können hier den ganzen Morgen darüber debattieren, ohne zu den richtigen Kriterien zu kommen. Aber man kann auch nicht einfach sagen, wir erheben den Mittelstand nach der Anzahl der Beschäftigten oder der Höhe des Umsatzes. Das ist nicht die richtige Definition in unseren Tagen. Früher war das anders, da war das einfacher. Eine Menge Merkmale spielte bei der Abgrenzung eine Rolle, und somit hätte man bei einer Totalerhebung, bei der vom kleinsten bis zum größten Betrieb alle befragt würden, die größte Chance, die uns interessierenden mittelständischen Betriebe zu erfassen.

Im uns vorliegenden Zwischenbericht der Wirtschaftskammer hat man meines Erachtens den richtigen Ansatzpunkt gesetzt. Der Bericht ist sorgfältig durchdacht und vor allem sehr gut gegliedert. Leider konnten wir dem Bericht gar nichts über die Kosten einer solchen Totalerhebung entnehmen. Das wäre besonders in unserer prekären Finanzsituation wichtig. Ebenfalls fehlt in diesem Bericht ein Hinweis auf die eventuell notwendig werdende gesetzliche Grundlage, mit deren Hilfe man eine solche Erhebung vornehmen müßte, wie man uns bei der Besprechung im Januar dieses Jahres sagte.

Nun komme ich, Herr Launspach, zu der Entschließung der SPD-Fraktion, der sich die FDP-Fraktion dann ja wohl angeschlossen hat. Man hat sich dort auf den Weg des geringsten Widerstands geeinigt: Es kostet nichts, es bringt aber auch nichts ein! Man will nämlich einen Bericht durch die Wirtschaftskammer anfordern, der aufgrund des erreichbaren statistischen Materials und mit Hilfe des Statistischen Landesamtes zu erstellen ist. Es wurde jedoch von der Wirtschaftskammer überzeugend dargelegt, daß eben dieses Material der Kammern, Vereine und Verbände und des Statistischen Landesamtes nicht ausreicht, um die Zielsetzung unseres Antrags, nämlich ein echtes Bild der Lage des Mittelstandes zu geben, zu erfüllen.

Wichtig wäre es bei dieser Zielsetzung auch, die Daten der Jahre 1970 und 1971 zu erhalten, da sich in diesem Zeitraum die Lage in dem gesamten Wirtschaftsbereich, besonders aber in den mittelständischen Betrieben katastrophal verschlechtert hat. Hier eine Durchleuchtung vorzunehmen, um Ansatzpunkte für Hilfestellungen zu erhalten, wäre unerläßlich, anderenfalls wäre ein Bericht lediglich von historischer Bedeutung.

Das bereits vorhandene Material, ich sagte es schon, ist erstens zeitlich nicht mehr aktuell, es handelt sich um Material aus den Jahren 1961, 1962, 1963, und jetzt kommt ein Zensus von der Einzelhandelskammer, der die Zahlen bis 1968 behandelt, und zweitens gibt das Material nicht die Kriterien, die wir für eine echte Erkenntnis der Lage gebrauchen.

Ich muß hier einmal darauf verweisen und bin froh, daß ich die Gelegenheit dazu habe, daß von unserer Fraktion aus im Laufe der vergangenen Jahre beim

Wirtschaftssenator — das gilt nicht für Sie, Herr Schulz, Sie waren damals noch nicht da — immer wieder darauf gedrungen wurde, ein Referat für den Mittelstand in sein Ressort aufzunehmen. Wäre man uns damals gefolgt, so hätte man heute zumindest Daten, mit denen man etwas anfangen könnte. Hier liegt ein Versagen des Wirtschaftssenators vor, das ich klar ansprechen möchte.

Der Entschließung der SPD-Fraktion vermag meine Fraktion insofern nicht zu folgen, als das Ergebnis, das der so formulierte Auftrag an die Wirtschaftskammer zeitigen würde, gar nichts zur Verbesserung der Lage in der mittelständischen Wirtschaft beitragen könnte. Wir wollen doch eine Verbesserung, und nicht, daß alles so bleibt, wie es ist.

(Beifall bei der CDU)

Eine echte Hilfe könnte man beispielsweise vom Land geben, indem man den Grundbetrag für die Zinsbeihilfen heraufsetzte. Ich habe das damals schon gesagt, als hier über die Erhöhung der Zinsbeihilfen gesprochen wurde. Es sollten auch gezielte Hilfen gegeben werden für die Erweiterung von Betrieben.

Sie sprachen vom Bund, Herr Launspach, und da möchte ich etwas zu den Steuern sagen. Eine neue Steuerreform liegt vor uns, und in dieser Steuerreform wird die Progression so gestaltet werden, daß gerade auf die mittelständischen Betriebe eine ungeheure Belastung zukommt und daß die mittelständischen Betriebe besonders davon betroffen werden.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Nein!)

Die neue Einkommensteuer in ihrer Progression wird sich verheerend auswirken. Sie werden es sehen, auch wenn Sie nein sagen, Herr von Groeling-Müller!

Dann möchte ich noch einmal sagen: Die Gewerbesteuern müßten tatsächlich jetzt nach und nach abgebaut werden. Das kann nicht von heute auf morgen geschehen, wenn Sie auch sagen, die Mehrwertsteuer wird höher. Sagen Sie es ruhig: Es sind beides Kostensteuern, nämlich Steuern, die sich auf die Kosten umlegen, sowohl die Gewerbesteuer, als auch die Mehrwertsteuer. Und wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird, ist gar nicht gesagt, daß darum die Kosten steigen müßten. Das ist natürlich nicht mathematisch nachweisbar. Ich sage es hier, Sie können es mir ja entgegenhalten, wenn es Zeit ist.

Noch einmal zu dem Gewerbesteuerfreibetrag: Es wird höchste Zeit, daß hier im Land Bremen der Gewerbesteuerfreibetrag heraufgesetzt wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist seit Jahren ein beliebtes Gesprächsthema, und zwar kurz vor den Wahlen, den Mittelstand anzusprechen, wobei dann immer von bremischen Initiativen der Zukunft gesprochen wurde. Herr Kollege Launspach, Sie haben es sich insofern sehr einfach gemacht, als Sie nunmehr von bremischen Initiativen überhaupt nicht mehr sprachen, sondern sich darauf verlassen, daß die Bundesregierung gewisse Vorhaben hinsichtlich der Unterstützung des Mittelstands durchführt.

Aber lassen Sie mich bitte zurückblenden auf das, was hier eigentlich angesprochen worden ist. Als wir im Juni vergangenen Jahres, das heißt vor elf Monaten, in getrennten Anträgen der CDU und der SPD einen Bericht anforderten, und zwar über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Land Bremen, habe ich bereits damals meine Zweifel geäußert, ob dieser Bericht so rechtzeitig in dieser Legislaturperiode erstellt werden könnte und würde, daß dieses Haus noch gesetzgeberische Konsequenzen aus diesem Bericht zu ziehen in der Lage wäre. Als dann nach acht Monaten die Wirtschaftskammer mit Fraktionsmitgliedern der SPD, CDU und NPD über den zu erstellenden Bericht sprach, stellte sich heraus, daß man sich über den Begriff Mittelstand noch in keiner Weise schlüssig geworden war und daß man sich auch über die Form des Berichts noch nicht klar war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es war doch wohl so — sehr geehrte Frau Förster, Sie werden sich entsinnen —, daß wir seinerzeit in diesen Gesprächen auch davon sprachen, daß die Planung der Wirtschaftskammer, nämlich die mittelständische Wirtschaft in Bremen in eine Relation zur Industrie und zum Großhandel zu stellen, eine Doktorarbeit sein würde, die nicht nur ganz erhebliche Kosten, man sprach von 250 000 DM, sondern auch eine so lange Zeit beanspruchen würde, daß wir in dieser Legislaturperiode zumindest nicht, aber wahrscheinlich auch kaum vor zwei bis drei Jahren diesen Bericht in Händen haben können. Deshalb waren unsere Bemühungen und Gespräche dahingehend gerichtet, wie man schnellstens eine Grundlage für dieses Hohe Haus erstellen könnte, um daraus tatsächlich noch Konsequenzen, und zwar schnellstens, ziehen zu können.

Das, meine ich, ist meines Erachtens hier versäumt worden. Als dieses Gespräch bei der Wirtschaftskammer durchgeführt worden war, in dem die Großzahl der Fraktionen vertreten war — ich habe es damals auch hier angesprochen —, hätte sofort eine Interfraktionelle Sitzung stattfinden müssen, damit die Antragsteller der Wirtschaftskammer ganz klar und deutlich sagten, was sie eigentlich mit ihrem Antrag seinerzeit bezweckt hatten, was sie eigentlich damit wollten, und wie sie eigentlich den Begriff Mittelstand definieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht erfolgt, und der Zwischenbericht, der uns heute zur Verhandlung vorgelegt worden ist, kann nichts anderes sagen und sagt auch nichts anderes als das, was in der Sitzung der Wirtschaftskammer den Fraktionsmitgliedern gesagt worden ist.

Ich möchte daran erinnern, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich bereits in der Erwiderung zu der Regierungserklärung, das heißt vor dreieinhalb Jahren, den Herrn Präsidenten des Senats auf-

gefordert hatte, eine Konzeption mit den Kammern und dem Statistischen Landesamt zu erarbeiten und diesem Hohen Hause vorzulegen, damit dieses Haus initiativ werden könnte. Ich habe an die Erfüllung dieser Zusage zu verschiedensten Malen erinnert. Leider vergeblich!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen nunmehr nach dreieinhalb Jahren vor derselben Situation, das heißt, daß wir nichts in Händen haben und wir deshalb auch nichts tun können. Dieses Haus glaubte, darauf Anrecht zu haben, eine Übersicht zu bekommen, was an der so häufig in diesem Hause angesprochenen Notlage der mittelständischen Betriebe wahr ist. Und dieses Haus wollte doch, so nehme ich es jedenfalls an, in ernsthafte Überlegungen eintreten, wie man dieser Notlage steuern könnte.

Da aber die notwendigen Unterlagen fehlten und diese in einer Legislaturperiode nicht nur nicht erstellt, sondern überhaupt damit nicht angefangen wurde, mag vielleicht hierdurch ein Beweis erbracht worden sein, daß die Existenzfragen des Mittelstands von untergeordneter Bedeutung in diesem Hause sind. Ich bin jedenfalls sehr gespannt darauf, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sich die Parteien dieses Hauses im Wahlkampf dem Mittelstand stellen wollen. In einem Volk, das möchte ich hier einmal ganz deutlich zum Ausdruck gebracht haben, das gewohnt war und gewohnt ist, die Unselbständigen laufend durch Tarifverträge abzusichern und ihren Lebensstandard anzuhöhen, erscheint es unbegreiflich, daß man einer anderen Gruppe von Staatsbürgern, nämlich den kleinen Selbständigen, keine Hilfe zukommen läßt, sondern diese dem Ruin ausliefert.

(Beifall bei der NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte richtig verstanden werden! Es gibt selbstverständlich im Mittelstand eine Großzahl auch solcher Betriebe, die längst aus der Gruppe der kleineren Gewerbebetriebe ausgeschieden sind und in ihrer Branche, das heißt im Einzelhandel wie auch im Handwerk zu Großbetrieben geworden sind. Sie zählen aber nach den Aufzeichnungen des Statistischen Landesamtes noch unter Einzelhandel und Handwerk und werden deshalb bei einem jetzt neu geforderten Bericht der Wirtschaftskammer in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt die Übersicht über diejenigen trüben, denen geholfen werden soll, und zwar durch ein Programm, so meine ich jedenfalls, das dem hilft, der sich nicht aus eigener Kraft helfen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe hier so häufig für den Mittelstand versucht zu sprechen, und Sie werden verstehen, daß ich jetzt resignierend vor dieser Situation stehe. Zusagen und Reformpläne sind Schalmeienklänge für das Volk. Ihnen zu trauen, sollte sich dieses endgültig abgewöhnen. Nur für die große Wählermasse ist der Gesetzgeber bereit, im Hinblick auf das Wählerpotential etwas zu tun, wobei man dann erklärt, Demokratie sozialer gestalten zu wollen. In diesem Bestreben geht dann unsere Währung vor die Hunde, meine Damen und Herren, und die Rechnung bezahlen dann die in der freien Wirtschaft stehenden Selbständigen und Unselbständigen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, darf ich hier ohne Jacke erscheinen?

Präsident Dr. Klink: Die Marscherleichterung gilt selbstverständlich auch hier vorn am Rednerpult.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man hat in der Tat den Eindruck, als wenn vor den Wahlen ein Wettrennen um den Mittelstand, so will ich es einmal allgemeiner formulieren, hier beginnt.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Der Antrag ist schon lange genug da!)

Ja, sehen Sie, wenn ich nur einen Satz spreche, reize ich Sie schon zum Widerspruch, sehr verehrte Frau Hänecke.

(Zurufe von der CDU)

Das ist erstens nicht neu, und zum zweiten, wenn Sie den zweiten Satz gehört hätten, sehr geehrte Frau Kollegin, würden Sie mir vielleicht sogar zustimmen. Ich wollte nämlich sagen, wenn dem nur so wäre, wäre es eigentlich traurig bestellt um eine Debatte in diesem Hause. Die FDP-Fraktion ist nämlich der Meinung, daß das eine Angelegenheit ist, mit der man sich eben nicht nur vor Wahlen zu beschäftigen hat, wie mit vielen anderen Fragen, die uns hier angehen, und die hier zur Beratung und Beschlußfassung anstehen, auch.

Ich erinnere Sie daran, meine Damen und Herren, daß ich nach Erfahrungen aus einer intensiven Zusammenarbeit, zusammen mit meinem Kollegen Dr. Lienhoop — ich nenne das als ein Beispiel für viele andere —, mit der Interessengemeinschaft der mittelständischen Wirtschaft in Bremen-West einmal gesagt habe, hier ist schon sehr oft die Gefahr heraufbeschworen worden, die tatsächlich und zum Teil auch etwas weniger, als es von einigen Rednern hier dann ausgemalt wurde, diesem Bereich der mittelständischen Wirtschaft droht. Es ist nicht zu bestreiten, daß dieses Haus, so glaube ich, und ich darf das für die FDP-Fraktion mit Nachdruck unterstreichen, zu jeder Zeit und eben nicht nur vor Wahlen sich mit dieser Frage befaßt hat.

(Abg. Koschek [CDU]: Das haben wir bereits seit Jahren gemacht!)

Wir haben eine Entwicklung durchgemacht in der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren, die andere Länder — und ich nenne hier das Beispiel USA, ich habe es hier schon einmal ausgeführt vor diesem Hause — auch durchgemacht

haben, und ich habe hinzugefügt, in den USA sind inzwischen gesetzliche Regelungen getroffen worden, die das Absterben dieser mittelständischen Wirtschaft, die ich für einen sehr wesentlichen Wirtschaftszweig halte, unterbinden. Aber das als allgemeine Bemerkungen vorweg.

Daß die Frage der Steuerreform für die mittelständische Wirtschaft eine besondere Bedeutung hat und in diesem Zusammenhang die stufenweise Abschaffung der Gewerbesteuer, ist eine Frage, die hier ebenfalls schon sehr oft diskutiert worden ist, die aber, wie gesagt, nicht den Kompetenzbereich dieses Parlaments und schon gar nicht allein betrifft. Denn eine Steuerreform muß ja nun wohl — und darüber, glaube ich, herrscht hier Einigkeit im Hause — eine Angelegenheit sein, die sich dann gleichmäßig auf alle Bundesländer erstreckt.

Lassen Sie mich aber zur Definition dieses Begriffs Mittelstand doch noch einen Gedanken beitragen. Es wird so sehr oft vom Mittelstand gesprochen, und man meint dabei die mittelständische Wirtschaft. Ich glaube, wenn man heute über den Mittelstand spricht, darf man einfach nicht vergessen, daß es „neuen Mittelstand" gibt, und das sind ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen mit ganz bestimmten Einkommen und aus ganz bestimmten Berufen. Aber hier und heute auf der Tagesordnung steht die mittelständische Wirtschaft. Deswegen diese Bemerkung. Damit wir uns darüber vielleicht verständigen können, Mittelstand heute ist nicht mehr nur die mittelständische Wirtschaft, ungeachtet der Notwendigkeit, sich mit der prekären Situation, in der dieser Wirtschaftszweig ist, auseinanderzusetzen.

Nun zu dem, was hier im einzelnen aus bremischer Sicht zur Beratung ansteht. Dieses Haus hat sich bereits im Sommer — ich glaube, es war im Juni — 1969 mit dieser Frage wieder einmal befaßt, und es ist die Wirtschaftskammer gebeten worden, einen Bericht über die Lage des Mittelstands zu erstellen. Durch den Beschluß, der in diesem Hause erfolgt ist, wurde also die Wirtschaftskammer aufgefordert, alsbald einen Zwischenbericht darüber zu erstatten, in welcher Weise die Kammer das Bericht-Ersuchen der Bürgerschaft bisher bearbeitet hat und wann mit der Vorlage der Berichte gerechnet werden kann.

Ein Zwischenbericht liegt uns jetzt vor, jedoch wird von der Wirtschaftskammer die Erwartung ausgesprochen, daß wir, also die Bürgerschaft, der Kammer bald mitteilen mögen, welche Ansprüche von dem zu erstellenden Gutachten zu erfüllen sind und welche Methoden der Materialbeschaffung in Frage kommen. Damit, meine Damen und Herren, wäre, wenn auch verdeckt, der „Schwarze Peter" wieder an uns, also an die Bürgerschaft, zurückgegeben. Ich möchte aber nicht mißverstanden werden: Ich mache in diesem Zusammenhang der Kammer keinen Vorwurf. Dies ist sicher nicht in schlechter Absicht geschehen. Entsprechend dem Wunsch der Kammer wird die Bürgerschaft um eine Entscheidung gebeten, und der für die Bearbeitung dieser Angelegenheit gebildete Ausschuß der Kammer ist zu der einstimmigen Auffassung gelangt, so heißt es im Zwischenbericht, daß eine für die Parlamentsarbeit brauchbare Unterlage — und darum geht es ja hier — nur dadurch erstellt werden kann, daß die erforderlichen Informationen auf dem Wege der Eigenerhebung beschafft werden, und diese müßte in Form einer Totalbefragung durchgeführt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen aber bedenken, daß eine solche Totalbefragung mit erheblichen Kosten verbunden ist, ganz abgesehen davon, daß bei einer solchen Befragung immer noch mit einer gewissen Ausfallquote gerechnet werden muß. Sicher, auch wir sind davon überzeugt, daß durch diese Methode noch am ehesten ein der Realität entsprechendes Bild der mittelständischen Wirtschaft ermöglicht wird, aber wir dürfen als Parlamentarier darüber natürlich nicht vergessen, daß dies einen Kostenfaktor ausmacht, der eben in solche Uberlegungen einzubeziehen ist, und nach vorsichtigen Schätzungen könnte sich das immerhin auf eine Summe von etwa 3 Millionen DM beziehen.

(Oho-Rufe bei der CDU)

Eine weitere Methode wäre die Repräsentativumfrage. Würden also etwa 10 Prozent der 30 000 Gewerbebetriebe befragt, würden Kosten in einer Höhe von etwa einer Viertelmillion DM entstehen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Förster zu beantworten?

Abg. **John (FDP):** Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Förster!

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr John, könnten Sie uns wohl Auskunft darüber geben, wie Sie auf die Summe von 3 Millionen DM kommen?

Abg. **John** (FDP): Das kann ich Ihnen, sehr verehrte Frau Förster, gern sagen. Darüber müßten wir allerdings dann noch außerhalb dieses Hauses in weitere Beratungen eintreten. Der Arbeitskreis für Fragen der mittelständischen Wirtschaft der Bremer FDP in Zusammenarbeit mit der Fraktion hat sich aufgrund von Materialien, die uns zugänglich waren, mit dieser Frage befaßt, und dabei sind wir unter vorsichtigen Schätzungen — das muß ich hier noch einmal hinzufügen — auf diese Summe gekommen.

Ich darf also noch einmal sagen, wenn ich das also auf eine Repräsentativumfrage beziehe, und wir uns auf etwa 10 Prozent der 30 000 Gewerbebetriebe beziehen, würden wir dann nach unserer Auffassung auf etwa eine Viertelmillion DM kommen. Es muß aber festgestellt werden, daß eine solche Repräsentativumfrage ebenfalls auch nur einen bedingten Aussagewert besitzt.

Wir meinen nun, es könnte eine Erhebung auf freiwilliger Basis durchgeführt werden. Die mittelständischen Betriebe müßten dann durch das Ausmaß der freiwilligen Beantwortung beweisen, ob sie an der wirklichen Bestandsaufnahme interessiert sind.

Sie, meine Damen und Herren, die sich also mit solchen Fragen besonders befassen, wissen, daß es dort eine ganze Reihe von Schwierigkeiten gibt, auf die ich hier aber nicht im einzelnen eingehen will. Von Fachleuten wird zum Beispiel bezweifelt, daß eine solche Erhebung auf freiwilliger Basis die gewünschten Daten mit der erforderlichen Zuverlässigkeit erbringen würde. Und die Erfahrung zeigt auch, daß die Rücklaufquote sehr niedrig zu veranschlagen ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, was Herr Kollege Brouwer hier schon bei einer früheren Sitzung gesagt hat. Er meinte damals, eine totale Bestandsaufnahme der bremischen Mittelstandsbetriebe gehe weiter als der der Wirtschaftskammer erteilte Auftrag. Es sei lediglich ein Gutachten über den Mittelstand erbeten worden, wobei man sich zunächst einmal klar darüber werden müsse, was zum Mittelstand gehöre. Dieser Meinung bin ich auch, wenn wir nämlich jetzt nur den Teil des Mittelstands betrachten, den wir als mittelständische Wirtschaft bezeichnen, jedoch nicht den des nicht selbständigen Mittelstands. Bei der Materialbeschaffung müsse die Wirtschaftskammer eng mit dem Statistischen Landesamt sowie den Berufsverbänden und Kammern zusammenarbeiten. Auf diese Weise könnten die für das Gutachten benötigten Daten ohne größeren Kostenaufwand beschafft werden.

Meine Damen und Herren, eine ähnliche Auffassung kommt nach unserer Meinung in dem vorliegenden Zwischenbericht zum Ausdruck, in dem es heißt — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —, „wenn einer gesetzlichen Regelung auf dem Wege der Eigenerhebung nicht zugestimmt werden sollte, müßte versucht werden, mit dem vorhandenen lückenhaften und dem im Laufe des Jahres 1971 hinzukommenden statistischen Material des Landesamtes zu einer Aussage über die Situation der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen zu gelangen".

Ich möchte hier auf folgendes hinweisen: Man kann natürlich der Auffassung sein, dieses Material sei sehr lückenhaft. Ich persönlich und meine Kollegen in der Fraktion, wir sind allerdings nicht der Meinung, daß dies nun ausschließlich lückenhaft sei. Die FDP-Fraktion akzeptiert, wenn die Wirtschaftskammer mit allem Nachdruck darauf hinweist, daß Abstriche hinsichtlich des Erkenntnisumfangs sowie der Erkenntnisgüte hingenommen werden müssen. Die in dem Zwischenbericht aufgeführte vorläufige Gliederung findet die Anerkennung der FDP. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die einzelnen Punkte der Gliederung so ausführlich und möglichst wahrheitsgemäß behandelt werden könnten, daß ein befriedigender Aussagewert des Berichts der Kammer erzielt wird.

Nun lassen Sie mich noch auf eine Äußerung der Kollegin Frau Förster von der CDU-Fraktion eingehen. Sie sagte vorhin, ziemlich am Anfang ihrer Äußerungen, die Entschließung, die hier von den Koalitionsfraktionen vorgelegt wird, sei also eine Angelegenheit — und ich zitiere wörtlich —, bei der man davon ausgehen müsse, daß bei den Koalitionsfraktionen wohl etwa die Auffassung vorherrschte, „es kostet nichts, und es bringt auch nichts". Meine Damen und Herren, das mag die Auffassung der Opposition sein, und es ist ihr gutes Recht, diese hier auch einige Monate vor den Wahlen

(Widerspruch bei der CDU)

— genau das wird uns ja hier unterstellt — zum Ausdruck zu bringen. Wir tun dies auch einige Monate vor den Wahlen, aber, wie gesagt, nicht nur einige Monate vor den Wahlen, und ich gestehe der CDU-Fraktion gern zu, daß sie sich auch schon zu anderen Zeiten dazu geäußert hat.

(Abg. Krauss [CDU]: Seit Jahren haben wir das behandelt! — Abg. Koschek [CDU]: Ein Fortschritt bei Ihnen!)

Aber vielleicht können wir uns doch über folgendes verständigen, meine Damen und Herren: Es ist doch in der Tat so, daß eine Debatte über die Lage der mittelständischen Wirtschaft einige Monate vor den Wahlen vielleicht mit mehr Hektik betrieben wird als zu einem anderen Zeitpunkt, womit ich nicht sagen will, daß sie nun absolut nicht stattfinden sollte. Aber wenn uns allen wirklich das am Herzen liegt, worum es nämlich geht, die in Teilen zumindest der mittelständischen Wirtschaft doch recht bedrohliche Situation zu verbessern, dann, meine ich, sollten wir gemeinsame Ansätze finden, diesem Wirtschaftszweig zu helfen, und zwar aus einem Grunde, der in den Debatten dieses Hauses nicht zu den verschiedensten Zeitpunkten, soweit ich mich erinnere, genügend hervorgekommen ist, daß es ja Millionen von Beschäftigten sind in der Bundesrepublik Deutschland, auch bei uns hier im Land Bremen entsprechend reduzierte Zahlen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten, die in diesen Betrieben arbeiten. Und auch unter diesem Gesichtspunkt sollte man dieses Problem diskutieren, damit es nicht nur in einem verengten Gesichtswinkel gesehen wird. Ich glaube, damit täte man der mittelständischen Wirtschaft einen Gefallen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Koschek.

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Launspach hat den Versuch unternommen, in die Bundespolitik auszuschweifen. Das wissen wir aus der Vergangenheit, daß immer, wenn Sie auf schwachen Füßen stehen — nicht nur Sie, sondern die ganze SPD-Fraktion —, versuchen, die Bundespolitik zu zitieren. In diesem Fall haben Sie aber wahrscheinlich vergessen, Herr Kollege Launspach, daß nicht die CDU die Bundesregierung stellt, sondern die SPD. Und insofern wäre es also richtiger gewesen, Sie hätten alles vermieden, was an die Bundespolitik erinnert. Denn, was Ihr Karlchen Schiller

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Vorsichtig!)

alles inzwischen erreicht hat, meine Damen und Herren, das schreit zum Himmel.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Denken Sie mal an 66/67! — Lachen bei SPD und FDP — Beifall bei der CDU)

Das zu zitieren, meine Damen und Herren, die Bundespolitik und Herrn Schiller, ist nicht mehr modern. Sie sollten sich wieder an Erhards goldene Zeiten erinnern, meine Damen und Herren!

(Stürmische Heiterkeit bei SPD und FDP)

Denn der Bauch, den Sie haben, kommt noch aus der vergangenen Zeit, nicht von jetzt!

(Erneute Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir waren immer der Meinung, der Senat ist über die wirtschaftliche Lage in Bremen informiert.

(Abg. Heiber [SPD]: Ist er auch!)

Er hat stets behauptet, daß er in Bremen die richtige Wirtschaftspolitik betreibt. Nun müssen wir feststellen, daß er über nichts informiert ist, daß er uns keinen Bericht geben kann und behauptet, er hat das Richtige getan. Wie ist dies überhaupt möglich, wenn man weiß, daß man nichts weiß und so tut, als wüßte man etwas!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Dann setzt man sich hin, Herr Koschek!)

Danach sieht natürlich auch die schlechte Wirtschaftspolitik Bremens aus, weil Sie eben nicht informiert waren.

(Abg. John [FDP]: Das haben wir schon viele Jahre von Ihnen gehört!)

Sie hätten von mir informiert werden können, Sie haben leider nicht auf mich gehört, Herr John! Das hätte Ihnen bestimmt nichts geschadet, glauben Sie mir das!

(Abg. John [FDP]: Herzlichen Dank!)

Denn immerhin haben sich unsere Vorstellungen und unsere Forderungen hier in der Bürgerschaft bewahrheitet. Sie hätten gar keinen Untersuchungsbericht, eine Erhebung nötig gehabt, wenn Sie sich an unsere Forderungen gehalten hätten. Das haben Sie leider nicht getan.

(Abg. John [FDP]: Dann wäre die bremische Wirtschaft nach Ihren Prognosen überhaupt nicht mehr da!)

Meine Damen und Herren, Sie nehmen heute hier an einem historischen Augenblick teil: Heute kommt die Demaskierung des Senats.

(Heiterkeit bei SPD und FDP)

Es tut mir wirklich leid, Herr Senator Schulz, daß Sie als einziger übrig geblieben sind, der wirklich noch in der Schonzeit ist. Aber so, wie ich Herrn Bürgermeister Koschnick kenne, sitzt er jetzt am Radio und wird sofort hierher eilen, sobald das brenzlig wird, um Sie zu unterstützen.

(Zurufe von der SPD)

Das ändert doch nichts daran, daß er hier arbeiten kann und auch hier etwas sagen kann. Das ändert doch nichts daran! Ich mache Herrn Senator Schulz keine Vorwürfe für das, was in der Vergangenheit nicht geschah. Die Vorwürfe werden erst kommen, wenn in Zukunft nichts geschehen wird, wenn in gleicher Weise untätig regiert wird, meine Damen und Herren.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Na, nun zur Sache!)

Wie können Sie eine Wirtschaftspolitik betreiben, wenn Sie über die Lage nicht informiert sind? Sie sind zum Beispiel nicht informiert, wieviel Betriebe immer noch abwandern, immer noch, nicht die vergangenen 75 Betriebe!

(Ah-Rufe bei der SPD — Abg. Böhrnsen [SPD]: Kaiserliche Werft!)

Die sind ja passé. Das sind Betriebe, die immer noch abwandern und in den nächsten Jahren abwandern werden, die inzwischen Grundstücke außerhalb Bremens erworben haben. Was gedenken Sie zu tun, um diesen Mißstand zu beseitigen? Was gedenken Sie zu tun, meine Damen und Herren, um Abhilfe zu schaffen? Es ist doch völlig unmöglich, so untätig im Senat zu sitzen und die Lage nicht zu erkennen.

Wir haben den Antrag gestellt vor der Wahl, im Mai 1970, meine Damen und Herren! Sie können uns also nicht vorwerfen, wir hätten das ein paar Monate vor der Wahl getan. Unser Antrag lautete folgendermaßen: Der Senat möge uns einen Bericht darüber geben. Wir waren der Meinung, der wäre ja informiert, dafür wird er letzten Endes ja auch bezahlt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber der Senat hat das abgeschoben auf die Wirtschaftskammer, auf das liebste Kind, an diese einmalige Kammer im ganzen Bundesgebiet.

Nun ja, wir haben dem zugestimmt, weil wir der Meinung waren, wenn der Senat der Meinung ist, daß die Wirtschaftskammer darüber unterrichtet ist, dann bitte, die Kammer möge uns berichten. Aber nein, nach acht Monaten kommen die zu uns und sagen, wir sind nicht in der Lage, Ihnen einen Bericht abzugeben. Ja, meine Damen und Herren, was sollen wir dann mit der Wirtschaftskammer noch, wenn sie nicht in der Lage ist!

Wir haben verschiedene Forderungen aufzustellen. Der vorherige Senator, Herr Eggers, hat angekündigt, daß ein Industrieservice errichtet wird — vor einem Jahr. Wo ist er geblieben? Wo ist der Industrieservice? Nichts ist geschehen! Wenn diese Kammer also nichts unternimmt, meine Damen und Her-

ren, dann sollte sie doch wenigstens versuchen, diesen Service zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, es ist doch katastrophal in Bremen, daß der Senator für Wirtschaft nicht weiß, was der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr

(Abg. John [FDP]: Seit wann das denn?)

für Grundstücke vergibt. Das geht durch mehrere Hände. Wir haben in diesem Hause oft diskutiert, daß endlich einmal eine Zusammenlegung dieser Industrieförderung geschehen muß.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Längst erledigt!)

Nur Versprechungen, nur Reden, nichts gehalten! Wann geschieht das eigentlich, Herr Senator? Eigentlich sollten Sie das wenigstens beantworten können, wann wir damit zu rechnen haben, daß Sie endlich die Geschäfte wieder im Griff haben.

(Zurufe von der SPD — Heiterkeit)

Wenn Sie also nicht in der Lage sind, uns einen Bericht über die wirtschaftliche Lage in Bremen zu geben, dann allerdings müssen wir etwas unternehmen, müssen Sie etwas unternehmen, um die Kenntnisse zu erwerben, meine Damen und Herren!

Über die Kosten ist hier viel geredet worden. Wenn man überlegt, daß Sie für die mittelständische Zinsverbilligung 50 000 DM im Jahr zur Verfügung stellen und Sie hier 3 Millionen DM, meine Damen und Herren, für die Erhebung ausgeben wollen, dann sage ich Ihnen nur eines: Dann können Sie zwanzig Jahre lang den Zinsverbilligungssatz um das Vierfache erhöhen. Dann tun Sie wirklich mehr, meine Damen und Herren!

(Abg. John [FDP]: Die wollen wir ja nicht ausgeben!)

Sie waren doch immer der Meinung, Sie wüßten doch darüber Bescheid.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Was es kostet?)

Nein, wie die wirtschaftliche Lage steht. Sie haben doch stets behauptet: Wir tun alles, wir tun genug für unsere Wirtschaft! Jetzt stellt sich heraus, Sie tun nicht genug und wissen gar nicht, was Sie tun sollten!

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Sie wissen das auch nicht!)

Wir haben Ihnen den Weg gewiesen. Das können Sie in allen Protokollen nachsehen. Wir haben Ihnen den Weg gewiesen, meine Damen und Herren!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ich wußte noch gar nicht, daß Sie bei den Pfadfindern sind!)

Sie hätten sich nach unseren Forderungen richten können, dann wäre es um Bremen besser bestellt. Sie haben es leider versäumt und kommen mit Entschuldigungen, als wären wir nun vier oder fünf Monate vor der Wahl, daß wir dann nicht mehr zu arbeiten brauchten. Sie müssen bis zum letzten Tag für Bremen tätig sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat Herr Senator Schulz das Wort.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Schulz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich jetzt zum Wort gemeldet, weil ich um 12 Uhr in Bremerhaven eine wichtige Amtshandlung vornehmen muß.

Es steht mir nicht zu, Kritik an dem Beschluß der Bürgerschaft zu üben, ein Gutachten über die wirtschaftliche Lage des gewerblichen Mittelstands in Bremen einzuholen. Ich möchte dazu nur sagen: Aus meiner Sicht, wenn ich diese Funktion zu dem fraglichen Zeitpunkt gehabt hätte, hätte ich versucht, die Bürgerschaft von diesem Beschluß abzubringen, weil die Lage der mittelständischen Wirtschaft in Bremen nicht anders ist als die in Braunschweig, Hannover, Köln und Kiel, und daß die Lage der mittelständischen Wirtschaft in Bremen nicht mit anderen Maßnahmen verändert werden kann, als mit Maßnahmen unserer Nachbarländer. Insofern sind wir nämlich den übrigen Bundesländern verpflichtet, nichts zu tun, was ein Gefälle in diesem Bereich verursachen könnte. Die Gesamtverantwortung soll man in diesem Bereich auch stets sehen.

Der Hintergrund dieses Beschlusses ist sicherlich darin zu erblicken, daß die Bürgerschaft annimmt, die mittelständische gewerbliche Wirtschaft befände sich in einer akuten Notlage. Das ist eine Behauptung, die durch nichts bewiesen ist.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Schulz, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Senator Schulz: Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, verkennen Sie nicht bei Ihrer Darlegung, daß Förderung des gewerblichen Mittelstands bundeseinheitliche Aufgabe sei, daß wir hier in Bremen eine Fülle von landespolitischen Einzelmaßnahmen zu gewährleisten haben, wie zum Beispiel Zinssubventionen und Grundstücksförderungen, die durch bundespolitische Einflüsse in gar keiner Weise begrenzt, berücksichtigt, beeinträchtigt werden?

Senator Schulz: Herr Abgeordneter Klein, ich verkenne das keineswegs. Das kann sich also nur um sogenannte flankierende Maßnahmen des Landes Bremen und der Gemeinden handeln, die allgemein üblich, gängig sind, und bei denen es nur darum geht, sie fortzuentwickeln und effektiver zu machen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage von Herrn Klein zu beantworten?

Senator Schulz: Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Sind Sie denn mit mir der Ansicht, Herr Senator, wenn gerade flankierende Maßnahmen in landespolitischer Kompetenz von großer Bedeutung sind, daß für die Effektivität dieser Maßnahmen eine klare, lichte Lage des gewerblichen Mittelstandes unerläßlich ist, damit man zum Beispiel die Maßstäbe für Grundstückssubventionen verwirklichen kann?

Senator Schulz: Durchaus richtig, aber die Frage ist, ob man eine solche klare Sicht durch ein mehr oder weniger — wie sich jetzt herausstellt — unvollkommenes Gutachten erlangen kann. Ich bin der Meinung, es gibt andere Wege. Man muß darüber nachdenken. Ich habe bei meinen Ausführungen vor etwa acht Wochen meine Position zur Frage der Mittelstandspolitik geklärt und deutlich gemacht, daß in meinem Ressort ein Arbeitsstab zusammengesetzt worden ist, beziehungsweise damals zusammengesetzt werden sollte, der sich ausschließlich mit derartigen Maßnahmen befaßt, das heißt, zunächst einmal in Zusammenarbeit mit den einschlägigen Verbänden und Organisationen des gewerblichen Mittelstands eine Bestandsaufnahme, eine Analyse versucht, denn dort vor Ort bekommt man am besten das Material konkret, wie die Situation im Einzelfall ist, denn nur im Einzelfall, wer sich in einer Notlage befindet, dem kann, muß und soll geholfen werden. Wir können uns nicht darauf einlassen, eine Subventionspolitik zu betreiben, die gewissermaßen als Gießkanne über dem gesamten gewerblichen Mittelstand ausgegossen wird, ohne daß im einzelnen der Effekt erzielt wird, der erzielt werden soll.

Damit, glaube ich, Frau Abgeordnete Förster, habe ich auch zu der Frage „Referat Mittelstand" in meinem Ressort genügend ausgesagt. Der Raum Bremens ist so klein, und die Ressortverwaltung ist so angespannt und informiert, daß man durch einen Arbeitsstab einen größeren Effekt erzielen kann als durch einen Referenten, der gewissermaßen zunächst einmal hilflos in diesem Meer von Problemen herumschwimmt.

Ich bin also der Meinung, daß man bei der Frage des Gutachtens vielleicht noch einmal überprüfen soll, ob die Kostensituation das Ergebnis, das zu erwarten ist, rechtfertigt. Und insoweit hätte ich damals gesagt, geben Sie mir eine Million oder 500 000 DM zur Verfügung, und ich entwickle ein Programm. Ich glaube, dann wäre zunächst einmal für den ersten Schritt etwas getan oder erarbeitet worden, das diesem Hohen Hause die Möglichkeit gegeben hätte zu entscheiden, ob das, was an Mitteln zur Verfügung gestellt werden kann, den Einsatz rechtfertigt. Ich bin aber der Meinung, daß man durchaus durch ein solches Gutachten mit Vorbehalt einen Globalüberblick erlangen kann, der allerdings — und das muß man sagen — keine konkreten Maßnahmen unmittelbar wird nach sich ziehen können.

Und nun, Herr Koschek, die Frage der Abwanderung ist keine Frage der Mittelstandspolitik, denn es geht hier um die Frage, ob dem Mittelstand nicht geholfen werden kann. Wenn man aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu dem Ergebnis kommt — und ein guter Kaufmann muß diese betriebswirtschaftlichen Überlegungen ständig anstellen —, daß er im Einzugsgebiet Bremens sein Unternehmen besser führen kann, muß man zwangsläufig sein Unternehmen verlegen, und er darf nicht von der öffentlichen Hand daran gehindert werden, durch Subventionen hier unwirtschaftlich seinen Betrieb weiterzuführen. Ich glaube, darüber gibt es keine unterschiedlichen Auffassungen zwischen uns. Bremen ist keine Insel, Bremen hat auch die Verpflichtung für das Umland, und je stärker das Umland gewerblich, industriell aufgerüstet wird, um so besser wird es auch Bremen gehen.

Die Frage: Notsituation des gewerblichen Mittelstandes: Ich sagte eingangs schon, das sei eine Behauptung, die durch nichts bewiesen ist. Es gibt bestimmte Sparten, in denen Krisenerscheinungen festzustellen sind. Aber, meine Damen und Herren, worauf ist das zurückzuführen? Doch auf das Prinzip der freien Marktwirtschaft, des laisser faire, laisser aller. Das ist ein Reflex einer bestimmten Konzentrationsentwicklung in anderen wirtschaftlichen Bereichen, daß kleine und mittlere Unternehmungen gefressen werden, schrumpfen oder sich nicht mehr halten können. Und das, was wir machen, und was erwartet wird, meine Damen und Herren, ist ein Verstoß gegen das Grundprinzip der freien Marktwirtschaft. Das muß man ganz klar sehen.

Damit habe ich nicht gesagt, ob man das nicht tun sollte. Ich persönlich bin der Meinung, man muß das tun. Man muß versuchen, Abwehrreaktionen auszulösen, die dieser Tendenz entgegenwirken. Aber das ist keine Sache, die man in Bremen machen kann, sondern es ist eine Frage der volkswirtschaftlichen Wirtschaftspolitik durch einschlägige Gesetzgebung, die allerdings außerordentlich schwierig zu definieren sein wird. Aber das muß man sehen. Diese Entwicklung ist nicht etwa, Herr Koschek, in den letzten zwei Jahren eingetreten, sondern gerade in den zehn Jahren der Entwicklung und der Verstärkung des marktwirtschaftlichen Prinzips sind die Großunternehmen und großen Hüttenunternehmen entstanden, gewachsen, die den anderen praktisch das Betätigungsfeld nahmen.

Ich möchte meinen, daß es darüber keinen Streit gibt. Sicherlich muß man einräumen, daß in den letzten zwei Jahren diese Entwicklung nicht gebremst worden ist.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Beschleunigt!)

Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber bremsen Sie eine Entwicklung, die acht Jahre durch den Gesetzgeber, durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik

nicht gefördert, aber zumindest geduldet worden ist.

(Abg. Koschek [CDU]: Sie haben uns doch alles versprochen, Herr Senator!)

Nein, ich habe nichts versprochen! Wissen Sie, Herr Koschek, Wirtschaftspolitik ist Politik von langer Hand, und nicht von heute auf morgen. Das wissen wir alle.

(Beifall bei der SPD — Abg. Koschek [CDU]: Das hätten Sie Herrn Schiller sagen müssen!)

Der weiß das besser als ich!

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, es ist auch nicht das Material vorhanden, so daß ich zu dieser Frage heute eine wirklich sachbezogene Aussprache über diesen Bereich nicht machen kann. Ich kann nur eines, Ihnen sagen, mein Ressort wird unabhängig von diesem Gutachten durch die eingesetzte Arbeitsgruppe und intensive Kontakte mit den einschlägigen Organisationen zunächst einmal die Situation analysieren — grob gesagt natürlich —, um dann mit gezielten und entsprechenden materiellen Maßnahmen vor dieses Haus zu treten.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schäfer zu beantworten?

Senator Schulz: Natürlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Senator, gehen Sie mit mir nicht konform, wenn es dann in Zukunft wieder die Möglichkeit gäbe, daß Sie den Auftrag übernähmen und die Wirtschaftskammer aus dem Spiel herauslassen, denn wir haben doch gesehen, ohne Unterstützung der Regierungsseite kann die Wirtschaftskammer sowieso die Sache nicht lösen?

Senator Schulz: Ich kann dazu nichts sagen. Ich werde mit den beschränkten personellen Mitteln meines Hauses versuchen, das Beste aus dieser Sache zu machen. Ich bin aber nicht der Meinung, daß man das nicht parallel laufen lassen sollte, durchaus! Vielleicht kommt die Wirtschaftskammer aufgrund ihrer nunmehr anlaufenden Arbeit zu dem Ergebnis, daß sich das Gutachten auf ganz bestimmte Sparten nur beschränkt, bei denen man der Meinung sei, hier zeichneten sich Tendenzen ab, die zu erforschen, zu analysieren es wert seien. Das kann ich nicht beurteilen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schäfer zu beantworten?

Senator Schulz: Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Schäfer!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Senator, können Sie mir die Frage beantworten, ob es Ihnen nicht möglich ist, die Führung in dieser Frage zu übernehmen und die Wirtschaftskammer einzuschalten, wie es doch an sich üblich wäre, weil die Wirtschaftskammer ja indirekt mit Ihnen zusammenarbeiten sollte?

Senator Schulz: Ich muß diese Frage mit nein beantworten. Die Wirtschaftskammer ist eine selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts und nicht an Weisungen und Aufträge — ja, Aufträge könnte man vielleicht sagen — gebunden. Aber ich glaube, man sollte das Verfahren so, wie es eingeleitet worden ist, laufen lassen. Die Vorarbeiten sind wissenschaftlich exakt, und da muß ich sagen, dieser Zwischenbericht gibt schon gewisse Aufschlüsse über das, was man haben will, vor allen Dingen über die Schwierigkeit der Situation.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Schulz, da Sie jetzt so schnell nach Bremerhaven müssen, möchte ich noch einige Bemerkungen zu Ihren Ausführungen machen. Ich glaube, Sie haben eben erklärt, wenn ich das richtig verstanden habe, daß eine Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftskammer und Senat beziehungsweise Wirtschaftssenator nicht möglich sei.

(Senator Schulz: Keine Weisungen!)

Ich möchte es dann aber zumindest dahin ergänzen, daß der Ansatzpunkt, hier eine Koordination zwischen Wirtschaftsverwaltung und Wirtschaftskammer zu erreichen, im Interesse der Sache durchaus sinnvoll ist. Ich glaube, insofern haben wir uns richtig verstanden.

(Senator Schulz: Völlig klar!)

Ich bin auch der Auffassung, daß die Entschließung, so, wie wir sie hier dem Hohen Hause vorgelegt haben, auch gerade hierfür durchaus Ansatzpunkte bietet, denn es heißt hier: „im Lande Bremen aufgrund des erreichbaren statistischen Materials und eigener Erhebungen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt", so daß bei extensiver Auslegung dieser Entschließung auch hierfür die Grundlage gegeben ist.

Und damit komme ich zu Ihnen, Frau Förster! Ich meine, Sie haben vorhin gesagt, diese Entschließung nützt überhaupt nichts, und Sie haben sie pauschal abgetan. Ich glaube, so können Sie es nach unserer Auffassung nicht tun, denn eine Auswertung des vorhandenen Materials, eigene Erhebungen, Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt sind ja bisher nicht erfolgt. Sie sollten ja gerade erst aufgrund dieser Entschließung erfolgen. Erst wenn wir dann sehen, daß das nicht von Erfolg gekrönt ist, erst dann können Sie sagen, es hat zu keinem Erfolg geführt. Denn dazu müßten Sie dann noch konkretere

Angaben machen. Sie selbst haben ja auch der Wirtschaftskammer gar keine konkreten Fragen vorgelegt. Auch Sie haben immer nur von Pauschalerhebungen gesprochen. Einig sind wir nur insofern, als wir der Auffassung sind, Totalerhebungen mit Rücksicht auf die entstehenden Kosten sollen nicht erfolgen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Brouwer zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Kollege Dr. Franke, meinen Sie nicht, daß an dem Anfang aller unserer Erörterungen hierzu definiert werden müßte, was der Mittelstand überhaupt ist?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich glaube, darüber streiten sich Wissenschaftler, und hier eine Definition zu finden, Herr Brouwer, ist völlig unmöglich. Mittelstand ist irgendein Begriff, der in den Raum gestellt wird, wissenschaftlich aber gar nicht zu definieren ist.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Wollen Sie eine Zusatzfrage des Abgeordneten Brouwer beantworten?

Abg. **Franke** (SPD): Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Wenn das nur ein Begriff ist, Herr Dr. Franke, dann müßten Sie doch zumindest als Antragsteller zu diesem Bericht eine konkrete Gruppe im Auge haben?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Aber natürlich, mittelständische Wirtschaft, mittelständische Betriebe, Kleinbetriebe, Handwerksbetriebe. Wir können es an sich nur aufzählen, wir können aber keine Begriffsbestimmung vornehmen etwa wie eine mathematische Formel. Das ist doch gar nicht möglich.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Förster zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Förster!

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Abgeordneter Dr. Franke, sind Sie nicht auch mit mir der Meinung, daß an Hand des statistischen Materials, und das habe ich vorhin auch ausgeführt, nicht die Fragen beantwortet werden können, die wir hier brauchen?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Nein, ich bin nicht Ihrer Meinung. Sie haben die Entschließung nicht zu Ende gelesen. Es heißt darin: Aufgrund erreichbaren statistischen Materials und eigener Erhebungen in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt. Sie müssen das insgesamt lesen, Sie können doch nicht nur ein Wort herausgreifen. Ich glaube, hierauf dürfte wohl das Mißverständnis beruhen.

Ich möchte auch noch auf folgendes hinweisen: Sie haben mit Vermutungen gearbeitet und haben Steuererhöhungen in Aussicht gestellt und haben drohend und mahnend Ihre Hand erhoben. Frau Förster, das, was bisher an Steuerreformvorschlägen vorliegt, sind die Ergebnisse der Kommission, die seinerzeit von Ihrem Parteifreund Strauß eingesetzt worden ist. Der hat an sich über seine Kommission Vorschläge entwickelt, die bis zu 15 Prozent Erhöhung der Mehrwertsteuer gehen und dann sicherlich doch wohl den Verbraucher ganz intensiv treffen werden.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Frage der Abgeordneten Frau Förster zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Förster!

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Dr. Franke, ist Ihnen nicht aufgefallen, daß ich zuerst die Progression der Einkommensteuer angesprochen habe und nicht die Mehrwertsteuer?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Aber, Frau Förster, Sie haben doch mit Vermutungen gearbeitet. Bis jetzt hat doch diese Bundesregierung noch gar nicht ihr Konzept vorgelegt, sondern befindet sich noch in der Beratung. Nun warten wir doch erst einmal ab, was im Herbst herauskommt und drohen wir nicht jetzt schon und malen schwarzweiß oder irgendeinen Buhmann an die Wand.

(Zuruf des Abgeordneten Koschek [CDU])

Also, Herr Koschek, auf Ihre Argumente werde ich mit Sicherheit nicht eingehen, es sind nämlich keine.

(Beifall bei der SPD — Abg. Schnakenberg [SPD]: Es lohnt sich nicht!)

Mit einer Ausnahme: Sie haben dann nämlich auch noch etwas Falsches gesagt: Sie sprechen immer von 50 000 DM Zinssubventionen, obgleich Sie in der Deputation 100 000 DM mitbeschlossen haben — das ist immerhin das Doppelte —, obgleich Sie wissen, daß in der Vergangenheit die ausgeworfene Summe für Zinssubventionen noch nie voll in Anspruch genommen worden ist.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Und obgleich Sie wissen, daß wir gleichzeitig gesagt haben, werden diese 100 000 DM überhaupt erst einmal ausgeschöpft, sind wir auch bereit, dann gegebenenfalls auf 150 000 oder 200 000 DM zu gehen. Darüber haben wir doch in Gegenwart von Herrn Sena-

tor Schulz gesprochen. Die 50 000 DM stammen noch aus einer Zeit von vor mindestens fünf Jahren.

(Abg. Launspach [SPD]: So genau nimmt er es nicht!)

Herr Brouwer, Sie sprechen vom Ruin des Mittelstands und von einer ruinösen Wirtschaftspolitik. Ich glaube, ich muß das hier auf das Schärfste zurückweisen. Gerade was dieses Land im Zusammenwirken mit den Interessenvertretungen — ich denke an die Handwerkskammer, ich denke an die Einzelhandelskammer, ich denke an sonstige freiwillige Verbände — hier in Bremen getan hat, kann sich nach unserer Auffassung und auch nach Auffassung anderer, die nicht unserer Partei angehören, durchaus sehen lassen.

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Franke, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koschek zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Koschek!

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Kollege Dr. Franke, kann es nicht sein, daß Sie den Höchstbetrag der Bezuschussung bis 100 000 DM verwechseln mit dem zur Verfügung gestellten Betrag? Da sollten Sie einmal den Haushaltsplan durchlesen, dann werden Sie feststellen, daß Sie sich irren!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Nein, ich irre mich nicht! Herr Koschek, stellen Sie doch keine falschen Behauptungen auf. Wir haben seinerzeit — Frau Förster nickt mir ja eben zu —

(Abg. Ingeborg Förster [CDU]: Nein! — Heiterkeit — Abg. Jackisch [CDU]: Er hat ein schwaches Auge!)

für Zinssubventionen insgesamt 100 000 DM in den Haushalt eingeworben, um Zinsen zu geben, um runterzusubventionieren bis auf 6 Prozent. Dafür steht diese Summe zur Verfügung, und zwar zur Modernisierung von Betrieben, zur Rationalisierung von Betrieben und zur Erhöhung von Wettbewerbsmaßnahmen, um unsere mittelständische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Daß wir darüber hinaus auch bei der Grundstücksbeschaffung außerordentlich wohlwollend handeln, wissen Sie doch so gut wie ich. Denn gerade auf diesem Gebiet sind unsere Beschlüsse — ich will das jetzt nicht besonders hervorheben — doch letztlich einstimmig gewesen. Dort kam es doch keineswegs zu Spannungen oder Konfliktsituationen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Franke, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Koschek zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Koschek!

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Kollege Dr. Franke, wie erklären Sie sich denn die Erhöhung des Prozentsatzes auf 3 Prozent, obwohl Sie den Betrag für die Zinsbewilligung nicht erhöht haben?

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Ist doch gerade gesenkt worden!)

Wenn Sie von 2 auf 3 Prozent die Bezuschussung erhöhen, aber den Betrag, der dafür zur Verfügung steht, nicht erhöhen, wie wollen Sie dann mehr für die mittelständische Wirtschaft tun? Können Sie mir das sagen?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Also, Herr Koschek, jetzt geht es doch bei Ihnen ein bißchen durcheinander. Wir subventionieren bis zu einer Höhe von 3 Prozent, aber nicht unter 6 Prozent. Das ist doch eine ganz klare Rechnung. Außerdem: Bei der augenblicklichen Situation, selbst wenn wir von einem Zinssatz von 9 Prozent ausgehen — höher liegt er ja nun im Augenblick auch nicht mehr —, kommen wir doch auf 6 Prozent runter.

(Abg. Ströh [SPD]: Bei solchen Fragen muß doch dem Mittelstand schlecht werden! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Brouwer zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Eine Frage im Hinblick auf die Zinssubventionen: Ist Ihnen bekannt, daß wir eine Zinssubvention für 2,6 Millionen DM Kreditaufnahme haben, und ist Ihnen bekannt, daß zumindest nach den statistischen Aufzeichnungen der Mittelstand ein Kreditvolumen von 360 Millionen DM pro Jahr in Anspruch nimmt? Und meinen Sie nicht, Herr Kollege Dr. Franke, daß das eine Relation ist, die zu denken gibt und in irgendeiner Form ihre Begründung wahrscheinlich in den Richtlinien für Zinssubventionen erhält?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Brouwer, um auch hier in ganz sachlicher Form Stellung zu nehmen: Wir kommen doch nicht darum herum, daß die Erteilung von Zinssubventionen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsverwaltung, mit den Interessenvertretungen der Wirtschaft selbst, in diesem Falle mit der Einzelhandelskammer und der Handwerkskammer, erfolgt. Wir kommen auch nicht darum herum, daß bislang die zur Verfügung gestellte Summe, so wie sie eingeworben ist, von der Wirtschaft nicht in Anspruch genommen worden ist.

(Abg. Brouwer [NPD]: Aber wegen der Richtlinien!)

Ja, aber die Richtlinien sind doch durchaus so, daß sie akzeptabel sind.

(Abg. Brouwer [NPD]: Nein!)

Na, was ist denn nicht akzeptabel?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte keine Zwiegespräche, meine Damen und Herren! Wenn Sie Fragen stellen wollen, kommen Sie bitte an das Fragemikrophon, sonst kommen wir durcheinander. — Bitte, Herr Dr. Franke!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Alles in allem, ich meine, wogegen ich mich wehre, ist, daß man mit Pauschalurteilen arbeitet, und daß — und darum liegt der Schluß durchaus nahe, wie er von Herrn John schon angesprochen worden ist — die sechs Monate vor der Wahl hier eine entscheidende Rolle spielen, daß es sich auch zum Teil um Fensterreden handelt beziehungsweise auch um Schauanträge. Ich meine jedenfalls, daß im Augenblick die Wirtschaft selbst — wir erleben es doch ständig in der Wirtschaftsverwaltung — doch gar nicht so massiv und konkret mit dem Unterton an uns herantritt. Ich glaube, wir sollten hier die Dinge wieder auf ein sachliches Maß zurückschrauben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, es haben jetzt von allen Fraktionen mindestens ein Redner Stellung genommen. Es liegen jetzt noch vier weitere Wortmeldungen vor. Ich bitte, mit Rücksicht auf die Länge der Tagesordnung, die heute noch vor uns liegt, daß sich die folgenden Redner kurz fassen.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich werde versuchen, es kurz zu machen. Zuerst möchte ich mich mit einigen Ausführungen von Herrn John auseinandersetzen. Herr John, wir müssen es zurückweisen, daß Sie uns Wahlpropaganda vorwerfen, denn wir haben in einem Zeitpunkt mit der Frage um die mittelständischen Betriebe schon angesetzt, wo Sie noch gar nicht daran gedacht haben.

(Beifall bei der CDU — Widerspruch bei der FDP)

Sie erzählen uns, daß Sie in Kreisen der FDP große Untersuchungen anstellen. Das müssen Sie uns erst einmal nachweisen! Sie haben vorher nichts getan, während wir uns schon lange bemüht haben, für den Mittelstand etwas zu tun. Wir haben Anträge gestellt, daß die Zinsbeihilfen erhöht werden, wir haben voriges Jahr die zur Diskussion stehende Anfrage eingebracht, wir haben den Senator für Wirtschaft gebeten, ein Dezernat einzurichten, das sich um den Mittelstand kümmern soll. Das möchte ich einmal ganz klar herausstellen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Schäfer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John zu beantworten?

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Wenn ich sie beantworten kann, ja!

Präsident Dr. Klink: Unter der Bedingung, daß er sie beantworten kann! — Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Dr. Schäfer, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß es wenig Sinn hat, wenn man über die Fragen der mittelständischen Wirtschaft sprechen will, hier über das Erstgeburtsrecht dieser oder jener Fraktion zu streiten?

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr John, als Antwort möchte ich Ihnen nur sagen, Sie haben es gesagt, nicht wir! Wir können darauf zurückgreifen, und das ist schriftlich niedergelegt, wir kümmern uns unentwegt darum. Erinnern Sie sich daran, wie Herr Markus Krauss sich um den Mittelstand bemüht.

Meine Damen und Herren, es ist über das Problem Positives und meines Erachtens auch vieles gesagt worden, was man nicht akzeptieren kann. Ich kann es zum Beispiel — leider ist Herr Senator Schulz nicht da — nicht akzeptieren, daß Vergleiche mit anderen Ländern und Städten angestellt werden. Es spielt meines Erachtens keine Rolle, was die Bundesregierung vorhat. Sie hat das Problem noch nicht gelöst, viel zugesagt, bis jetzt jedoch nichts realisiert. Wir haben die Aufgabe, uns um die bremische mittelständische Wirtschaft zu kümmern, und das war der Sinn unserer Anfrage.

Wir haben von der Wirtschaftskammer eine Ausführung bekommen, die ich sehr begrüße. Sie hat Hand und Fuß, man kann damit etwas anfangen. Da, wie vorhin ausgeführt wurde, wir — die Abgeordneten — den „Schwarzen Peter" haben sollen, das heißt, wir sollen eine Entscheidung treffen, was gemacht werden soll, was an Kosten akzeptiert wird, schlage ich Ihnen, meine Damen und Herren, vor, wir holen die CDU-Anfrage wieder vor. Danach würde Herr Senator Schulz die Verantwortung haben. Er kann die Wirtschaftskammer einschalten, indem er Aufträge delegiert, er kann das Statistische Landesamt angehen, er kann sämtliche Kammern ansprechen. Er wird von dort nicht nur Zahlenmaterial bekommen, sondern auch Ausarbeitungen. Er kann koordinieren, und wir werden tatsächlich etwas bekommen, was eventuell zur Beurteilung der anstehenden Frage benutzt werden kann. Daß es in der Kürze nicht hundertprozentig ist, das zeigt der Bericht der Wirtschaftskammer an.

Es sind Unterlagen vorhanden für das Jahr 1960 und ein paar Jahre später. Aber die gravierenden Jahre 1969/70 mit der Lohnkostenexplosion und mit den Materialkostensteigerungen sind nirgends erfaßt. Niemand weiß, wie der Mittelstand hiermit zu kämpfen hat. So auch jetzt das Problem der Freigabe des Wechselkurses der Mark! Bitte sehr, meine Damen und Herren, Bremen ist sehr exportorientiert, viele mittelständische Bertiebe arbeiten im Export

und sind von dieser schwerwiegenden Maßnahme der Regierung hart betroffen. Und darum unsere Forderung nach einer intensiven Erfassung, daß man gute Unterlagen hat. Nicht nach Gießkannenprinzip unterstützen, sondern gezielt die Betriebe, die es nach den Unternehmensdaten nötig haben.

Darum, meine Damen und Herren, zum Schluß meiner Ausführungen, nehmen Sie die CDU-Anfrage an, und wir fahren dann zusammen in einem guten Schiffchen. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich haben es die Regierungsfraktionen sehr viel einfacher, Maßnahmen für den Mittelstand zu ergreifen, sie brauchen nicht mit Anträgen ins Parlament zu gehen, sondern sie stellen die entsprechenden Senatoren, die eine Reihe von Maßnahmen durchführen, und wenn sie sie nicht durchführen, kann man sie in einer Reihe von Dingen auch ohne Antrag hier im Hause daran erinnern. Es wird so getan, als passierte nichts! Eine Reihe von Maßnahmen in der Stadt gilt im wesentlichen dem bei uns in der Mehrzahl beheimateten Mittelstand. Wir verfügen ja nicht über gar so viel Großindustrie.

Es gibt Dinge, meine Damen und Herren, die lassen sich von einem lokalen Bereich, wie hier Bremen oder Unterweser, überhaupt gar nicht lösen. Denken Sie daran, daß sich rings um unsere Stadt immer mehr Discount-Läden auftun, die etwa Benzin zu Selbstkosten oder darunter anbieten und damit einen Teil unserer mittelständischen Tankstellen in Schwierigkeiten bringen. Diese Discount-Läden liegen im Nachbarland, wir können praktisch gar nichts tun. Wir können sie nicht hindern, Benzin unter Selbstkosten zu verkaufen oder zu einem Selbstkostenpreis, um den sich ja auch noch einiges herumrechnen läßt, abzugeben. Ich habe da so meine Erfahrungen aufgrund langer Arbeit mit Kostenrechnungen.

Der zweite Punkt in diesem Getriebe sind die Brötchen. Sie sind so sprichwörtlich als Beispiel, daß eben wiederum die Großkaufhäuser und genauso die Discount-Läden die Brötchen zu einem Preis anbieten, der unsere Bäcker in furchtbaren Verzug bringt. Es gibt keinen Ausweg daraus, der direkt läuft.

Ich kann Ihnen aber eine Reihe von Dingen nennen, die wir hier getan haben, um den Behauptungen von Herrn Koschek entgegenzutreten. Ich kann sagen, sie waren so global, daß sich jeder eine Wunschliste daraus zusammenstellen kann. Ganz erstaunlicherweise müssen wir und können wir diese Situation, daß wir durch Discount-Läden am Stadtrand unseren Mittelstand kaputtgehen lassen, verhindern, und wir tun es laufend. Wir bauen laufend bessere Straßen, wir bauen laufend neue Parkhäuser in beachtlicher Zahl — und wir können uns im Bundesgebiet sehen lassen —, damit die Kunden hereinkommen, wir versuchen unsere Zentren attraktiv zu machen, wir machen Fußgängerzonen — in Bremen-Nord diskutieren wir gerade heute abend über verbesserte Möglichkeiten zum Ausbau von Fußgängerzonen —, die die Einkaufenden zum Einzelhandel, also zu unserem Mittelstand hereinspülen, wir ermuntern sogar Kaufhäuser, daß sie sich in der Stadt ansiedeln, weil sie eben noch mehr Kunden hereinbringen, und davon profitiert statistisch nachweisbar auch der kleine Mittelstand. Meine Damen und Herren, wir machen Stadtkernerneuerungen und Stadtkernverdichtungen, also in einem Bereich, mit dem Sie gar nicht rechnen.

Aber um doch noch zurückzukehren zu dem ursprünglichen Antrag: Es wird dem Senat, und es wird auch den Regierungsparteien vorgeworfen, sie verständen nichts, sie hätten keine Übersicht. Meine Damen und Herren, es ist genau umgekehrt! Ein Teil der Frager versteht nichts von Wirtschaftszahlen, vesteht nichts von Statistiken und kommt dann sozusagen damit an, als gäbe es da Patentlösungen, das Einseitigkeitsetikett. Mit Unkenntnis und Ausstreuen von Unwissen kann man überhaupt nichts erreichen.

Meine Damen und Herren, der Bremer Senat besitzt ganz selbstverständlich einen Überblick über die bremische Volkswirtschaft, sowie der Bund einen einigermaßen Überblick über die Volkswirtschaft der Bundesrepublik besitzt, also über die Gesamtzahlen. Meine Damen und Herren, jeder kann hier aufstehen und wünschen, er wünscht hier Auskünfte über einen Teilbereich, zum Beispiel über einen bestimmten Wirtschaftszweig. Unsere Statistik ist darauf nicht angelegt. Wir können über Teilbereiche nicht Auskunft geben, es sei denn, wir leisten uns ein bestimmtes System, auf das ich noch zu sprechen komme.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter von Groeling-Müller, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koschek zu beantworten?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Koschek!

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Müller von Grölingen!

(Heiterkeit)

Ich bitte um Entschuldigung! Herr Kollege, das ist einfacher: Herr Kollege, sind Sie nicht auch der Meinung, daß es der Senat hätte sagen müssen, daß er solche Daten besitzt über die Wirtschaft, und nicht aus Ihrem Munde? Der Herr Senator Schulz hat bisher nichts davon gesagt, daß das Material vorhanden ist. Dann brauchten wir nämlich auch keine Untersuchung und keine Erhebung.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Koschek, ich wollte Ihnen eine vorsichtige Einführung in statistische Erhebungen geben, weil ich mich dazu verpflichtet fühle, weil Sie behaupteten, der Senat hat keine Zahlen. Ich habe gesagt, er hat Zahlen über die bremische Volkswirtschaft, er kann nach den jetzigen statistischen Erhebungen nicht Zahlen über Wirtschaftszweige haben, das bietet sich nicht. Die müßte er in den vorgeschlagenen Wegen erheben. Und ich würde Ihnen auch noch sagen, er kann deshalb weiter nichts sagen über bremische Betriebe.

Wenn hier also Notleidende auftreten, sind wir darauf angewiesen, daß sie hinkommen zum Wirtschaftssenator und ihm ihre Notlage nun einmal nicht nur schildern, sondern auch beweisen. Das ist kein sehr zulängliches System, aber das zulängliche System hat die CDU bis zur Großen Koalition und außerdem durch den von mir durchaus geschätzten Professor Erhard strikt abgelehnt, weil sie es als Mittel von diktatorischer Planwirtschaft ansehen. Und das ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Die ist bisher von der CDU im Bund abgelehnt worden. Wir können im Land Bremen keine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung machen. Das mußte eine gesamte Volkswirtschaft tun, und das ist abgelehnt worden.

Allein die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung kann detaillierte Auskünfte auch für Wirtschaftszweige im Land Bremen auch für die bremische Volkswirtschaft geben. Diese volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist in der Vorbereitung damals nicht akzeptiert worden, sie läuft etwa in der Vorbereitung seit vier, fünf Jahren. Sie braucht aber, um sauber und sorgfältig erstellt zu werden, viel mehr Zeit, leider natürlich auch viel mehr Beamte. Sie erfordert neben den erheblichen Zusatzkosten für die Statistischen Landesämter und für das Statistische Bundesamt, auf der anderen Seite auch von sämtlichen Wirtschaftsbetrieben erhebliche Mehrforderungen und mehr Arbeitsaufwand.

Die müssen nämlich die Statistiken und die gewünschten Aufstellungen, die für eine volkswirtschaftliche Voraussrechnung gebraucht werden, aufstellen. Und das bedeutet selbst für einen mittleren Betrieb ein bis zwei bilanzsichere Buchhalter, die das machen. Der kleinere Betrieb hat es ein wenig personaleinfacher, da hat es aber fast wieder Schwierigkeiten, denn das macht oftmals der Steuerhelfer. Meine Damen und Herren, das bedarf einer sehr langfristigen Vorausplanung und sehr sorgfältige Erarbeitung.

Wir haben ja zum Beispiel Holland, wir haben Norwegen, wir haben Schweden, wo solche volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zum Nutzen des gesamten Landes gemacht werden. Wir werden sie in Mühe einfüttern. Dann können wir ganz punktuell Auskunft erteilen über die Lage dieses Wirtschaftszweigs und jenes Wirtschaftszweigs. Erst dann sind wir überhaupt dazu in der Lage. Jetzt müssen wir solche Gutachten nehmen, und das, meine Damen und Herren, so ein Gutachten ist eine Daumenpeilung, auch wenn es die Wirtschaftskammer erstellt. Natürlich ist es ein Daumenpeilen. Wir können uns aber dann nicht hinterher hinstellen, auch wenn wir das Gutachten haben, und können sagen, wir wissen über die bremische Wirtschaft Bescheid. Das wissen wir nicht! Wir kennen ein sehr interessantes Gutachten und gutachtliche Äußerungen zur Lage des bremischen Mittelstands, wir wissen aber über die bremische Wirtschaft noch sehr, sehr wenig.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter von Groeling-Müller, sind Sie bereit, ein Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Schäfer zu beantworten?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Schäfer!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Kollege, sind Sie mit mir der Meinung, daß es Aufgabe eines Wirtschaftssenators wäre, derartige Daten im Laufe seiner Regierungszeit zu sammeln und sie auszuwerten, zumal eine Wirtschaft nicht nur aus Großbetrieben, sondern auch aus Mittelbetrieben besteht?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege Dr. Schäfer!

(Heiterkeit — Zurufe von der CDU — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Akustisch war Ihre Antwort etwas deutlicher!

(Heiterkeit)

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Ich bin etwas ratlos, nachdem ich Herrn Dr. Schäfer nachdenkend ansprach und er sich den Ton verbittet. Ich weiß nicht, ob ich dann antworten soll.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Tun Sie das mal!)

Schon der Versuch, ihn höflich anzusprechen, ist also abträglich. Ich müßte — nachdenklich hatte ich gesagt —, ich müßte bloß sagen, auf die gestellte Frage wäre zu antworten, daß ich versucht habe, ihm darzustellen, daß detaillierte und sorgfältig geplante Statistiken bisher in Deutschland nicht erhoben werden, daß sie der Bremer Senat allein nicht erheben kann, daß man sich abstimmen muß mit anderen Ländern und der Bundesregierung, um dann eine sorgfältige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufzustellen. Das Land Bremen ist dazu nicht in der Lage, auch wenn wir es wollen, auch wenn wir Millionen auf den Tisch legen, auch mehrere Millionen, können wir es nicht. Wir können einen Zensus machen. Das ist eine einmalige Geschichte, und nach zwei Monaten ist dieses einmalige Ergebnis dieses Zensus wieder veraltet. Das hat doch gar keinen Sinn.

Also bitte, deshalb mißverstehen Sie mich nicht, daß das keine grundsätzliche Ablehnung ist, sondern

das sind die Zweifel in all dem, was wir tun, ehe wir nicht eine sorgfältige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und möglicherweise die volkswirtschaftliche Vorausrechnung haben.

Meine Damen und Herren, zur Definition des Mittelstands gibt es ein paar ganz dumme Beispiele. Wir können Mittelstand genauso definieren wie Familie. Nur wenn wir eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung haben, können die Statistiker auf den Knopf drücken und die entsprechenden Multiplikatoren — Umsatz, Reinverdienst, Angestellte, Produktionsgröße und so weiter — als Faktoren eingeben und werfen dann die gewünschten Betriebsgrößen aus. Genau so, wie wir das in der Familie machen. Wir haben Familien mit zwei Köpfen, wir haben Familien mit drei und vier, und alle unsere Statistiken geben hervorragend Auskünfte, sortiert nach Familiengröße.

Meine Damen und Herren, auch wieder eine Feststellung: Auch wenn wir Gutachten machen lassen, gibt das nur beschränkt Auskunft, und die Opposition kann sich wieder hinstellen und sagen, das, was da geschieht, stimmt doch alles nicht. Natürlich stimmt es nicht! Es ist nur auf diesen bestimmten Punkt konzentriert! Sie können, wenn Sie einen Millimeter daneben zielen, sagen, was da geschieht, ist einfach falsch!

Meine Damen und Herren, es ließe sich zu den einzelnen Dingen noch eine Menge sagen. Ich glaube, daß das, was wir hier vorhaben, uns eine Zwischenauskunft, eine Momentaufnahme gibt, und daß wir bei all den vielen Dingen, die wir in Bremen tun — von den sehr günstigen Landabkäufen zu vollem Preis und Landverkäufen im Land Bremen zu einem bevorzugten Preis an die hier ansässigen Unternehmen will ich gar nicht so deutlich reden —, aber das ist doch wohl eine ehrliche und gute Unterstützung, wenn wir jemandem seinen vollen Preis für seinen Verkauf des Landes an uns bezahlen, und wenn wir ihm zum Vorzugspreis mehr Land an einer viel besseren und günstigeren Stelle wieder geben. Das ist doch eine deutliche Bevorzugung, meine Damen und Herren.

Es gäbe noch eine Reihe von Beispielen dazu. Ich hoffe, daß wir mit der Momentaufnahme ein Weiteres tun können für die bremische Wirtschaft, denn das, was für den Mittelstand geschieht, schlägt auf mehr zurück. Wir werden aber die Grundcrux, daß wir eben Großunternehmen haben, die auf weiten Sektoren die Waren und Dienstleistungen so billig anbieten, daß der Mittelstand das kaum schafft, so leicht mit einer Patentlösung nicht erledigen können. Wir müssen uns eben allesamt anstrengen und uns nicht ständig bescheinigen, daß wir nichts tun. Wir tun schon eine ganze Reihe. Das wissen die, für die es getan wird, am besten. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß die Redner hier meine Bitte, daß wir die Diskussion gestrafft führen wollen, sehr beachtet haben. Aber ich bitte doch einmal zu bedenken, ob wir es nicht vielleicht noch straffer führen können.

Als nächster hat der Abgeordnete Krauss das Wort.

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Vorredner, ebenso auch Herr Senator Schulz, wollten die Zuständigkeiten für die Mittelstandspolitik der Bundesregierung zuschieben.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Nein!)

Nun, glaube ich, hat diese Debatte sehr deutlich gezeigt, daß wir hier enorm viel tun können. Und so gilt sicherlich für Mittelstandspolitik nicht Entweder-Oder, entweder Bund oder Land, sondern So wohl-Als-auch. In diesem Sinn möchte ich ein paar Fakten hinzufügen. Ich möchte anfangen bei dem, Sie nennen es wohl „Pöhl-Bericht", Herr Launspach, Sie hatten wohl Strukturanalyse gesagt, Sie meinen vermutlich dieses Aktionsprogamm seitens der SPD-Fraktion im Auftrag der Bundesregierung, welches als „Pöhl-Bericht" bezeichnet wird.

(Abg. Launspach [SPD]: Ich habe die Nummer der Drucksache angegeben!)

Sie haben gesagt, hiermit sei die Bundesregierung Verpflichtungen gegenüber dem Mittelstand aus der Regierungserklärung nachgekommen.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das hat er nicht gesagt!)

Wir haben diesen Bericht gründlich zur Kenntnis genommen, und wir wollen zugeben, daß manche Erkenntnisse über Probleme der mittelständischen Wirtschaft angeklungen sind.

(Abg. John [FDP]: Das ist schon ein Fortschritt, daß Sie das merken!)

Aber wo bleiben die Konsequenzen? Die Bundesregierung erkennt die Bedeutung der Kooperation für den Mittelstand. Sie hat aber immer noch nicht die seit langem fällige Reform des Kartellgesetzes beschlossen, obwohl Sie nun schon rund ein halbes Dutzend vergebliche Anläufe unternommen hat!

(Abg. Ströh [SPD]: Das haben Sie doch immer blockiert!)

Durch dieses Unterlassen und Versäumnis wurde die mittelständische Wirtschaft in besonderer Weise verunsichert.

Ein zweiter Punkt: Die Bundesregierung erkennt in diesem Aktionsprogramm — „Pöhl-Bericht" — die Notwendigkeit für die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Krauss, ich habe Verständnis dafür! — Ich meine, es sind

ja am Anfang auch bundespolitische Fragen angesprochen worden. Jetzt sind wir fast am Ende der Debatte über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen. Wir haben anfangs bundespolitische Fragen gehabt. Wir haben es bei allen Fraktionen dann durchgehen lassen. Ich habe die große Sorge, daß es jetzt erneut mit einer bundespolitischen Debatte losgeht. Sollten wir nicht versuchen, uns an das Thema zu halten und jetzt nun wirklich über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen, und zwar aus der Sicht des Gesetzgebers von Bremen, zu berichten? Ich würde herzlich darum bitten!

Abg. **Krauss** (CDU): Ja, ich möchte versuchen, Ihrer Bitte nachzukommen, aber Sie werden mir doch sicherlich gestatten, diesen Punkt zu Ende zu führen, Herr Präsident, denn ich gehe ja nur auf die Äußerungen eines Vorredners ein.

(Beifall bei der CDU)

Herr Launspach war es ja, der zur Frage Alterssicherung der Selbständigen oder Öffnung der Rentenversicherung für die Selbständigen Stellung genommen hat, und darauf muß eine Antwort gegeben werden.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Jawohl, da hat er recht!)

Die Notwendigkeit ist also anerkannt von der Bundesregierung und hier im Saal bestätigt worden. Aber bislang fehlt der Gesetzentwurf hierfür, obwohl ein solcher seit 1970 mehrfach angekündigt wurde.

(Abg. Franke [SPD]: Der fehlt seit zwanzig Jahren! — Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: In Arbeit, in Arbeit!)

Meine Damen und Herren, es stellt sich nun doch die Frage, ob die SPD-Regierung in Bonn dem Mittelstand überhaupt helfen will!

(Abg. Klemmer [SPD]: Woher wissen Sie?)

Ich möchte jetzt, Herr Präsident, Ihren Wunsch respektieren und es wirklich mit der Bundespolitik zu Ende bringen, indem ich eine Hoffnung ausspreche. Es liegt eine Große Anfrage der CDU-Fraktion in Bonn vor betreffend mittelständische Wirtschaft. Es scheint so, daß die Beantwortung dieser Großen Anfrage der Bundesregierung erhebliches Kopfzerbrechen macht, denn der Termin ist schon einmal verschoben worden. Die Bundesregierung hat gebeten, ein bißchen Zeit zu bekommen wegen der Komplexität der Probleme.

Lassen Sie mich aus der Anfrage nur die zwei Sätze zitieren, mit denen die Anfrage begründet wird. Ich bitte um Genehmigung!

Präsident Dr. Klink: Zwei Sätze, bitte!

Abg. **Krauss** (CDU): „Die Politik dieser Bundesregierung hat trotz mancher Publikationen bislang nicht in wünschenswertem Umfang erkennen lassen, inwieweit sie bereit ist, die mittelständische Wirtschaft in ihrer Substanz zu erhalten und zu fördern.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das ist eine Behauptung, eine Beschuldigung!)

Wir halten daher eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zu diesen in der Großen Anfrage gestellten Fragen für nötig."

Meine Damen und Herren, wir werden sehen und hoffen, daß So wohl-Als-auch, sowohl in Bonn als auch im Lande Bremen für den Mittelstand etwas getan wird.

(Abg. Ströh [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich möchte keine Fragen beantworten.

(Zuruf von der CDU: Er soll sich ja kurz fassen! — Heiterkeit bei der CDU)

Was Bremen betrifft, meine Damen und Herren, wir werden nicht resignieren, Herr Brouwer! Wir werden weiterhin unsere Forderungen erheben, und wir werden zum Beispiel den Senator für Wirtschaft bitten, dieses Ressort Mittelstand beim Wirtschaftssenator effektiv zu machen. Ob er es nun Ressort oder Arbeitsstab nennt, das soll uns einerlei sein. Aber es muß etwas geschehen, damit wenigstens die zur Zeit möglichen Hilfen wie Zinsbeihilfen, ERP-Mittel et cetera in Anspruch genommen werden können.

(Abg. Boljahn [SPD]: Grundstückspolitik!)

Es muß nämlich erst einmal informiert werden.

Die mangelnde Information auf diesem Gebiet, meine Damen und Herren, ist sicherlich ein Grund für die mangelnde Inanspruchnahme. Bei diesen Wünschen folgen wir keiner Mittelstandsideologie. Wir haben nie behauptet, daß der Mittelstand der Nabel der Welt ist. Als Mittelständler bekenne ich mich zur dienenden Funktion dieses Bereichs in der Gesamtwirtschaft. Aber als CDU halten wir diese Maßnahmen für erforderlich. Sie liegen nämlich im Interesse der Gesamtbevölkerung Bremens. Denn, meine Damen und Herren, gesunde Betriebe bedeuten sichere Arbeitsplätze! Und die Mehrzahl der bremischen Arbeitnehmer ist in Betrieben der mittelständischen Wirtschaft beschäftigt.

(Abg. Kahrs [SPD]: Ihre Kenntnisse, sagenhaft!)

Wenn wir auch den vorliegenden Antrag als unzureichend ansehen — wie ja Ihr eigener Wirtschaftssenator auch —, so möchte ich sagen, besser wenig als gar nichts!

Das Hochkitzeln der angeblichen Kosten, meine Damen und Herren, auf, wie wir heute sogar gehört haben, 3 Millionen DM läßt allerdings den Verdacht aufkommen, daß man ein solches abschrecken-

des Motiv braucht, weil man es nicht zur Kenntnis nehmen will, wie erbarmungswürdig es einem weiten Bereich des kleinen Mittelstands in Wirklichkeit geht.

(Abg. U h d e [SPD]: Denken Sie doch einmal an sich selbst!)

So lassen sich die Probleme nicht lösen. Heute können wir nicht mehr tun, als Ihren Antrag passieren zu lassen. Zufrieden sind wir damit nicht. Eine gewisse Hoffnung kann uns geben, daß die Debatte zumindest zu einer Aussage des Senators geführt hat, die der Sprecher der SPD, Herr Dr. Franke, noch interpretiert hat in dem Sinne, daß eine Koordination zwischen der Arbeit der Wirtschaftskammer und des Senats denkbar und wünschenswert ist. — Ich danke Ihnen!

(Abg. S t r ö h [SPD]: Sie sind doch das beste Beispiel! — Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat der Abgeordnete Gassdorf das Wort.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich ganz bestimmt an die Anregung des Herrn Präsidenten halten, nur kurze Ausführungen zu machen. Ich bitte allerdings um Verständnis, wenn es mir nicht immer gelingt, ganz knappe Sätze zu formulieren, aber ich werde mich bemühen. Ich will die Debatte nicht vertiefen, aber einige sachliche Unrichtigkeiten beziehungsweise Unklarheiten bedürfen der Aufklärung. Deshalb habe ich mich zum Wort gemeldet.

Meine Damen und Herren, daß wir über das Problem des Mittelstands heute sprechen, ist wahrlich nicht Schuld der CDU-Fraktion. Die CDU-Fraktion hatte bereits im Mai vergangenen Jahres einen Antrag gestellt, der Senat möge alljährlich dem Hause berichten, und wenn das Haus damals zugestimmt hätte, brauchten wir uns heute nicht über Wahlkampfauswirkungen zu unterhalten.

(Beifall bei der CDU)

Offensichtlich aber, meine Damen und Herren, entwickeln SPD und FDP gerade zum jetzigen Zeitpunkt ein neues Gefühl für den Mittelstand. Die CDU braucht das nicht zu entwickeln, das ist Bestandteil unseres Wahlprogramms seit Anbeginn, und Sie selbst müssen in der Öffentlichkeit rechtfertigen, warum Sie unbedingt jetzt auf dieses Thema immer wieder zu sprechen kommen.

(Abg. J o h n [FDP]: Sie lesen ja nur Ihre eigenen Programme, das ist es ja!)

Es wird auch nicht dadurch anders, daß Sie immer etwas nebulös sprechen und vielleicht sich selbst meinen oder die NPD. Sagen Sie doch klar, die CDU hat das alljährlich gefordert, dieser Antrag ist mit Ihren Stimmen abgelehnt worden, und deshalb müssen wir uns heute darüber unterhalten.

Und nun noch etwas anderes: Der Abgeordnete John versuchte, die Entschließung dadurch und damit zu motivieren, indem er einen Teil der Ausführungen aus dem Bericht über die Lage der mittelständischen Wirtschaft im Lande Bremen zitierte. Nach meiner Ansicht hat der Abgeordnete John dabei einen sehr wichtigen Satz unterschlagen und den sollten wir nämlich noch anführen: Es heißt nämlich in der Entschließung — und das haben Sie eben nicht gebracht, Herr Abgeordneter John —, ich zitiere wörtlich: „Bei dieser Alternative muß allerdings mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß erhebliche Abstriche hinsichtlich des Erkenntnisumfangs sowie der Erkenntnisgüte hingenommen werden müßten." Ich bin der Ansicht, daß das noch dazu gehört.

Im übrigen möchte ich wirklich bedauern, daß dieses Haus die Wirtschaftskammer nun damit beauftragt hat. Wir sind der Meinung, 20 Jahre hatte der Senat Zeit, sich wenigstens etwas über die Lage der mittelständischen Wirtschaft zu informieren! Nun soll uns die Wirtschaftskammer helfen, weil der Senat offenbar selbst über keine Daten verfügt.

Meine Damen und Herren, nun noch etwas anderes, und das zum Abschluß: Mein Freund Emil Koschek hat eben einige Ausführungen gemacht, und da sind Bemerkungen gekommen wie zum Beispiel von Dr. Franke: „Argumente, darauf wollen wir nicht eingehen, das sind nämlich keine", und der Abgeordnete Kähler sagte, „das hälst Du ja nicht mehr aus." Einverstanden! Wenn Sie das auch auf die jetzige Lage in der Bundesrepublik beziehen, die nämlich der „Spiegel" in seiner dieswöchigen Ausgabe schildert, dann allerdings muß ich sagen, müssen Sie mit den Konsequenzen selbst fertig werden.

Ich bin der Meinung, wir sollten aus diesem Hause endlich einmal verbannen, was in der Vergangenheit gewesen ist. Die Wähler und die Bevölkerung sind nicht so naiv, wie wir glauben. Nun sind Sie am Zuge, und Sie selbst, meine Damen und Herren, haben nun endlich zu verantworten und darzustellen, wie es mit der Politik der Bundesregierung steht.

(Abg. K a h r s [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ich möchte keine Zwischenfragen beantworten!

(Abg. J o h n [FDP]: Das ist aber schade!)

Ich zitiere nur noch zum Abschluß, Ausgabe „Der Spiegel": „Es ist eine Bilanz der Mißerfolge, im Inflationsrhythmus steigende Preise und Löhne statt der versprochenen Stabilität. Ein rücksichtsloser Wettlauf der Großressorts Verteidigung, Verkehr und Bildung um Steuermilliarden statt der verheißenden Solidität. Ein technokratischer Planungswirrwarr unter sich zerstrittener Ressorts statt der ausgelobten Reformen von Staat und Gesellschaft. Eine im Berlin-Junktim festgefahrene Ostpolitik statt der von Brandt erstrebten Entspannung und

Aussöhnung. Als die Bonner sich anschickten, der latenten Krise mit einem von Schiller entworfenen Stabilitätsprogramm Herr zu werden, fanden sie sich mit dem Rücken zur Wand, die letzte Kugel im Lauf. — „Frankfurter Allgemeine": Karl Schiller sieht klar,

(Abg. Fröhlich [SPD]: Was soll das denn hier in der Debatte?)

uns bleibt ein schmaler Korridor für die Schußbahn."

Meine Damen und Herren, Ihnen das vorzuhalten, war mein Anliegen, denn Sie wollen stets nicht wahr haben, wenn mein Freund Koschek einmal Vergleiche auf Bundesebene anstellt. Für uns ist die augenblickliche wirtschaftliche Lage keine Sache, worüber man sich freuen kann, wie Sie es 1966 getan haben. Dazu ist die Angelegenheit zu ernst! Wenn dem so ist, sollten die ständigen Vorhaltungen über die Bundespolitik von früher aus dem Hause herausbleiben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die CDU-Fraktion hat seinerzeit hier den Vorschlag unterbreitet, wir sollten den Senat beauftragen, uns jährlich einen Bericht über die Lage des Mittelstands im Lande Bremen zu geben. Wir haben, weil diesem Antrag von seiten der Koalition nicht gefolgt wurde, dann gesagt, lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach, also machen wir mit, beauftragen wir damit die Wirtschaftskammer.

Dieses Unternehmen ist offensichtlich nicht so gelaufen, wie wir es und damals allesamt gedacht haben, und wie wir es gehofft haben. Wenn wir jetzt diesen Zwischenbericht nehmen, meine Damen und Herren, und ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus diesem Zwischenbericht einmal ganz kurz zitieren darf, so heißt es im drittletzten Absatz, zweiter Teil, wörtlich:

„Bei dieser Alternative muß allerdings mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß erhebliche Abstriche hinsichtlich des Erkenntnisumfangs sowie der Erkenntnisgüte hingenommen werden müßten. Die in dem vorläufigen Arbeitsplan dargestellte Zielsetzung müßte dann aufgegeben werden, da zu ihrer Verwirklichung Datenmaterial vorausgesetzt ist, das durch die amtliche Statistik in dem erforderlichen Ausmaß nicht zur Verfügung gestellt werden kann."

Meine Damen und Herren, wenn wir das in dem Zwischenbericht lesen und uns dann fragen, was hier der Antrag der SPD- und FDP-Fraktion eigentlich noch bewirken soll, dann können wir in diesem Antrag auf der Grundlage des soeben Zitierten tatsächlich nur den Versuch sehen, hier dem Mittelstand etwas vorzumachen, daß für ihn etwas getan würde im klaren Wissen, daß mit diesem Material nachher nichts Handfestes gemacht werden kann im Interesse des Mittelstands.

Meine Damen und Herren, das ist der Grund, weswegen wir Ihren Antrag heute ablehnen werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kähler.

Abg. **Kähler** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Herr Kollege Gassdorf meint, in diese Diskussion eine bestimmte Nuancierung hereinbringen zu müssen, so ist es seine eigene Sache. Wenn Herr Koschek und Herr Krauss meinen, als Mittelständler zum dem Problem Stellung zu nehmen, so ist das auch ihre eigene Sache. Wenn Herr Krauss dann aber am Mirkrophon Fragen ablehnt, meine ich, muß ich hier herkommen und Herrn Krauss von hier aus eine Frage stellen, und zwar folgende Frage: Herr Kollege Krauss, fühlen Sie sich auch schlecht behandelt als Mittelständler durch die Stadtgemeinde Bremen?

(Abg. Klemmer [SPD]: Hört, hört!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der Wirtschaftskammer Kenntnis.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

(Dafür SPD, FDP und NPD)

Bericht Nr. 50 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 66)

Bericht Nr. 51 des Petitionsausschusses (Drucksachenabteilung III Nr. 67)

Interfraktionell wurde vereinbart, die Punkte 7 und 8 gemeinsam zu behandeln.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Der Petitionsausschuß legt zwei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 19. April und 30. April 1971 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuß empfiehlt, über die Behandlung der Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Mündlicher Bericht des nichtständigen Ausschusses zur Vorbereitung eines Fachhochschulgesetzes — Erweiterungsauftrag —

In der 35. Sitzung am 10. Dezember 1969 erteilte die Bürgerschaft (Landtag) dem nichtständigen Ausschuß zur Vorbereitung eines Fachhochschulgesetzes den Zusatzauftrag, die Frage des Ausbaus der Akademien in Bremen zu Fachhochschulen zu erörtern und der Bürgerschaft (Landtag) über das Ergebnis unter besonderer Berücksichtigung der kurzfristig erforderlichen Baumaßnahmen zu berichten.

Der nichtständige Ausschuß hat die Beratungen über diesen Eweiterungsauftrag am 3. Mai 1971 abgeschlossen und den Abgeordneten Ströh beauftragt, der Bürgerschaft (Landtag) einen mündlichen Bericht zu erstatten.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich kann mir vorstellen, daß einige Mitglieder des Hauses, als sie die Tagesordnung durchgegangen sind, bei sich gedacht haben, nanu, existiert denn dieser Ausschuß noch immer? Erlauben Sie mir deshalb, bevor ich zu meinen eigentlichen Auftrag komme, eine kurze persönliche Bemerkung:

Sie wollen bitte an der relativ langen Beratungszeit, die der Ausschuß für seinen Auftrag benötigte, erkennen, daß es immer schwieriger wird, neben der beruflichen Tätigkeit auch noch die oftmals die ganze Person in Anspruch nehmenden Aufgaben eines Bürgerschaftsabgeordneten zu übernehmen. Ich kann nur hoffen, daß bei den anstehenden Beratungen über Änderung der Verfassung und gegebenenfalls des Deputationsgesetzes dieses Problem berücksichtigt wird. Darüber hinaus darf ich aus eigener Erfahrung darauf hinweisen, daß es Parlamentsausschüsse ohne entsprechenden eigenen Verwaltungsunterbau sehr schwer haben werden, das Gewicht der Legislative gegenüber der Exekutive zu verstärken.

Ich hoffe, daß Sie, meine Damen und Herren, mir den Exkurs, über den sicherlich noch sehr viel zu sagen wäre, nachsehen. Wahrscheinlich ist es die letzte Möglichkeit für mich gewesen, dem Haus auf diese Weise meine Meinung zu diesem Problem zu sagen.

Aber nun zur Sache selbst:

Während der Haushaltsberatungen im Dezember 1969 demonstrierten Studenten der damaligen Ingenieurakademie vor dem Haus der Bürgerschaft. Durch diese Demonstration sollten die Abgeordneten auf die nach Ansicht der Studenten unhaltbaren Zustände an der Ingenieurakademie hingewiesen werden. Gleichzeitig war damit die Absicht verbunden, Einfluß auf die Haushaltsberatungen mit dem Ziel zu nehmen, die im Haushaltsplan 1970/71 vorgesehenen Ansätze zu erhöhen und weitere Mittel für die Ingenieurakademie zur Verfügung zu stellen. Nach einem Gespräch zwischen Vertretern der Fraktionen und den Sprechern der Demonstranten beschloß die Bürgerschaft einstimmig, dem nichtständigen Ausschuß zur Vorbereitung eines Fachhochschulgesetzes zusätzlich den Auftrag zu erteilen, dem Parlament einen Bericht über die Situation an allen Akademien — jetzt Fachhochschulen — des Landes Bremen zu erstellen.

(Vizepräsident B u g l a übernimmt den Vorsitz)

Am 27. Juni 1970 verabschiedete die Bremische Bürgerschaft das Gesetz über die Fachhochschulen der Freien Hansestadt Bremen. Damit hatte der nichtständige Ausschuß seinen ursprünglichen Auftrag erledigt und konnte sich nunmehr der zusätzlichen Aufgabe zuwenden, die Situation an den Fachhochschulen, die damals noch Akademien genannt wurden, zu untersuchen.

Der nichtständige Ausschuß hat die bremischen Akademien gebeten, einen Bericht über die Situation an den Akademien zu erstatten und ein Entwicklungskonzept für die künftigen Fachhochschulen vorzulegen. Die Akademien haben im Früjahr/Frühsommer 1970 den erbetenen Bericht sowohl schriftlich als auch mündlich vor dem nichtständigen Ausschuß erstattet. Der nichtständige Ausschuß hat die Situation an den einzelnen Akademien und die erstatteten Berichte in allen Einzelheiten jeweils mit den Direktoren, den Vertretern der Dozenten und den Vertretern der Studenten der betroffenen Akademien erörtert, um einen vollständigen Überblick über die anstehenden Probleme zu erhalten. Nach Erstattung der Berichte durch die Akademien hat der nichtständige Ausschuß im September 1970 eine Begehung der bremischen Fachhochschulen durchgeführt, um sich an Ort und Stelle ein vollständiges Bild über die Situation an den früheren Akademien und jetzigen Fachhochschulen zu verschaffen.

Die Berichte der Akademien und die Begehung der Fachhochschulen haben gezeigt, daß die jetzigen Fachhochschulen im wesentlichen gleiche, allen Fachhochschulen gemeinsame Probleme haben, wenn auch die Schwerpunkte an den einzelnen Fachhochschulen unterschiedlich gelagert sind. Die Fachhochschulen haben übereinstimmend vorgetragen, daß an ihren Hochschulen Nachholbedarf besteht und daß darüber hinaus durch die Entwicklung im Hochschulbereich ein weiterer Bedarf besteht. Alle Hochschulen gehen von einem zum Teil erheblichen Ansteigen der Zahl der Studienbewerber und von

einem damit verbundenen Ansteigen der Zahl der Studenten aus. Dies erfordert zum Teil in erheblichem Maße Schaffung von neuen Studienplätzen. Dabei ist insbesondere auf die Situation an der Hochschule für Technik und an der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie hinzuweisen. Beide Hochschulen sind nicht in der Lage, alle Studienbewerber aufzunehmen.

Unter Zugrundelegung ihres Konzepts der Entwicklung der künftigen Fachhochschulen haben die Akademien übereinstimmend in ihren Berichten ihren Nachhol- und Mehrbedarf insbesondere zur Schaffung neuer Studienplätze wie folgt angegeben:

1. Vermehrung der Dozentenstellen und der Stellen für das übrige Lehrpersonal, was bedingt ist durch eine Vermehrung der Studienplätze, eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Dozenten von zur Zeit 23 Wochenstunden auf 18 beziehungsweise gegebenenfalls 12 Wochenstunden und durch Maßnahmen der Studienreform;

2. Vermehrung der Stellen für Verwaltungspersonal, wiederum bedingt durch die Aufgaben der Selbstverwaltung und durch die Vermehrung der Zahl der Dozenten und Studenten;

3. Sanierung und Erweiterung der Baulichkeiten, in erster Linie bedingt durch die Zunahme von Studienplätzen;

4. verstärkte Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln, um ein sachgerechteres Arbeiten zu ermöglichen und schließlich

5. zusätzliche Zurverfügungstellung von Mitteln für die Arbeiten in der Hochschule.

Um der Situation an den bremischen Fachhochschulen gerecht zu werden, kann nicht mehr allein nur von den Berichten der damaligen Akademien ausgegangen werden. Diese Berichte sind im Hinblick auf die damals bevorstehende Umwandlung der Akademien in Fachhochschulen abgegeben worden. Insofern ist es eigentlich zu begrüßen, daß ich diesen Bericht erst heute geben kann. Nunmehr muß aber auch die zwischenzeitlich eingetretene Entwicklung im Hochschulbereich berücksichtigt werden.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat bereits in seiner Antwort an die Bürgerschaft (Landtag) vom 25. August 1970 „Kosten für Hochschulen und Universität in Bremen" (Drucksachenabteilung I Nr. 119) darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Fachhochschulen im Lande Bremen nicht unabhängig von der Entwicklung der Fachhochschulen in den übrigen Bundesländern und nur im Rahmen der Entwicklung des Ausbildungswesens im tertiären Bereich gesehen werden kann. Die rasche Zunahme und Vertiefung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und der technische Fortschritt zwingen dazu, die Ausbildung an den Fachhochschulen den Bedürfnissen der modernen Industriegesellschaft anzupassen. Dies bedingt eine Weiterentwicklung der Fachhochschulen.

Dieser Entwicklung hat der nichtständige Ausschuß Rechnung zu tragen. Er mußte insbesondere die Auswirkungen des Hochschulbauförderungsgesetzes und des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes, dem der Bundesrat im ersten Durchgang mit Änderungen zugestimmt hat, berücksichtigen. Darüber hinaus mußte der nichtständige Ausschuß berücksichtigen, daß die Fachhochschulen inzwischen gemäß Paragraph 5 Absatz 2 Fachhochschulgesetz den Entwurf ihres Haushaltsplans für die Rechnungsjahre 1972/73 aufgestellt haben und daß die Deputation für Kunst und Wissenschaft in ihrer Sitzung am 19. März 1971 zu den Entwürfen der Haushaltspläne Stellung genommen hat. Diese inzwischen veränderte Situation im Fachhochschulbereich hatte der nichtständige Ausschuß in seine Überlegungen mit einzubeziehen.

Nach dem Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes sind die bestehenden Hochschulen zu Gesamthochschulen zusammenzuschließen. Nach Paragraph 4 des Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes verbindet die Gesamthochschule die bisher von Hochschulen verschiedener Aufgabenstellung wahrgenommenen Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium. Sie bietet abgestufte und aufeinander bezogene Studiengänge und Studienabschlüsse an. Zu dieses Zweck sind innerhalb derselben Fachrichtung nach Inhalt, Dauer und Abschluß unterschiedliche Studiengänge einzurichten, wenn die wissenschaftliche Entwicklung und das der Fachrichtung entsprechende berufliche Tätigkeitsfeld unterschiedliche Studienziele nahelegen. Bei der Gestaltung der Studiengänge sind die gemeinsamen fachlichen Grundlagen zu berücksichtigen. Soweit der Inhalt der Studiengänge es zuläßt, sind gemeinsame Studienabschnitte oder aufeinander folgende Studiengänge zu schaffen.

Dementsprechend muß — und das ist die Auffassung des Ausschusses — angestrebt werden, die in Bremen bestehenden Hochschulen: Universität, Pädagogische Hochschule, Hochschule für Gestaltung, Hochschule für Nautik, Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie, Hochschule für Technik und schließlich die Hochschule für Wirtschaft zu einer Gesamthochschule zusammenzuschließen. Als Stadtstaat bietet Bremen hierzu günstige Voraussetzungen.

Der Zusammenschluß der bremischen Hochschulen zu einer Gesamthochschule wird sich aber — das ist wohl auch die Auffassung des Hauses — nur stufenweise vollziehen können. Über die Konkretisierung und Verwirklichung dieses Ziels wird im Einzelfall noch von den zuständigen Gremien zu entscheiden sein. Die Einzelheiten des Zusammenschlusses müssen von den staatlichen Stellen in Zusammenarbeit mit den Hochschulen noch erarbeitet werden. Der gemäß Paragraph 10 des Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes aufzustellende Hochschulentwicklungsplan und der gemäß Paragraph 11 des Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes aufzustellende Hochschulgesamtplan werden die Einzelheiten des Zusammenschlusses zu einer Gesamthochschule enthalten müssen. Mit Vorüberlegungen muß aber bereits jetzt schon begonnen werden. Es sollte ein

aus Vertretern staatlicher Stellen und aus Vertretern der Hochschulen zusammengesetztes Gremium gebildet werden, das einen Plan zur Verwirklichung und Realisierung der Gesamthochschule aufstellt.

Voraussetzung des Zusammenschlusses der bremischen Hochschulen zu einer Gesamthochschule ist nach Auffassung des Ausschusses, daß Studiengänge, Studienabschlüsse, Lehrinhalte und Formen der Lehrveranstaltungen aller Teilhochschulen koordiniert werden. Im Mittelpunkt der Bemühungen müssen deshalb Fragen der Hochschulreform, insbesondere der Studienreform stehen. Das Studium an den Fachhochschulen wird im Hinblick auf die Gesamthochschule umstrukturiert werden müssen. Die Situation an den bremischen Fachhochschulen kann somit nur noch im Hinblick auf die Gesamthochschule betrachtet werden.

Durch das Hochschulbauförderungsgesetz vom 1. 9. 1969 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 3. 9. 1970 ist die Möglichkeit eröffnet worden, daß der Bund sich anteilig an der Finanzierung von Bauten für die Fachhochschulen beteiligt. Voraussetzung für die Beteiligung ist unter anderem, daß die Fachhochschulen in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz aufgenommen werden. Die Aufnahme der Fachhochschulen in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz erfolgt durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates. Die Aufnahme der Fachhochschulen in die Anlage ist in Vorbereitung. Wann die Einbeziehung der Fachhochschulen in die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen" erfolgt, ist noch nicht bekannt. Es wird damit gerechnet, daß eine anteilige Finanzierung seitens des Bundes bereits ab 1972 möglich ist.

Der Wissenschaftsrat hat gemäß Paragraph 9 Hochschulbauförderungsgesetz bereits Empfehlungen zum Ausbau der Hochschulen in Bremen ausgesprochen. Auch der Wissenschaftsrat geht bei seinen Bremen betreffenden Empfehlungen von einem — insbesondere räumlichen — Zusammenschluß der bremischen Hochschulen zu einer Gesamthochschule aus. Nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates kann damit gerechnet werden, daß Bremen für neue Hochschulgebäude Bundesmittel nur dann zur Verfügung bekommen wird, wenn hierdurch auch die räumliche Integration zu einer Gesamthochschule erfolgt. Diese Voraussetzung wird nicht schon dann als erfüllt angesehen werden können, wenn Neubauten für die Fachhochschulen auf dem Universitätsgelände erstellt werden. Die Hochschulen sollen vielmehr — bereits auch schon vor einem organisatorischen Zusammenschluß zu einer Gesamthochschule — in gemeinsamen Gebäuden untergebracht sein und Einrichtungen wie beispielsweise Labors, Mensa und so weiter gemeinsam benutzen.

Eine Ausnahme sieht der Wissenschaftsrat lediglich hinsichtlich der Hochschule für Nautik und der Hochschule für Technik als gegeben an. Eine Verlegung dieser beiden Hochschulen auf das Universitätsgelände erscheint dem Wissenschaftsrat und auch wahrscheinlich uns im Hinblick auf den umfangreichen Baubestand und die vorhandenen Erweiterungsmöglichkeiten auch bei der Integration der betreffenden Ausbildungsgänge in die Gesamthochschule Bremen nicht angezeigt.

Unter Berücksichtigung dieser Gegebenheiten macht der nichtständige Ausschuß die nachstehenden Vorschläge zur Verbesserung der Situation an den bremischen Fachhochschulen. Diese Vorschläge, meine Damen und Herren, stellen keine Stellungnahme zu den von den Fachhochschulen nach Paragraph 5 Absatz 2 des Fachhochschulgesetzes vorgelegten Haushaltsentwürfen dar, zu denen die Deputation für Kunst und Wissenschaft am 19. März 1971 Stellung genommen hat. Es ist nicht Sache und Aufgabe des nichtständigen Ausschusses, Erörterungen und Entscheidungen der Haushaltsberatungen in der Bremischen Bürgerschaft vorwegzunehmen. Andererseits können aber die von den Hochschulen in ihren Haushaltsentwürfen zum Ausdruck gebrachten Wünsche und Begehren in diesem Bericht selbstverständlich nicht unberücksichtigt bleiben.

Was das Lehrpersonal anbelangt, ist der nichtständige Ausschuß der Ansicht, daß die Stellen für Dozenten und für das übrige Lehrpersonal vermehrt werden müssen, soweit sich aus den in den nachstehenden Ausführungen genannten Kriterien ein Mehrbedarf ergibt.

Das Studium an den Fachhochschulen bedarf der Umstrukturierung. Vor allem die traditionellen Lehrformen werden sich ändern müssen. Die sich ständig weiter entwickelnde Wissenschaft und die ständige Veränderung der Berufswelt erfordern die Bereitschaft und die Motivation zu einem „lebenslangen" Lernen. Lehre und Studium dürfen sich deshalb nicht in einer Wissensvermittlung beziehungsweise Wissensaufnahme erschöpfen. Der Student muß befähigt werden, aus sachlicher Einsicht selbständig Wissen zu erwerben, es kritisch zu prüfen und zu erweitern, in der Praxis anzuwenden und weiterzuvermitteln.

Dies bedingt in steter Verbindung mit Praxis und Wissenschaft eine wesentlich stärkere Vorbereitung und Nacharbeit der Studienveranstaltungen durch den Dozenten. Meine Damen und Herren, es ist deshalb erforderlich, die Pflichtstundenzahl der Dozenten von zur Zeit 23 Wochenstunden zu senken. Dem nichtständigen Ausschuß erscheint im gegenwärtigen Zeitpunkt — ich wiederhole nochmals: im gegenwärtigen Zeitpunkt — eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl um 25 Prozent auf 18 Wochenstunden angemessen. Im Hinblick auf den Zusammenschluß der bremischen Hochschulen zu einer Gesamthochschule ist langfristig eine weitere Herabsetzung der Pflichtstundenzahl anzustreben, der Umfang der Herabsetzung kann aber im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht konkretisiert werden.

Das Ansteigen der Zahl der Studenten bedingt eine Vermehrung der Stellen für Dozenten und für das übrige Lehrpersonal entsprechend den Studen-

tenzahlen. Auf das Ansteigen der Zahl der Studenten werde ich im einzelnen noch eingehen.

In welchem Ausmaß die steigenden Studentenzahlen, die Umstrukturierung des Studiums und die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Dozenten zu einem Mehrbedarf an Stellen für Dozenten und für das übrige Lehrpersontl führen, kann im gegenwärtigen Zeitpunkt vom nichtständigen Ausschuß nicht beantwortet werden.

Die Deputation für Kunst und Wissenschaft hat im Rahmen der Beratung der Haushaltspläne der bremischen Fachhochschulen für die Rechnungsjahre 1972/73 die Frage der Herabsetzung der Pflichtstundenzahl für Dozenten an den Fachhochschulen und das Problem der Errechnung des Hochschullehrerbedarfs an Fachhochschulen erörtert.

Ausgangspunkt der Erörterung war eine vom Senator für das Bildungswesen vorgelegte Berechnung hinsichtlich des Hochschullehrerbedarfs an Fachhochschulen. Der Senator für das Bildungswesen hatte zur Berechnung der erforderlichen Dozentenplanstellen an den Fachhochschulen Personenrichtwerte — das ist das Verhältnis von Dozenten zu Studenten — erarbeitet

Die Fachhochschulen haben sich in der Sitzung der Deputation für Kunst und Wissenschaft am 19. März 1971 sowohl gegen die vorgeschlagene Festsetzung der Pflichtstundenzahl für Dozenten auf 18 Wochenstunden, als auch gegen die vorgeschlagenen Personenrichtwerte gewandt. Die Deputation für Kunst und Wissenschaft hat die Beratung hinsichtlich dieser Fragen vorläufig ausgesetzt und den Senator für das Bildungswesen gebeten, diese Fragen in Absprache mit den Kultusministern und -senatoren der Länder und mit den Fachhochschulen noch einmal zu überprüfen und der Deputation für Kunst und Wissenschaft hierüber baldmöglichst zu berichten. Wie der Senator für das Bildungswesen dem nichtständigen Ausschuß mitgeteilt hat, ist diese Prüfung und die Absprache mit den Hochschulen noch nicht endgültig abgeschlossen.

Der nichtständige Ausschuß ist der Meinung, daß das Ergebnis der erneuten Beratungen in der Deputation für Kunst und Wissenschaft über diese schwierige Frage abgewartet werden sollte. Der nichtständige Ausschuß sieht deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt davon ab, selbst Personenrichtwerte zu erarbeiten und vorzuschlagen. Gleichwohl ist der nichtständige Ausschuß der Meinung, daß die Überführung der Dozenten zu den Fachhochschulen in die H-Besoldung in Angriff genommen werden sollte.

Die inzwischen zu Fachhochschulen umgewandelten Akademien haben zum Teil bereits in ihren gegenüber dem nichtständigen Ausschuß abgegebenen Berichten darauf hingewiesen, daß auch das übrige Personal an den Fachhochschulen verstärkt werden muß.

Der Haushaltsausschuß der Finanzdeputation hat den Bedarf der Fachhochschulen an zusätzlichem Verwaltungspersonal anerkannt und am 20. Juli 1970 beschlossen, die erforderlichen Verwaltungspersonalstellen zu bewilligen. Ich darf auf die Antwort des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 25. 8. 1970 in der die „Kosten für Hochschulen und Universität Bremen" behandelt worden sind, hinweisen.

Die Erweiterung der Hochschulen aufgrund steigender Studentenzahlen und die damit verbundene Erweiterung des Studienbetriebs zwingt auch zu einer Vermehrung der Stellen für das übrige Personal. Die einzelnen Hochschulbibliotheken müssen im Hinblick auf die Gesamtschule ausgebaut werden. Hierfür sind ausgebildete Bibliothekare erforderlich. Die Universitätsbibliothek kann im gegenwärtigen Zeitpunkt diese Aufgabe noch nicht übernehmen. Auch technische Angestellte zur Unterstützung des Lehrpersonals und zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs sind zusätzlich erforderlich. Ebenfalls sind Schreibkäfte erforderlich, um die Hochschullehrer von den notwendigen Schreibarbeiten zu entlasten.

Über eine Vermehrung der unbedingt erforderlichen Stellen für das übrige an den Hochschulen tätige Personal wird die Bürgerschaft im Rahmen der Beratungen über die Haushalte der Fachhochschulen für die Rechnungsjahre 1972/73 zu entscheiden haben. Der nichtständige Ausschuß weist schon jetzt darauf hin, daß eine Verstärkung der Stellen in diesem Bereich für die Zeit ab 1972 unbedingt erforderlich ist.

Die Raumsituation an den einzelnen Fachhochschulen ist sehr unterschiedlich. Einige Fachhochschulen leiden stark unter Raumnot, so daß sie nicht alle Studienbewerber aufnehmen können. Andere Fachhochschulen wiederum sind in ausreichendem Maße untergebracht. Auf die Situation an den einzelnen Fachhochschulen werde ich nachstehend im einzelnen eingehen. Hierbei sind insbesondere die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der Hochschulen in Bremen zu berücksichtigen. Diese Empfehlungen bilden eine wichtige Grundlage für die Aufstellung des nach dem Hochschulbauförderungsgesetz vorgesehenen Rahmenplans, der Grundlage für die Finanzierung des Bundes sein wird.

Entsprechend den Empfehlungen ist auch eine räumliche Integration der Hochschulen in Bremen anzustreben, soweit dies irgend möglich ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der jetzt in Bremen vorhandenen Studenten von ungefähr 3 600 sich in den nächsten fünf Jahren mehr als verdoppeln und 1975 ungefähr 9 000 bis 10 000 betragen wird, meine Damen und Herren. Für den Großteil dieser Studenten sollten auf dem Universitätsgelände Studienplätze geschaffen werden.

Der nichtständige Ausschuß hat bei seiner Begehung der bremischen Fachhochschulen den Eindruck gewonnen, daß die vorhandenen Räumlichkeiten nicht überall optimal ausgenutzt werden. Einige Räume, insbesondere Fach- und Laborräume, waren zur Zeit — ich sage ausdrücklich zur Zeit —

der Begehung der Hochschulen durch den nichtständigen Ausschuß nicht genutzt. Hier muß, insbesondere auch im Hinblick auf die wartenden Studienbewerber, eine nach Ansicht des Ausschusses bessere Ausnutzung der vorhandenen Räume erfolgen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß der Hochschulbetrieb grundsätzlich ein ganztägiger Betrieb ist. Dies bedeutet, daß die Hochschule auch nachmittags genutzt werden muß und daß auch nachmittags Lehrveranstaltungen, wie beispielsweise Seminare, Übungen, Laborversuche und so weiter gegebenenfalls in verstärktem Maße angeboten werden müssen.

Im einzelnen ist zu den den Fachhochschulen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten folgendes zu bemerken, wobei kleinere Um- und Erweiterungsbauten außer acht gelassen werden:

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Was die Hochschule für Gestaltung betrifft, sind die der Hochschule zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten ausreichend. Die ehemalige Kunstschule hat im Jahre 1968 einen mehrgeschossigen Erweiterungsbau erhalten. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der Studenten nicht wesentlich erhöht. Außerdem ist damit zu rechnen, daß durch den Auszug der Fachoberschule — Fachbereich Gestaltung — weitere Raumkapazität frei wird. Das ist frühestens zu erwarten, wenn der Erweiterungsbau der Fachhochschule errichtet wird.

Die Zahl der Studenten an der Hochschule für Gestaltung wird sich von gegenwärtig ungefähr 200 bis 1975 auf ungefähr 250 erhöhen. Im Rahmen des Zusammenschlusses der bremischen Hochschulen zu einer Gesamthochschule muß geprüft werden, ob auch die Studenten der Hochschule für Gestaltung auf das Universitätsgelände übersiedeln können, soweit dort Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.

Die Hochschule für Nautik besitzt ein eigenes Gebäude links der Weser. Dieses Gebäude bedarf einer Erweiterung. Es ist deshalb ein Erweiterungsbau für die Bibliothek und für technische Navigation vorgesehen, mit dem 1972 begonnen werden sollte. Die Durchführung dieses Baues ist vom Wissenschaftsrat empfohlen worden.

Die Hochschule für Nautik wird zur Zeit von ungefähr 400 Studenten besucht; es wird damit gerechnet, daß die Zahl der Studenten 1975 ungefähr 500 betragen wird. Hinzu kommen die Studierenden der angegliederten Lehrgänge.

Mit Rücksicht auf die vorhandenen Erweiterungsmöglichkeiten und den umfangreichen Baubestand der Hochschule für Nautik ist auch bei einem Zusammenschluß der bremischen Hochschulen zu einer Gesamthochschule eine Verlegung dieses Hochschulteils auf das Universitätsgelände nicht angezeigt. Vielleicht darf ich der Vollständigkeit halber noch darauf hinweisen, daß die Hochschule für Nautik in Bremerhaven eine „Abteilung" besitzt.

Die Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie, die zur Zeit von ungefähr 400 Studenten besucht wird, ist in der Gesamtschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie am Weidedamm untergebracht. Die Räume dieser Schule lassen die Unterbringung einer größeren Anzahl von Studenten der Hochschule nicht zu. Sie, meine Damen und Herren, sind ja mit diesem Problem des öfteren befaßt worden. Ursprünglich war davon ausgegangen worden, daß bis 1975 eine Zunahme der Studenten auf 800 zu erwarten war. Bereits jetzt aber liegen über 1 000 Anmeldungen zur Aufnahme des Studiums im Wintersemester 1971/72 vor, so daß 1975 mit einer weitaus größeren Anzahl von Studenten zu rechnen ist, die wir ja auch benötigen für den Betrieb unserer sozialen Einrichtungen.

Die zu erwartenden Studenten können nicht in den jetzigen Räumen der gastgebenden Gesamtschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie untergebracht werden. Der Senator für das Bildungswesen und die Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie beziehungsweise ihre Vorgängerin, die Sozialakademie, hatten ursprünglich einen Neubau für die Hochschule vorgesehen. Der Wissenschaftsrat hat aber im Januar dieses Jahres in seinen nach Paragraph 9 Hochschulbauförderungsgesetz abgegebenen Empfehlungen zum Ausbau der Hochschulen in Bremen den für die Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie gesondert angemeldeten Neubau nicht empfohlen.

Der Wissenschaftsrat hat vielmehr empfohlen, daß alsbald die Integration der Fachhochschulstudiengänge in die als Gesamthochschule aufzubauende Universität herbeigeführt und die erforderliche Zahl von Studienplätzen in dem geplanten Baubestand der Universität geschaffen werden sollte. Wie bereits erwähnt, bilden die Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine wichtige Grundlage für die Aufstellung des Rahmenplans, der Grundlage der Finanzierung seitens des Bundes ist, und daran sind wir ja auch interessiert.

Um für die Bewerber der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie sobald wie möglich Studienplätze zu schaffen, ist es nach Ansicht des Ausschusses erforderlich, in verstärktem Maße auf dem Universitätsgelände Bauten für Studenten der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie zu errichten. Die Deputation für Kunst und Wissenschaft hat deshalb auch in ihrer Beratung über den Haushalt der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie am 19. März 1971 entschieden, daß im Bereich der Universität zusätzlich zweckgebunden Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, um Studienplätze für Studenten der jetzigen Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie zu schaffen.

Darüber hinaus müssen aber, da diese Bauten leider nicht vor 1973 zur Verfügung stehen werden, hilfsweise Übergangsmaßnahmen für die Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie getroffen werden. Als einzige hilfsweise Übergangsmaßnahme, die realisierbar ist oder erscheint, sieht

der nichtständige Ausschuß das Anmieten von Räumen in zumutbarer Entfernung von dem jetzigen Standort der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie an. Alle anderen eventuell in Betracht zu ziehenden Übergangsmaßnahmen, zum Beispiel Errichtung eines Erweiterungsbaues, sieht der nichtständige Ausschuß als nicht realisierbar an.

Für das Anmieten von Räumen müssen der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Parallel damit müssen dann im Personalbereich entsprechend dem Anwachsen der Studentenzahlen zusätzliche Stellen für Lehrpersonal und übriges Personal zu Verfügung gestellt werden. Durch das Anmieten von zusätzlichen Räumen und durch das Zuverfügungstellen von zusätzlichem Personal sollten soviel Studienbewerber aufgenommen werden, wie dies möglich ist. Die für die Studenten der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie zu schaffenden Studienplätze im Bereich der Universität sollten vorrangig geschaffen werden. Ich hoffe, daß gerade diese Ausführungen zur Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie das besondere Interesse dieses Hauses gefunden haben.

(Beifall bei SPD und FDP)

Was die Hochschule für Technik anlangt, besitzt sie eigene Gebäude links der Weser und hat einen Teilfachbereich Schiffsbetriebstechnik in Bremerhaven. Zu Zeit stehen ungefähr 1 300 Studienplätze zur Verfügung, die voll genutzt werden. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze reicht nicht aus, um alle Bewerber aufnehmen zu können; hiervon sind insbesondere die Fachbereiche Maschinenbau, Elektrotechnik und Schiffsbetriebstechnik betroffen.

Es ist deshalb erforderlich, daß die Hochschule für Technik ausgebaut wird und die Zahl der Studienplätze bis 1975 auf ungefähr 2 000 erhöht wird. Die neuen Studienplätze sollen durch die nunmehr erfolgte Fertigstellung des FS-Trakts und durch den Bau des HI-Trakts zur Verfügung gestellt werden. Für den Bau des HI-Trakts und für die weiteren von der Hochschule für Technik vorgesehenen Bauten sollen Investitionsmittel in dem Maße vorgesehen werden, wie sie von der Deputation für Kunst und Wissenschaft in ihrer Haushaltsberatung am 19. März 1971 beschlossen worden sind. Insoweit schließt sich also der Ausschuß diesen Beschlüssen in vollem Umfang an. Der Uberhang an Bewerbern für die Hochschule für Technik soll in dem Maße abgebaut werden, in dem diese neuen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Im gleichen Ausmaß muß auch der Lehrkörper und das übrige Personal erweitert werden.

Die Hochschule für Technik beabsichtigt darüber hinaus den Bau eines Sozial- und Labortrakts. In dem Sozialtrakt soll auch eine Mensa enthalten sein. Bei der Begehung der Hochschule für Technik durch den nichtständigen Ausschuß ist geprüft worden, ob der Lichthof des alten Gebäudes nicht überdacht und zu einer Mensa ausgebaut werden könne. Die Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Überdachung des Lichthofs und des Ausbaues zu einer Mensa nicht zweckmäßig ist. Einmal wird dadurch ein unbefriedigendes Provisorium geschaffen, zum anderen wirkt sich die Überdachung des Lichthofs auf die Lichtverhältnisse im Gebäude negativ aus.

Die von der Hochschule für Technik vorgesehenen und zum ersten Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz angemeldeten Erweiterungsbauten sind vom Wissenschaftsrat in seiner gemäß Paragraph 9 Hochschulbauförderungsgesetz abgegebenen Stellungnahme grundsätzlich empfohlen worden. Insoweit grünes Licht! Der nichtständige Ausschuß empfiehlt deshalb, für die Erweiterungsbauten der Hochschule für Technik in den Jahren 1972/73 Mittel in der Höhe, wie dies von der Deputation für Kunst und Wissenschaft am 19. März 1971 beschlossen worden ist, zur Verfügung zu stellen.

Mit Rücksicht auf die vorhandenen Erweiterungsmöglichkeiten und den umfangreichen Baubestand der Hochschule für Technik ist eine Verlegung dieser Hochschule auf das Universitätsgelände auch bei einer Integration der ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungsgänge in die Gesamthochschule nicht angezeigt. Ich glaube, es wird auch kein Nachteil sein.

Die Hochschule für Wirtschaft ist gegenwärtig in einer Berufsschule in der Ellmersstraße untergebracht. Die Zahl der Studenten beträgt zur Zeit ungefähr 400 und wird sich voraussichtlich bis 1975 auf 600 erhöhen. Die jetzt der Hochschule für Wirtschaft zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten reichen für ungefähr 600 Studenten aus. Eine darüber hinausgehende Zahl von Studenten kann in den jetzt zur Verfügung stehenden Räumen nicht mehr untergebracht werden.

Dementsprechend hat auch der Wissenschaftsrat empfohlen, alsbald eine Integration der an der Hochschule für Wirtschaft durchgeführten Studiengänge in die als Gesamthochschule aufzubauende Universität herbeizuführen und die Ausbildung der Studenten in Räumen der Universität vorzusehen. Entsprechend dieser Empfehlung sollten die Studenten der jetzigen Hochschule für Wirtschaft auf dem Universitätsgelände untergebracht werden, sobald der Baubestand auf dem Universitätsgelände dies zuläßt.

Schließlich hielt der Ausschuß noch folgende Maßnahmen für erforderlich:

Die Fachhochschulen vermitteln nach Paragraph 1 Absatz 3 Fachhochschulgesetz eine Bildung auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage und bereiten auf Berufe vor. Diese im Fachhochschulgesetz verankerte Aufgabenstellung und die bevorstehende Integration der Fachhochschulen in eine Gesamthochschule Bremen zwingt zu einer Umstrukturierung und Intensivierung des Studiums. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine verstärkte Ausstattung der Fachhochschulen mit den erforder-

lichen Lehr- und Lernmitteln und sonstigen Hilfsmitteln und insbesondere auch eine entsprechende Fortbildung der Hochschullehrer nach Paragraph 17 des Fachhochschulgesetzes Voraussetzung.

Der nichtständige Ausschuß empfiehlt, daß Mittel für diese Maßnahmen den Fachhochschulen im Rahmen der kommenden Haushalte — ab 1972 also — verstärkt zur Verfügung gestellt werden. Die Deputation für Kunst und Wissenschaft hat im Rahmen der Beratungen über die Haushalte der Fachhochschulen am 19. März 1971 beschlossen, daß insoweit eine schwerpunktmäßige Ausstattung der Hochschulen mit der erforderlichen Mitteln erfolgen soll.

Meine Damen und Herren, mit diesem Bericht, der einstimmig im Ausschuß verabschiedet worden ist, habe ich mich bemüht, Ihnen einen möglichst umfassenden Bericht über die momentane Situation an den Fachhochschulen zu geben und gleichzeitig Vorschläge zu machen, die an den Fachhochschulen festgestellten Mängel und Engpässe zu beseitigen. Dieses Haus wird in der jetzigen Zusammensetzung haushaltsrechtlich kam aus diesem Bericht Konsequenzen ziehen können. Mein Appell richtet sich deshalb schon jetzt an diejenigen Mitglieder, die, ohne Prophet zu sein, der kommenden Bürgerschaft sicher angehören werden, und an die neu hinzukommenden Mitglieder, die von mir gemachten Vorschläge in die Haushaltsberatungen 1972/73 mit einzubeziehen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Klink: Ich danke dem Berichterstatter für den sehr ausführlichen und detaillierten Bericht. Ich glaube, wir sollten in diesen Dank auch alle Mitglieder einschließen, die in diesem Ausschuß hervorragend gearbeitet haben.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt 13 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Besser kann man das doch nicht machen!)

Herr Abgeordneter Ströh, Sie haben genau „getimet". Ich habe etwas Sorge gehabt, aber Sie haben es genau hinbekommen.

Ich rufe die Bürgerschaft (Landtag) für 15 Uhr wieder ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.00 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 15.01 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagssitzung nehmen unter anderen teil eine Klasse der privaten Handelsschule Hasselmann, eine Klasse der Realschule Kornstraße, eine Klasse der Realschule Holbeinstraße sowie eine Klasse der Realschule Helgolander Straße. Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreise.

(Beifall)

Wir fahren in der Beratung der Tagesordnung fort. Wir haben am heutigen Vormittag den Tagesordnungspunkt zwei ausgesetzt. Wir waren in der Vormittagssitzung stehengeblieben bei Punkt neun, den wir abgeschlossen haben. Ich ziehe deshalb jetzt Tagesordnungspunkt zwei vor.

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 2. März 1971:

Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung — LHO) (Drucksachenabteilung I Nr. 168) 2. Lesung

Vom Senat begrüße ich hierzu Herrn Senator S p e c k m a n n, ihm beigeordnet Herr Leitender Regierungsdirektor Q u a n t m e y e r.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat das Gesetz in ihrer Sitzung am 21. April 1971 in erster Lesung beschlossen.

Der Abgeordnete Brouwer und NPD-Fraktion haben einen Änderungsantrag eingereicht, der unter der Drucksachenabteilung II Nummer 534 hektographiert an die Abgeordneten verteilt worden ist.

Wir kommen zur 2. Lesung.

Gemäß Paragraph 36 Absatz 4 der Geschäftsordnung findet in der zweiten Lesung in der Regel keine allgemeine Beratung statt.

Ich eröffne daher die

Einzelberatung

und bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich nur den Teil der Gesetzesvorlage aufrufe, zu dem ein Änderungsantrag vorliegt.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

§ 10 Absatz 3

Hier liegt der schon erwähnte Änderungsantrag des Abgeordneten Brouwer und NPD-Fraktion vor. Er hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

§ 10 (Unterrichtung der Bürgerschaft) Absatz 3 erhält folgende neue Fassung:

Der Senat leistet den Mitgliedern der Bürgerschaft, die einen einnahmemindernden oder aus-

gabeerhöhenden Antrag zu stellen beabsichtigen, Hilfe bei der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen."

Die Beratung ist eröffnet.

Zur Begründung hat das Wort der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD) *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich zuerst zu unserem Änderungsantrag einen weiteren Änderungsantrag einbringen und statt der Worte . . . „der Senat leistet den Mitgliedern der Bürgerschaft" sagen, „der Senat leistet den Fraktionen der Bürgerschaft . . ."

Präsident Dr. Klink: Das heißt, Sie wollen also Ihren eigenen Änderungsantrag ändern? Ich würde dann vorschlagen, ziehen Sie doch Ihren ersten Änderungsantrag zurück und legen Sie einen neuen Änderungsantrag vor, den wir dann zum Gegenstand der Beratungen machen. Können wir so verfahren? — Gut!

Sie sprechen jetzt also zu dem neuen Änderungsantrag, der sich vom alten dadurch unterscheidet, daß es statt „. . . den Mitgliedern der Bürgerschaft" nun heißt „ . . . den Fraktionen der Bürgerschaft". Ist das richtig?

Abg. **Brouwer** (NPD): Jawohl! — Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der ersten Lesung der Haushaltsordnung hatte meine Fraktion verschiedene Punkte als für sie unklar bezeichnet und auch angesprochen. Wir hatten in der Debatte den Herrn Finanzsenator gebeten, uns ein Gespräch zu vermitteln, in dem wir diese Unklarheiten klären könnten. Dieses Gespräch hat in der Zwischenzeit stattgefunden, und ich darf den an diesem Gespräch beteiligten Herren des Ressorts für ihre Mühewaltung unseren Dank aussprechen.

Zu dem von uns gestellten Änderungsantrag möchten wir folgendes ausführen: Es erscheint uns richtig, wenn wir hier in diesem Hause sachliche Arbeit leisten wollen, daß ein Antrag nur dann gestellt wird, wenn auch die Fraktionen sich vergewissert haben, daß die finanziellen Auswirkungen vom Haushalt verkraftet werden können.

Für diejenigen Parteien, die die Koalition bilden, ist die Hilfe des Finanzressorts ohne weiteres gegeben. Es wird sicherlich kein Antrag seitens der Koalition eingereicht werden, der nicht vorher mit den betreffenden Ressortsenatoren abgesprochen wurde, und worüber sich hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen klare Vorstellungen bei dem Antragsteller ergeben haben. Ganz anders stellen sich diese Feststellungen bei der Opposition, speziell bei der Oppositionspartei, die nicht im Haushaltsausschuß vertreten ist, dar.

Falls diese sachlich arbeiten will, wäre es nach der Fassung des Paragraphen 10 Absatz 3 notwendig, daß sie vor offizieller Einreichung ihres Antrags, wahrscheinlich über den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft um Hilfestellung des Senates für die Ermittlungen der finanziellen Auswirkungen ersuchen müßte. Damit würde aber bereits nach unserer Uberzeugung eine Art Vorzensur des beabsichtigten Antrags erfolgen. Es scheint uns auch nicht im parlamentarischen Interesse zu liegen, daß bei einem vorliegen Antrag der Opposition die Koalition aufgrund ihrer, sagen wir, guten Beziehung zur Regierung die finanziellen Auswirkungen sich aufgeben läßt und dann der Antrag mit der Frage nach der Deckung gekontert wird, ohne daß vorher die Opposition kraft der Haushaltsordnung den Senat direkt oder über eine Anfrage über die finanziellen Auswirkungen hat befragen können.

Wir sind uns aber auch darüber im klaren, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß zur Änderung des Paragraphen 10 Absatz 3 nach unserem Vorschlag ein hohes Maß an Verantwortlichkeit bei den Oppositionsparteien vorauszusetzen ist. Ich würde zum Beispiel die Möglichkeit der direkten Auskunfterteilung durch den Senat — deshalb haben wir das auch eben abgeändert, statt Mitglieder auf die Fraktionen abgestellt — davor schützen, daß nicht wegen vager Antragsvorstellungen ständig das Ressort angesprochen wird, um Zahlenunterlagen zu bekommen. Ich glaube aber, daß nach dem Ausscheiden der KPD aus diesem Hause die Gefahr der Unsachlichkeit nicht mehr gegeben ist und jede Fraktion sich bemüht, dem Hause erfüllbare Anträge zu unterbreiten.

Dem soll die von uns gewünschte Änderung der Haushaltsordnung dienen, und deshalb bitten wir Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Müller-Wolff.

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Inhaltlich ist dem Antrag der NPD durchaus zuzustimmen. Ich glaube aber, daß wir eine so weitgehende Änderung des Paragraphen 10 gar nicht vorzunehmen brauchen und daß es genügen würde, den Absatz 3 wie folgt zu fassen: „Der Senat leistet den Fraktionen der Bürgerschaft Hilfe." Dann kann genau in dem vorliegenden Wortlaut des Gesetzes fortgefahren werden. „Der Senat leistet der Bürgerschaft Hilfe", ist ja ohnehin etwas sehr weit gefaßt. Ich glaube, es sind meistens die Fraktionen der Bürgerschaft, die Anträge stellen, angesprochen.

Ich würde also vorschlagen, daß die NPD insoweit ihren Antrag zurückzieht oder abändert, daß wir lediglich im Paragraphen 10 Absatz 3 einfügen: „Der Senat leistet den Fraktionen der Bürgerschaft Hilfe", und dann geht es weiter wie bisher im Text. Damit ist das Anliegen Ihrer Fraktion und auch der anderen Fraktionen hier im Hause meiner Meinung nach genügend berücksichtigt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht uns um die Sache. Deshalb nehmen wir den Vorschlag der Kollegin Müller-Wolff gern auf und sagen: „Der Senat leistet den Fraktionen der Bürgerschaft Hilfe bei der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen."

Ich darf es Ihnen geben, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Ich habe es bereits gestrichen und werde es als Ihren schriftlichen Antrag werten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die NPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag vorgelegt, den ich in der jetzt zur Abstimmung zu stellenden Fassung noch einmal verlesen werde.

Der Antrag lautet: „§ 10 (Unterrichtung der Bürgerschaft) Absatz 3 erhält folgende neue Fassung: „Der Senat leistet den Fraktionen der Bürgerschaft Hilfe bei der Ermittlung der finanziellen Auswirkungen."

Soweit zum Änderungsantrag der NPD-Fraktion.

Besteht Klarheit, worüber wir jetzt abstimmen? — Das ist der Fall.

Wir kommen also zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der NPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in zweiter Lesung.

Wer der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

(Einstimmig)

Damit ist der Tagesordnungspunkt zwei erledigt. Wir fahren entsprechend dem Stand unserer Beratungen vom heutigen Vormittag in unseren Beratungen fort.

Einfuhr von Lebensmitteln und Pharmazeutika aus den Vereinigten Staaten von Amerika
(Drucksachenabteilung II Nr. 527)

Dazu

Antwort des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 4. Mai 1971
(Drucksachenabteilung I Nr. 178)

Die Antwort des Senats liegt vor.

Ich gehe davon aus, daß wir auf eine Verlesung der Antwort des Senats verzichten.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Frage: Der Senat wird um Auskunft ersucht:

Sind Pressemeldungen zutreffend, nach denen eine Reihe amerikanischer Firmen in der BRD Lebensmittel und Pharmazeutika absetzen, die in den USA aus „gesundheitsgefährdenden Gründen" nicht mehr auf den Markt gebracht werden dürfen?

Falls ja, was hat der Senat auf Bundesebene unternommen, um solche Einfuhren zu unterbinden und damit die bundesdeutsche Bevölkerung davor zu bewahren, durch ahnungslos gekaufte Produkte gefährlichen Schaden zu nehmen, bzw. was gedenkt der Senat im Interesse der Gesunderhaltung unserer Bevölkerung zu tun?

Antwort: Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion erteilt der Senat folgende Antwort:

Hinsichtlich der Anfrage über die Einfuhr „gesundheitsgefährdender" Lebensmittel aus den USA ist nach den Ermittlungen des Senators für das Gesundheitswesen festzustellen, daß offensichtlich die Einfuhr von Obstkonserven gemeint ist, die mit „Cyclamat" gesüßt sind, und daß in den USA alle cyclamathaltigen Nahrungsmittel verboten worden sind.

Dem Senator für das Gesundheitswesen ist durch ein Fernschreiben vom 15. März 1971 des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, das an die obersten Landesgesundheitsbehörden gerichtet war, bekanntgeworden, daß größere Mengen importierte Obstkonserven, die den Süßstoff Cyclamat enthalten, in der Bundesrepublik in Verkehr gebracht werden. In diesem Fernschreiben werden alle Bundesländer gebeten, die für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Stellen auf diese Importe aufmerksam zu machen und auf die vorgeschriebene Kennzeichnung nach Maßgabe der Verordnung über diätetische Lebensmittel zu achten und Verstöße zu ahnden.

Aufgrund dieses Fernschreibens sind durch den Senator für das Gesundheitswesen alle in Bremen zuständigen Stellen wie die Ortspolizeibehörden, Gesundheitsämter, Handels-, Ärzte- und Apothekerkammer und die Staatl. Chemische Untersuchungsanstalt auf diese Situation hingewiesen worden.

Bereits Ende 1969 haben sich die Cyclamat-Hersteller und -verarbeiter in der Bundesrepublik mit dem Bund auf Sofortmaßnahmen geeinigt, um einen möglichst weitgehenden Verbraucherschutz zu gewährleisten. Es handelt sich hierbei in erster Linie um eine besondere Kennzeichnung der cyclamathaltigen Lebensmittel. Auch die Einhaltung dieser Vereinbarung wird überwacht.

Sowohl im Oktober 1969 wie im Januar 1970 sind die gleichen Stellen in Bremen durch den Senator für das Gesundheitswesen von dem den Süßstoff Cyclamat betreffenden Fernschreiben des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit in Kenntnis gesetzt worden.

Cyclamate sollten hiernach nur dem Personenkreis zur Verfügung gestellt werden, der auf eine Diätkost angewiesen ist. Der Bund bereitet eine entsprechende Änderung der Diät-Verordnung vor.

Süßstoffe haben heute in Ländern mit hohem Lebensstandard eine weite Verbreitung in der Diätetik gefunden. Besonders die Zunahme des Diabetes mellitus und der Übergewichtigkeit hat dazu beigetragen, daß immer häufiger Ersatzmittel an die Stelle des kalorienreichen Naturzuckers als Süßmittel treten. Darüber hinaus haben Süßstoffe in die Pharmazie, Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie, insbesondere in den USA, allgemein Eingang gefunden. Die Forderungen nach gesundheitlicher Unschädlichkeit der verwendeten Süßmittel verstand sich von selbst. Natriumcyclamat wurde 1937 als Süßmittel entdeckt.

Die Diskussion über die Unschädlichkeit bzw. Schädlichkeit ist seit 1967 in Gang. Damals ging es um die Frage, ob das Cyclamat Leber und Nieren schädlich

beeinflusse und ob es keimschädigend wirke. Wegen der in den Zeitungen veröffentlichten Artikel über Nebenwirkungen des Cyclamats ist auch eine Anfrage von Bundestagsabgeordneten an den Präsidenten des Deutschen Bundestages im Juli 1968 gerichtet worden, die der Bundesminister für Gesundheitswesen beantwortet hat.

In Kurzform wiedergegeben, beinhaltet diese Antwort, daß aufgrund der Ergebnisse der Untersuchung des Bundesgesundheitsamtes kein Anlaß bestehe, die für Cyclamate getroffenen Vorschriften zu ändern; auch wurden Veröffentlichungen mit wissenschaftlichem Hintergrund überprüft. Es wurde damals auch der Verdacht ausgesprochen, daß die Pressekampagne gegen Cyclamat, das seit 20 Jahren im Handel ist, von Veröffentlichungen eines österreichischen Forscherteams — angeblich im Auftrag der deutschen Zuckerindustrie — ausgelöst worden sei.

In der darauffolgenden Zeit ist dann viel für und gegen das Cyclamat veröffentlicht worden. 1969 hat der Kalorien-Kontrollrat der Vereinigten Staaten festgestellt, daß Cyclamat-Süßstoffe unschädlich seien. Wie dazu Dr. Myron S. Weinberg, Direktor des Biologischen Instituts Chikago, auf einer Pressekonferenz mitteilte, sei die wissenschaftliche Literatur der ganzen Welt genau überprüft worden und habe ergeben, daß kein Anlaß zu wirklicher Besorgnis über etwaige unerwünschte Nebenwirkungen der Cyclamat-Süßstoffe besteht. Die als besonders streng bekannte oberste Gesundheitsbehörde der USA erklärte zu dieser Zeit offiziell, daß eine tägliche Süßstoffmenge von 70 mg/kg Körpergewicht gesundheitlich unbedenklich sei. Das ist aber eine Menge, die üblicherweise auch bei einem übernormalen Verbrauch von Süßstoff nicht erreicht wird. Aufgrund von sog. Forschungsergebnissen, die auf Tierversuchen basierten, legte im April 1969 die oberste Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde der USA fest, daß in der Dosierung von Cyclamat eine Einschränkung festgelegt werden muß, da man bei Rattenversuchen mit Cyclamat Blasenkrebs erzeugt hatte. Diese Tierversuche sind allerdings von anderer Seite heftig angegriffen worden, weil die Ratten mit enorm hohen Dosen von Cyclamat behandelt worden sind, Dosen, die in keinem Verhältnis zu einem Normalverbrauch stehen. Im Oktober 1969 verbot diese gleiche Behörde aufgrund der gleichen experimentellen Hinweise alle cyclamathaltigen Getränke. Der US-Gesundheitsminister betonte allerdings, daß nachteilige Wirkungen auf Menschen nicht festgestellt worden seien.

Aufgrund dieses Verbotes in den USA fand im Bundesgesundheitsministerium ein Gespräch zwischen dem Ministerium, dem Bundesgesundheitsamt, dem Vorsitzenden der Arzneimittelproduktion der deutschen Ärzteschaft und Industrievertretern statt. Die Besprechung sollte dazu dienen, bis zur Vorlage aller exakten Angaben über die in den USA erhobenen Befunde und ihre endgültige Bewertung vorläufige und vorsorgliche Sofortmaßnahmen einzuleiten. Auf Anregung des Bundesministers für Gesundheitswesen hatte sich die überwiegende Mehrheit der Cyclamathersteller und -anwender zu Sofortmaßnahmen bereit erklärt, die den Vertrieb des Süßstoffes, Zusatz zu Lebensmitteln, diabetische Lebensmittel, Cyclamat als Geschmackskorrigent und die Publikumswerbung betreffen. Das Ergebnis dieser Besprechung ist den obersten Landesgesundheitsbehörden und durch den Senator für das Gesundheitswesen den in Bremen zuständigen Stellen zugeleitet worden.

Im Februar 1970 verbot die oberste Nahrungsmittel- und Arzneimittelkontrollbehörde in den USA alle cyclamathaltigen Nahrungsmittel ausgenommen solche, die als Arzneimittel für Diabetiker und Übergewichtige gekennzeichnet waren.

Das Bundesgesundheitsministerium erörtert z. Z. mit den einschlägigen Fachverbänden eine Süßstoffverordnung. Aufgrund der derzeitigen Rechtslage ist ein Einfuhrstopp für derartige Lebensmittel nicht möglich. Die gegenwärtig geltende Verordnung über diätetische Lebensmittel sichert jedoch das Inverkehrbringen ab insofern, als nur bestimmten diätetischen Lebensmitteln Süßstoffe zugesetzt werden dürfen und diese Lebensmittel nur für einen bestimmten diätetischen Zweck unter entsprechender Kennzeichnung in den Verkehr gebracht werden dürfen.

Bis zum Inkrafttreten der beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in Vorbereitung befindlichen Änderungs-Verordnung hat die Industrie bereits Ende 1969 auf Anregung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit unter Aufhebung der seitherigen freiwilligen Vertriebsbindung, d. h. der Abgabe von Cyclamaten in Tabletten oder anderer Darreichungsform nur über Apotheken, u. a. folgende neue Vereinbarung getroffen:

1. Unter Aufhebung der bisherigen Vertriebsbindung dürfen nunmehr Cyclamate und mit Cyclamaten hergestellte Lebensmittel unter Angabe der medizinisch-diätetischen Indikation „bei Diabetes" und/oder „bei krankhaftem Übergewicht" unter Hinzufügung der Worte „auf ärztliche Empfehlung" in den Verkehr gebracht werden.
2. Die Beteiligten gehen davon aus, daß, soweit Werbung betrieben wird, sie sich auf die oben angegebenen Indikationen beschränkt.

Im übrigen wird noch darauf hingewiesen, daß die Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, in deren Bereich die in Frage kommenden Importfirmen ihren Sitz haben, dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und nachrichtlich den Landesgesundheitsbehörden mitgeteilt hat, daß die in Hamburg gezogenen Proben hinsichtlich Zusammensetzung und Kennzeichnung den Vorschriften der Verordnung über diätetische Lebensmittel entsprechen.

Hinsichtlich der Anfrage über Einführung von Pharmazeutika aus den USA, die in den Staaten aus „gesundheitsgefährdenden Gründen" nicht mehr auf den Markt gebracht werden dürfen, ist folgendes festzustellen. Die hier gemeinten Arzneimittel sind „Chloromycetin" und „Indocin". Es stimmt nicht, daß diese Mittel in den USA nicht mehr auf den Markt gebracht werden dürfen. Es geht aber darum, daß angeblich die amerikanischen Exporteure die in den USA vorgeschriebene Kennzeichnung über die Gefahren, die mit der Einnahme dieser Mittel verbunden sind, bei der exportierten Ware weggelassen haben sollen. So soll bei „Chloromycetin" auf den in den USA verkauften Packungen „vor ernsten Bluterkrankungen" gewarnt werden, während z. B. in Italien das Mittel als völlig harmlos verkauft werden soll, das im schlimmsten Fall „leichte Übelkeit oder Durchfall" erzeugen könne.

Chloromycetin (Wirkstoff: Chloramphenicol) ist eine Arzneispezialität, die in der BRD von der Firma Parke-Davis hergestellt wird. Fast alle namhaften deutschen Arzneimittelhersteller wie Bayer, Hoechst, Promonta, Boehringer usw. stellen Chloramphenicol-Präparate her. Alle Mittel, die Chloramphenicol enthalten, sind verschreibungspflichtig. Importierte Chloramphenicol-Präparate müssen den deutschen arzneimittelrechtlichen Bestimmungen in gleicher Weise genügen wie die im Inland hergestellten.

Es ist in Fachkreisen bekannt, daß Chloramphenicol u. U. Blutzellschäden hervorrufen kann. Andererseits ist es bei einigen Erkrankungen das Mittel der Wahl. Aus diesem Grund hat die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft im Januar 1969 folgende therapeutische Hinweise gegeben:

1. Strenge Indikationsstellung! Keine Anwendung bei banalem Infekt.
2. Beschränkung der Dosierung auf 1,5—2,0 g pro Tag. Gesamtdosis nicht über 30 g.
3. Beschränkung der Anwendungsdauer auf 10 — max. 14 Tage.

In einem zweiten Warnhinweis vom Januar 1970 hat die Arzneimittelkommission ihre Empfehlung wiederholt und in einigen speziellen Punkten ergänzt.

Die Bekanntmachungen der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, die in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesgesundheitsamt erstellt sind, werden in der medizinischen und pharmazeutischen Fachpresse, insbesondere im Deutschen Ärzteblatt veröffentlicht.

Indocin ist in der BRD als „Amuno" bekannt und wird von der Firma Sharp & Dohme GmbH München hergestellt. Der Wirkstoff ist Indometacin. Auch Indometacin ist verschreibungspflichtig und kommt somit nur unter ärztlicher Verantwortung zur Anwendung.

In beiden Fällen enthalten die den Arzneimitteln beigefügten Packungsbeilagen (sog. Waschzettel) ausführliche Hinweise für Arzt und Patient zur Indikation, zur Kontraindikation und zur Dosierung.

Bremen setzt sich im Bund immer für strenge Gesetzgebung im Lebensmittel- und Arzneimittelrecht ein. Ausländische Vorschriften werden nach Prüfung immer übernommen, wenn sich die Notwendigkeit herausgestellt hat. Der internationale Erfahrungsaustausch gerade auf dem Gebiete der Lebensmittel und Arzneimittel funktioniert sehr gut, so daß man sich nicht auf Zeitungsnotizen stützen muß, die in ihrer Tendenz nicht immer ganz unproblematisch sind. Bremen wird weiterhin für ein strenges Lebensmittel- und Arzneimittelrecht eintreten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Einführung des Vorbereitungsdienstes für Grund-, Haupt- und Realschullehrer (Drucksachenabteilung II Nr. 530) — Mündliche Beantwortung —

Zu Beginn der Sitzung wurde vereinbart, hiermit zu verbinden:

Anfrage: Einführung von Vorbereitungsdienst für Absolventen der Pädagogischen Hochschule (Drucksachenabteilung II Nr. 532)

Die Anfrage Nummer 530 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Böhrnsen unnd SPD-Fraktion sowie John und FDP-Fraktion.

Die Anfrage Nummer 532 trägt die Unterschrift des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion.

Beide Anfragen liegen Ihnen gedruckt vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich auf eine Verlesung der Anfragen verzichte.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Herr Senator Thape, sind Sie bereit, die Antworten des Senats zu erteilen? — Bitte sehr!

Senator für das Bildungswesen Thape: Zwei Anfragen, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Ja, Herr Senator, sind es zwei getrennte Antworten, oder ist das eine Antwort, die auf beide Anfragen gegeben wird?

Senator Thape: Es besteht eine Ähnlichkeit, aber die Antworten sind getrennt.

Präsident Dr. Klink: Dann schlage ich folgendes vor: Da nachher offenbar eine mündliche Beratung möglich ist, bitte ich Sie, zuerst die Antwort auf die Anfrage der Drucksachenabteilung II Nummer 530 zu erteilen und unmittelbar im Anschluß daran die Antwort auf Nummer 532. Sind Sie damit einverstanden? — Gut! — Bitte, Herr Senator!

Senator Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Anfrage der SPD- und FDP-Fraktion erteilt der Senat folgende Antwort:

Die erste Frage lautet: 1. Stimmt der Senat der Auffassung zu, daß im Zuge der Neuordnung der Lehrerausbildung im Lande Bremen die Einführung des Vorbereitungsdienstes für GHR-Lehrer notwendig ist?

Antwort: Ja, denn die zunehmend sich vertiefende erziehungs- und fachwissenschaftliche Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule bedarf dringend der Ergänzung durch schulpraktische Bezüge in der weiteren Ausbildung, wie sie die derzeit zur Verfügung stehenden Ausbildungsstunden der zweiten Phase nicht zulassen. Die wissenschaftliche Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule und die erweiterte schulpraktische in der zweiten Phase werden einen angemessenen Ausbildungsstand der Lehrer für die sich reformierende Schule besser sichern können.

Frage 2: Wie sieht der Senat die Folgen für den Schulunterricht im Lande Bremen bei einer eventuellen Einführung des Vorbereitungsdienstes für GHR-Lehrer und welche Maßnahmen wären nötig, um ihnen wirkungsvoll zu begegnen?

Antwort: Durch die während des Vorbereitungsdienstes erforderliche Senkung der Unterrichtsverpflichtung auf voraussichlich 12 Wochenstunden für etwa 200 in Bremen und 50 in Bremerhaven einzustellende Absolventen der Pädagogischen Hochschule ergibt sich ein zusätzlicher Lehrerbedarf von 102 Lehrern im ersten und zweiten Halbjahr und weiteren 18 Lehrern im dritten Halbjahr.

Zur Deckung dieses Bedarfes muß a) eine verstärkte Einstellung auswärtiger Bewerber und b) eine Erweiterung der Erteilung von Lehraufträgen an die im Dienst befindlichen oder ausgeschiedenen oder pensionierten Lehrer oder Lehrerinnen angestrebt werden. Es läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit vorhersagen, daß die bestehende Lücke durch die genannten Maßnahmen ganz geschlossen werden kann, doch erscheint ein vorübergehender Engpaß in der Versorgung mit Lehrern im Hinblick auf die Vorteile der Verbesserung der Lehrerausbildung annehmbar.

Frage 3: In welcher Form könnte der Vorbereitungsdienst im Lande Bremen durchgeführt werden?

Antwort: Der Vorbereitungsdienst im Lande Bremen sollte 18 Monate dauern und wie die derzeitige schulpraktische Ausbildung stufendidaktische und fachdidaktische Lernziele anstreben.

An Ausbildungsveranstaltungen wären etwa vorzusehen: 6 Stunden für Fachdidaktische Seminare, 4 Stunden für Stufendidaktische Seminare, 2 Stunden für Lehrgänge.

Außerdem wären von dem Junglehrer voraussichtlich wöchentlich 12 Stunden Unterricht eigenverantwortlich zu geben. Der Inhalt der Ausbildung müßte die jeweilige Ausbildungssituation der ersten Phase an der Pädagogischen Hochschule berücksichtigen und in Wechselwirkung auch die schulpraktischen Studien der ersten Phase beeinflussen.

Frage 4: Welche Kosten werden im Lande Bremen durch die Einführung des Vorbereitungsdienstes erwachsen?

Antwort: Die bisherige schulpraktische Ausbildung basiert auf dem PH-Studium mit einem Wahlfach. Dadurch, daß erstmalig Absolventen mit zwei Wahlfächern in die schulpraktische Ausbildung eintreten und außerdem der Fächerkanon um drei Fächer erweitert wurde, entstehen zusätzliche Kosten bei den Schulpraktischen Instituten, für die zum Haushalt 1972 Mittel beantragt worden sind. Diese werden durch die Einführung des Vorbereitungsdienstes nicht überschritten.

Je nach dem Umfang der Unterrichtsverpflichtungen während des Vorbereitungsdienstes und der Höhe des vorzusehenden Unterhaltszuschusses werden die Kosten von den bisherigen Kosten der schulpraktischen Ausbildung abweichen. Danach sind je nach Art der Regelung Mehrkosten in einer Größenordnung von 0,5 Millionen DM jährlich denkbar.

Frage 5: Welche Konsequenzen ergeben sich auf längere Sicht aus der Einführung des Vorbereitungsdienstes?

Antwort: Auf längere Sicht ergibt sich hier die bildungspolitisch bedeutsame Möglichkeit der Einführung des Stufenlehrers, wie es nach dem Frankenthaler Papier der Kultusministerkonferenz angestrebt wird.

Frage 6: Zu welchem Zeitpunkt erwägt der Senat die Einführung des Vorbereitungsdienstes?

Antwort: Der Senat erwägt als Zeitpunkt für die Einführung den 1. Februar 1972.

Soweit die erste Anfrage.

Nun zu der Anfrage des Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Die Fragen und Anworten lauten wie folgt:

Frage 1: „Ist der Senat bereit, den Vorbereitungsdienst für Absolventen der PH ab 1. 2. 72 einzuführen? Falls ja, wie gedenkt der Senat den Vorbereitungsdienst durchführen zu lassen? Falls nein, warum ist der Senat nicht bereit, aus der erfolgten Änderung der ersten Ausbildungsphase der Gruppe GHR-Lehrer zeitgerecht die Konsequenzen zu ziehen?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Böhrnsen und der SPD-Fraktion sowie des Abgeordneten John und der FDP-Fraktion hinsichtlich der „Einführung des Vorbereitungsdienstes für Grund-, Haupt- und Realschullehrer."

Frage 2: „Ab wann ist damit zu rechnen, daß Vertreter der PH wirksam in die Vorbereitungen der Lehrerausbildung an der Bremer Universität einbezogen werden?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Vertreter der PH sind seit Beginn der Arbeit dieses Gründungssenats wirksam in die Vorbereitungen der Lehrerausbildung an der Bremer Universität einbezogen worden:

a) Herr Professor Dr. Klink, der Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule ist und bis zum 31. 3. 1971 deren Rektor war, ist seit Frühjahr 1970 Mitglied des Gründungssenats für die Universität Bremen.

b) In der Planungskommission Lehrerbildung der Universität Bremen ist die Pädagogische Hochschule seit der ersten Sitzung dieser Planungskommission vertreten.

c) Die Pädagogische Hochschule war mit vier ihrer Mitglieder in den Berufungskommissionen der Unisität Bremen im Bereich der Lehrerbildung vertreten.

Frage 3: „Wie gedenkt der Senat im Interesse der Lehrerausbildung in Bremen kurzfristig zu einem organischen Zusammenwirken der PH und der Bremer Universität zu kommen?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Es ist beabsichtigt, in nächster Zeit einen gemeinsamen beratenden Ausschuß einzurichten, der in gleicher Zahl von der Pädagogischen Hochschule und der Universität Bremen besetzt werden soll. Dieser Ausschuß soll die Integration der Pädagogischen Hochschule in die Universität vorbereiten.

Frage 4: „Ist der Senat bereit, auch an der PH Studiengänge bis zu 8 Semestern anzubieten?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Der PH ist bereits die Möglichkeit eröffnet worden, Studiengänge bis zu 8 Semestern anzubieten. Nach Paragraph 10 Absatz 2 und Absatz 3 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule der Freien Hansestadt Bremen vom 8. September 1970 kann an der PH die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft abgelegt werden. Nach der von der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder beschlossenen „Rahmenordnung für die Diplomprüfung in Erziehungswissenschaft", die für die noch von der PH zu erlassende Diplomprüfungsordnung maßgebend ist, geht der Ablegung der Diplom-Hauptprüfung ein mindestens 8-semestriges Studium voraus.

Auch für das Lehramtsstudium wird auf der Grundlage des Frankenthaler Papiers der Ständigen Konferenz der Kultusminister, das die Errichtung von Stufenlehrämtern zum Ziel hat, angestrebt, Studiengänge von entweder mindestens sechs oder von mindestens acht Semestern anzubieten.

Frage 5: „Wie und in welcher Zeitfolge gedenkt der Senat die Lehrerausbildung an der PH in die Bremer Universität zu integrieren?"

Auf diese Frage erteilt der Senat folgende Antwort: Die Integration der Lehrerausbildung an der PH in die Bremer Univerität muß stufenweise nach Maßgabe der von der Universität in der Lehrerausbildung ausgebauten Studiengänge geschehen. Eine genaue Zeitfolge kann gegenwärtig noch nicht genannt werden. Der Prozeß der Integration der Lehrerausbildung soll aber in etwa sechs Jahren abgeschlossen sein.

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Senator!

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraph 29 der Geschäftsordnung muß ich nunmehr die Bürgerschaft befragen, ob in eine Aussprache über diese beiden Antworten des Senats eingetreten werden soll. Wer dafür ist, daß in eine Aussprache über die Antworten des Senats eingetreten werden soll, den bitte ich, sich zu erheben.

Ich stelle fest, eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Die Beratung ist damit geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den mündlichen Antworten des Senats Kenntnis.

Antrag (Dringlichkeitsantrag): Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhaltung der Währungs- und Preisstabilität auf die bremische Wirtschaft und den bremischen Haushalt (Drucksachenabteilung II Nr. 539)

Der dringlichen Behandlung dieses Antrags hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn der Sitzung zugestimmt.

Der Antrag ist unterschrieben von dem Abgeordneten Brouwer und NPD-Fraktion. Er ist hektographiert an die Abgeordneten verteilt worden und hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, bis zum 10. Juni 1971 einen Bericht über die Auswirkungen der Freigabe des Wechselkurses und weiterhin über die Auswirkungen der Beschlüsse der Bundesregierung zur Erhaltung der Währungs- und Preisstabilität auf die bremische Wirtschaft und den bremischen Haushalt zu erstellen, damit dieser in der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 14. bis 16. Juni 1971 beraten werden kann."

Die Beratung ist eröffnet.

Zur Begründung hat das Wort der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD) *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Begründung der Dringlichkeit habe ich heute morgen schon darauf hingewiesen, daß der Senat der Presse gegenüber erklärte, daß aus dem Investitionsprogramm unseres Landes die runde Summe von 50 Millionen DM nur aufgrund der Stabilitätsbestimmungen der Bundesregierung im Jahr 1971 gesperrt werden sollte. Nachdem bremische Reeder und bremische Werften bereits bei der Bundesregierung vorstellig geworden sind, um auf die Konsequenzen, die sich aus der Freigabe der Wechselkurse ergeben haben, hinzuweisen, die naturgemäß einen erheblichen Einfluß auf die Ertragslage der ganz allgemein exportierenden Industrie und des exportierenden Handels haben werden, und damit natürlich auch unsere Steuereinnahmen beeinflussen, gegebenenfalls sogar — ich will den Teufel nicht auf die Wand malen — den Arbeitsmarkt in Bremen, hält meine Fraktion es für unbedingt notwendig, daß der Senat der Bürgerschaft und damit auch der Öffentlichkeit einen entsprechenden Bericht erstattet.

Wir wissen, daß der Senat heute über diese Dinge intern gesprochen hat. Wir wissen auf der anderen Seite, daß Ende Mai/Anfang Juni der Senat laut Pressemeldung sich über die Sperrmaßnahmen erst klar werden will. So glaubten wir, daß es wichtig wäre, den Bericht bis zum 10. Juni anzufordern, heute keine große Debatte über diese Dinge zu entfachen, sondern erst eine solche nach Vorliegen des Berichts des Herrn Finanzsenators in der Juni-Sitzung durchzuführen.

Aus diesem Grunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, fasse ich mich in der Begründung kurz und bitte Sie um Annahme unseres Antrags.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nun der Herr Senator Speckmann.

Senator für die Finanzen Speckmann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will keine große konjunkturpolitische Debatte vom Zaune brechen, aber es ist bereits eben angedeutet worden, daß der Senat sich heute vormittag mit den konjunkturpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung befaßt hat. Es ist auch eine entsprechende Pressemitteilung über die Beratung des Senats hinausgegangen. Ich meine also, daß durchaus die Dringlichkeit insofern gegeben ist, daß wir der Öffentlichkeit mitteilen müssen, welche Einschränkungen sich aus dem Haushaltsvollzug 1971 ergeben und welche weitergehenden Maßnahmen der Senat einzuschlagen gedenkt.

Ich bin mir darüber im klaren, daß ich mich, wenn ich jetzt auf die diesbezüglichen Empfehlungen des Konjunkturrats der öffentlichen Hand und des Fi-

*) Vom Redner nicht überprüft.

nanzplanungsrats verweise, kurz fassen kann, weil diese Beschlüsse und Empfehlungen bereits in der Öffentlichkeit, in der Presse und im Fernsehen und im Rundfunk weitestgehend erörtert worden sind.

Ich kann mich darauf beschränken, zunächst einmal zu der währungspolitischen Situation festzustellen, daß ich mit dem Herrn Wirtschafts- und Finanzminister Professor Dr. Karl Schiller der Meinung bin, daß man zunächst einmal die Entwicklung in diesem Bereich abwarten muß, weil auch die konjunkturpolitischen Beschlüsse aller Voraussicht nach in diesen Tagen durch weitergehende Beschlüsse der Deutschen Bundesbank ergänzt werden und insofern also ein Paket insgesamt darstellen.

Andererseits bin ich mir aber auch darüber im klaren, daß die Auswirkungen dieser Beschlüsse sich wirklich erst in einem längeren Zeitablauf ablesen lassen. Es wird also am 14. oder 16. Juni genau wie heute nicht möglich sein, bereits eine Prognose beziehungsweise eine Aussage darüber zu machen, ob die von der Bundesregierung angestrebte Zielsetzung bereits bis dahin erkennbar wird im Hinblick auf die Erfüllung dieser Beschlüsse. Insofern meine ich auch, daß man auch die Auswirkungen auf die bremischen Industriezweige, insbesondere Schiffahrt und Werften, zunächst einmal abwarten muß, wie sich die Einzelmaßnahmen auf diese exportorientierten Zweige auswirken, wobei wir ja gerade in Bremen feststellen müssen, daß 30 Prozent unserer Wirtschaft exportorientiert sind und daß nicht nur allein der Schiffbau und die Werften davon betroffen sein werden, sondern die gesamte exportorientierte Wirtschaft.

Insofern bin ich mir darüber klar, daß auch diese Entwicklung abgewartet werden muß, und wir haben ja bereits Erklärungen seitens des Senats vorliegen, daß alles getan werden soll, dort, wo Härten und Entwicklungen eintreten, die eine Hilfe erforderlich machen, daß da der Senat nicht nur der Freien Hansestadt Bremen, sondern auch die übrigen Küstenländer, soweit sie davon betroffen sein werden, bei der Bundesregierung entsprechende Vorstellungen erheben werden.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Speckmann, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Krauss zu beantworten?

Senator Speckmann: Ja, gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Krauss!

Abg. **Krauss** (CDU): Herr Senator, wenn es sich auch noch nicht als zeitlich für gegeben ansehen läßt, daß wir etwa am 10. Juni über die Auswirkungen etwas erfahren, so könnten wir zu diesem Zeitpunkt doch sicherlich detaillierte Angaben erwarten, was von hier aus an Maßnahmen ergriffen werden kann, um uns dann daraus ein Bild machen zu können, wie es sich dann unter Umständen weiterentwickeln kann?

Senator Speckmann: Ich glaube, Herr Abgeordneter Krauss, daß man zunächst einmal, wenn man wirklich im Hinblick auf Maßnahmen sachgerecht entscheiden will, abwarten muß, wie sich die Dinge im einzelnen entwickeln. Daß die Sorgen des einen oder anderen Wirtschaftszweigs vorab über mögliche Entwicklungen angemeldet werden, dafür habe ich Verständnis. Aber es ist doch sicherlich — ich glaube, da werden alle Experten mit mir einig sein — abzuwarten, in welcher Beziehung und in welcher Hinsicht sich die Freigabe des Wechselkurses in der Tat nun wirklich auswirken wird, und da wird ja doch einiges noch zu sagen bleiben, wenn man klar erkennt, wie die Auswirkungen sein werden.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hauptmann zu beantworten?

Senator Speckmann: Jawohl!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Hauptmann!

Abg. **Hauptmann** (FDP): Herr Senator, sind Sie in der Lage, der Finanzdeputation in der nächsten Finanzdeputationssitzung eventuell über die zu treffenden Maßnahmen zu berichten?

Senator Speckmann: Das ist vorgesehen, und ich meine, daß ich das hier heute bereits im Vorwege tun soll, und ich will das jetzt auch ergänzen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bevor Sie ergänzen, Herr Senator: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fichtner zu beantworten?

Senator Speckmann: Ja, Herr Präsident, ich muß ja erst die eine Frage beantworten. Aber trotzdem gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Sehr geehrter Herr Senator, sind Sie nicht mit mir der Meinung, wenn man die Finanzdeputation informieren möchte, daß die breite Öffentlichkeit auch Anspruch darauf hat, über diese schwerwiegenden Maßnahmen sehr frühzeitig informiert zu werden?

Senator Speckmann: Ja, das wollte ich gerade tun, Herr Abgeordneter Fichtner, und zwar in der Weise, daß ich Ihnen nur noch kurz mitteile, daß in Ausführung der Empfehlungen des Konjunkturrats der öffentlichen Hand und des Finanzplanungsrats die vorgesehenen Maßnahmen sich im Jahr 1971 für Bremen wie folgt auswirken werden:

Wir wissen, daß zunächst die Bundesregierung eine Krediteinschränkung insofern beschlossen hat, daß die Kreditaufnahmen der Gebietskörperschaften eingeschränkt werden sollen. Das wird sichergestellt durch eine Rechtsverordnung nach Paragraph 19 und 20 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und

des Wachstums der Wirtschaft. Hiernach sollen eine Milliarde beim Bund und 800 Millionen DM bei den Ländern nicht aufgenommen werden. Das bedeutet für Bremen eine Kreditaufnahmebeschränkung von 17 Millionen DM. Gleichzeitig ist vorgesehen, daß Haushaltssperren ausgesprochen werden im investiven Bereich in Höhe von 17 Millionen DM ebenfalls für Bremen, das heißt, daß beides, Kreditaufnahmen und Haushaltssperren, miteinander korrespondieren. Als kommunizierende Röhren werden beide Beträge voll durchschlagen auf den Investitionsbereich.

Darüber hinaus sollen festgelegt werden bei der Deutschen Bundesbank in Form der Konjunkturausgleichsrücklage für Bremen 11,1 Millionen DM. Das sind insgesamt 45,1 Millionen DM, die zunächst einmal festgelegt werden müssen.

Außerdem — und das ist das Neue an der Gesamtsituation — ist eine Verringerung der Verpflichtungsermächtigungen auf 1972 vorgesehen, für den gesamten Bund und für die Länder ein Betrag von 1,5 bis 2 Milliarden DM. Das wirkt sich für Bremen in der Weise aus, daß weitere 35 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen zeitlich zurückzustellen sind. Wenn wir das effektiv betrachten, dann wird daraus ein Betrag von 45,1 plus 35 Millionen DM. Also 80 Millionen DM werden sich auswirken auf den Vollzug des Haushalts 1971.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich brauche hier an dieser Stelle nicht besonders zu betonen, daß dieser Betrag erhebliche einschneidende Maßnahmen zur Folge haben wird. Der Senat hat heute morgen den Senator für die Finanzen beauftragt, im Einvernehmen und in Abstimmung mit den Ressorts entsprechende Vorschläge zu unterbreiten, die wir dann in den einzelnen Deputationen noch zu erörtern haben werden.

Der Senat ist heute und auch am 14. Juni noch nicht in der Lage, die einzelnen Projekte hier zu nennen, aber der Senat hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Beschlüsse der Bundesregierung in vollem Umfange unterstützen wird, denn nur so wird es möglich sein, aus der Gesamtmisere herauszukommen, um die Stabilität unserer Wirschaft und insbesondere des Geldwertes im vollen Umfange wiederherzustellen.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese kurzen Ausführungen genügen, um Ihnen zu zeigen, daß der Senat entsprechende Maßnahmen eingeleitet hat und daß wir dann, sobald die Dinge und die Entwicklung zu übersehen sein werden, hier dem Hohen Hause Bericht erstatten. — Schönen Dank!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat ist bei diesem Antrag der NPD-Fraktion eins wohl von Bedeutung: Der Vorschlag, Vorsorge zu treffen, daß die ungünstigen Auswirkungen für die betroffene bremische Wirtschaft rechtzeitig erkannt werden und daß wir auch gemeinsam mit dem Senat rechtzeitig für Abhilfe sorgen. Der weitere Punkt des Antrags, die Einschränkungen im Haushaltsvollzug in den Griff zu bekommen, scheint mir nicht so wichtig zu sein, weil da in Vollmacht des Hauses die Finanzdeputation und der Haushaltsausschuß das entsprechende Instrumentarium zur Verfügung haben.

Aber der Punkt, Vorsorge zu treffen, die negativen Auswirkungen für die betroffenen Wirtschaftskreise rechtzeitig zu erkennen und rechtzeitig Abhilfe zu veranlassen, setzt uns in den Stand, der Bitte an den Senat zuzustimmen, einen entsprechenden Bericht vorzulegen, wobei selbstverständlich, Herr Senator, zu berücksichtigen ist, daß bei einer Berichterstattung mit dieser von mir genannten Zielsetzung Schäden ja noch nicht eingetreten zu sein brauchen. Wir wollen diese Schäden ja eben verhindern, und es ist sicherlich sinnvoll, wenn nicht nur der Senat sich Gedanken macht, sondern auch wir aus Anlaß einer solchen Berichterstattung. Deswegen schließen wir uns dem Antrag an. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse jetzt über den Antrag der NPD-Fraktion abstimmen.

Herr Abgeordneter Klein, habe ich Sie so richtig verstanden: Sie haben differenziert zwischen einem Teil und einem anderen Teil. Aber ich lasse über den gesamten Antrag abstimmen.

(Abg. K l e i n [CDU]: Ich habe mich in der Erklärung für die Fraktion, die am Anfang zustimmend war, auf einen bestimmten Akzent eingelassen, damit aber nicht sagen wollen, daß ich nur einem Teil des Antrags zustimme!)

Ich lasse also über den gesamten Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Ich bitte, stehen zu bleiben, wir müssen auszählen!

Der Antrag ist abgelehnt.

Antrag (Entschließung): Berufung von sozial- und rechtswissenschaftlichen Hochschullehrern für die Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 521)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Oberregierungsrat Dücker.

Der Entschließungsantrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er hat damit die nach Paragraph 30 Absatz 1 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung von mindestens einem Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) ersucht den Senat, bei der Berufung von sozial- und rechtswissenschaftlichen Hochschullehrern für die Universität Bremen die vom Gründungssenat der Universität Bremen am 31. 12. 1970 beschlossenen ‚Thesen zur Bremer Juristenausbildung' unberücksichtigt zu lassen. Das gilt im besonderen für die folgende, als Nr. 2 der genannten Thesen verabschiedete Maxime:

Juristenausbildung hat die Instrumentalisierung von Recht und Juristen im Dienst der herrschenden Interessen bewußt zu machen und zu ihrer Überwindung beizutragen."

Gemäß Paragraph 30 der Geschäftsordnung finden Abstimmungen über Entschließungen in der Regel ohne vorherige Aussprache statt. Interfraktionell ist jedoch vereinbart worden, in diesem Fall in eine Aussprache einzutreten. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Die Beratung ist eröffnet.

Zur Begründung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gegenstand unseres Antrags sind die vom bremischen Gründungssenat am 21. Dezember 1970 einstimmig verabschiedeten Thesen zur Bremer Juristenausbildung. Grundmaxime dieser Thesen ist der Satz in Ziffer 2 des Papiers: „Sie" — die Juristenausbildung — „hat dabei die Instrumentalisierung von Recht und Juristen im Dienst der herrschenden Interessen bewußt zu machen und zu ihrer Überwindung beizutragen." Die übrigen Ausführungen fußen auf diesem Basissatz und gestalten ihn aus.

Meine Fraktion ist der Auffassung, daß es wichtig und nötig ist, Sie in diesem Hause dafür um Zustimmung zu bitten, daß diese Grundmaxime, die einstimmig vom Gründungssenat in Bremen verabschiedet worden ist, rechtspolitisch völlig verfehlt ist und mit Rechtswissenschaft in unserer freien demokratischen Ordnung nichts zu tun hat. In dieser These kommt unmißverständlich zum Ausdruck, ohne daß wir hier in einen Interpretationsstreit verfallen müßten, daß Rechtswissenschaft in der Bundesrepublik und Rechtsanwendung in der Bundesrepublik in der Gegenwart Sicherung herrschender Interessen sei. Es kommt also eine Klassenfunktionalität von Rechtswissenschaft und Rechtsanwendung zum Ausdruck. Wir sind der Auffassung, daß eine solche Definition der Rechtswissenschaft nicht begründet ist und wissenschaftlichen Kriterien nicht standhält.

Wir müssen feststellen, daß nicht nur im Hinblick auf Rechtswissenschaft, sondern auch auf andere wissenschaftliche Bereiche, die an der hier zu gründenden bremischen Universität gepflogen werden sollen, eine solche Klassenfunktionalität geäußert wird. Ich darf hier auf einige Belege verweisen, damit Ihnen, wenn es möglich ist, klar wird, daß wir es nicht mit einem Sonderfall zu tun haben, sondern mit einem generalisierungsfähigen Problem dieser Universitätsgründung. Es ist so, daß zum Beispiel im Bereich der Lehrerbildung eine Funktionalität, eine Abhängigkeit von einer gesehenen Klasse hervorgeht aus Verlautbarungen von Bewerbern für Lehrstühle oder von bereits berufenen Hochschullehrern.

Ich möchte für verschiedene hier nur zitieren aus einer von Frau Dr. Brenner herausgegebenen Schrift „Alternative", und zwar „Alternative 77", in der es um Schule, Intelligenz und Kapitalismus geht und wo es in der Einleitung wörtlich heißt — ich werde mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten nur einen Satz zitiren:

„Der Beitrag des Ausbildungssektors zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft kann der in den Bildungsinstitutionen beschäftigten Intelligenz demnach zunächst nur die politische Aufgabe stellen, den politökonomisch bestimmbaren Stellenwert ihrer Funktion für das kapitalistische Gesellschaftssystem adäquat zu erkennen und diese Erkenntnis als antikapitalistisches Bewußtsein denen, die sie auszubilden hat, weiterzugeben.

(Abg. Sagner [CDU]: Das ist sehr interessant!)

Um diese Intention zu verwirklichen, bedarf es zumindest einer syndikalistischen Organisation der sozialistischen Lehrer." Ende des Zitats.

Hier kommt ebenfalls zum Ausdruck die Definition unserer freiheitlichen parlamentarischen Gesellschafts- und Staatsordnung als Klassenherrschaft. Diese Klassenherrschaft bedient sich der Wissenschaft zur Sicherung ihrer Legitimität und zur Sicherung ihrer Ansprüche, und das ist dem auszubildenden Studenten im Interesse der Überwindung dieser Gesellschaft bewußt zu machen. Herr Kollege Franke, ein analoger Vorgang, der ebenfalls seine Entsprechung hat in dem verabschiedeten Papier „Thesen zur Bremer Juristenausbildung".

Ich darf ferner darauf hinweisen, daß Herr Professor Gottschalch, Soziologe, Politologe in Berlin an der PH, der hier zurückgestellt ist und um dessen Berufung die Universitätsgremien sich bemühen, daß dieser Professor Gottschalch nicht nur die Wissenschaft in den Dienst kapitalistischer Interessen gestellt sieht und sich um eine Wissenschaft bemüht, die eine solche Interessensicherung verhindert, son-

dern daß er auch den Parlamentarismus als Diener des organisierten Kapitals betrachtet.

In seiner Schrift „Parlamentarismus und Rätedemokratie" — das können Sie in dem Rotbuch Nr. 10, im Wagenbach-Verlag erschienen, nachlesen — sagt er, daß das parlamentarische System unter den Bedingungen des organisierten Kapitalismus der Parteiendemokratie kein ausreichendes Aktionsfeld mehr bietet. So müßten die antiautoritären Gruppen Aktionen und Organisationsformen wählen, die geeignet sind, Menschen und Verhältnisse zugleich zu verändern!

Meine Damen und Herren, es handelt sich also hier bei diesen einmütig von dem Gründungssenat verabschiedeten Papier nicht um ein Einzelversagen, nicht um einen falschen Zungenschlag, sondern um eine gemeinsame Grundhaltung, die auch bei der Organisation der anderen Wissenschaftsbereiche erkennbar durchschlägt. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß Herr Knut Nievers, der jetzt vom Gründungssenat einmütig als Planer für Kunst vorgeschlagen wird, in seinen Veröffentlichungen, die Sie auch nachlesen können, streng nach Lenin unterscheidet zwischen revolutionärer Kunst und reaktionärer Kunst,

(Abg. Sagner [CDU]: Hört, hört!)

und bei der Definition dessen, was revolutionäre Kunst ist, proletarische Kunst, sich streng an die entsprechenden Richtlinien Lenins hält.

Dieser Mann, Knut Nievers, wird einstimmig vom Gründungssenat als Planer für Kunst vorgeschlagen. Er paßt in diese Grundhaltung der Definition von Politik und Wissenschaft in dieser freien Gesellschaft als Instrument herrschender Kapitalinteressen — Dr. Holzer spricht ja sogar vom global gesteuerten monopolitischen Staatskapitalismus in der Bundesrepublik — und der Auffassung einer neuen, einer reformierten Wissenschaft und Politik — Rätedemokratie —, die diese Funktionalität der heutigen Politik und Wissenschaft beseitigt im Interesse einer Gesellschaftsordnung, die, wenn sie realisiert worden ist in dieser Welt, Freiheit und Menschenwürde vernichtet hat.

Ich muß aber auch noch etwas speziell Juristisches, wenn Sie erlauben, zu diesem Papier sagen. Es trifft sich ja ganz gut, daß ich mich auch einmal juristischen Studien unterzogen habe. Nach dem Krieg, als ich in Köln studierte, haben einige Professoren sich sehr bemüht, uns klarzumachen, daß jegliche Ideologiegebundenheit des Rechts unseren Rechtsstaat vernichtet.

(Beifall bei der CDU — Abg. Sagner [CDU]: Das würde auch heute noch gelten!)

Es gibt, meine Damen und Herren, in diesem Jahrhundert in unserem abendländischen Rechtskreis nur zwei große Bereiche, wo das Recht diskreditiert und diffamiert worden ist als Funktion einer herrschenden Macht. Das ist einmal der Bereich des Marxismus/Leninismus, und zum anderen der Bereich des Nationalsozialismus. Nur war im Bereich des Nationalsozialismus, das können Sie bei Roland Freisler schon 1935 nachlesen, als er noch Staatssekretär im Justizministerium war, nicht die Klasse das zu Bekämpfende und Einzuführende durch Rechtsanwendung und Rechtswissenschaft, sondern die Rasse.

Herr Freisler hat damals in einer Festschrift einer deutschen Universität im Jahr 1935 über die ideologischen Wurzeln des deutschen Rechts geschrieben und hat sie abgeleitet aus dem Rassenvorurteil, das gewissen Leuten, die den Nazismus kreierten, vorschwebte. Das war ebenso eine gefährliche Funktionalität und steht dem Kulturfortschritt dieses Jahrhunderts kraß entgegen, denn der Fortschritt ist ja dadurch gekennzeichnet in einer freien offenen Gesellschaft, in einer am Grundrechtskatalog orientierten Rechtsordnung, daß die verschiedensten Auffassungen, die verschiedensten Werte gebunden sind an Grundwerte, die für alle gleich sind.

Die Juristen haben dafür zu sorgen, daß diese Bindung an Grundwerte ohne Rücksicht auf Interessengruppierungen, ohne Rücksicht auf Schichtungen und Klassen für alle gleich angewendet werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben nicht Interessen zu sichern, sondern sie haben für Gerechtigkeit und Menschenwürde zu sorgen ohne Rücksicht auf irgendwelche klassenspezifischen Interessen und Schichtungen. Diese moderne, liberale und fortschrittliche Auffassung wird völlig zurückgeschraubt durch diese Maxime, die hier einstimmig vom Gründungssenat verabschiedet worden ist.

Herr Kollege Franke — „Thomas" Franke —, seien Sie mir bitte nicht böse, es ist bei einem solchen Thema einfach nicht zu vermeiden, daß man sich mit dem Herrschaftsbereich in Mitteleuropa kurz befaßt, in dem unsere Landsleute unter Klassenfunktionalität des Rechts zu leiden haben. Ich habe die entsprechenden Dokumente hier. Deswegen auch mein Engagement in dieser Frage nach dem Grundsatz: „Wehret den Anfängen". Die Funktion des Rechts und der Rechtsprechung in der DDR ist ganz kurz wie folgt zu kennzeichnen:

Wir kennen dort den sozialistischen Rechtsbegriff. Das für die Justiz verbindliche Recht kann nach kommunistischer Auffassung nur aus dem Wesen und der Aufgabe des sozialistischen Staates verstanden werden. Dieser sozialistische Staat aber ist bekanntlich das Instrument, dessen sich die revolutionäre Arbeiterklasse bemächtigt hat, um die objektiv gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus zu vollenden. Ganz eindeutig instrumenteller Charakter des Rechts und der Rechtsanwendung, um den Weg vom Sozialismus zum Kommunismus zu sichern. Deshalb muß auch das Recht in den Händen der Klasse und des Staates Instrumentalcharakter erhalten.

Diese Schlußfolgerung wird in dem Erlaß des sowjetzonalen Staatsrates „über die grundsätzlichen

Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege" vom 4. April 1963 gezogen.

(Abg. Wenke [SPD]: Davon habt ihr doch keine Ahnung!)

Ich würde es begrüßen, Herr Kollege, wenn Sie sich um diese Dinge einmal ernsthaft kümmern würden.

(Beifall bei der CDU)

Gerade Ihr Zwischenruf gibt mir dazu Veranlassung! Ich habe mit Kollegen Ihrer Fraktion häufig über diese Fragen gesprochen. Es geht hier nicht um Gesinnungsschnüffelei, es geht hier nicht um Dossiers des Verfassungsschutzes, sondern es geht um ernsthafte Gefährdungen unserer freiheitlich-rechtlichen Ordnung,

(Erneuter Beifall bei der CDU)

und Sie sagen, ohne zu argumentieren, daß wir davon nichts verstehen. Ich verstehe Sie nicht!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Mein Gott, was bauen Sie da wieder für einen Buhmann auf!)

Ich darf bei der kurzen Beschreibung des sozialistischen Rechtsbegriffs, um Ihnen die Klassenfunktionalität klarzumachen, fortfahren. Der Staatsrat bezeichnet das sozialistische Recht „als wichtiges Instrument unseres Staates, um die gesellschaftliche Entwicklung zu organisieren und das sozialistische Zusammenleben der Menschen, die Beziehungen der Bürger zueinander und zu ihrem Staate zu regeln".

Gesellschaftliche Entwicklung im Sinne dieser Definition kann nur die angeblich gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus/Kommunismus sein. Damit ergibt sich aus der für die Sowjetzone und den Sowjetsektor mit Gesetzeskraft festgelegten Rechtsdefinition die Schlußfolgerung: Recht ist, was der Herbeiführung der kommunistischen Gesellschaftsordnung dienlich ist. Recht war bei den Nationalsozialisten, was der Durchsetzung des rassischen Herrschaftsanspruchs dienlich war. Das ist eine Tatsache, das ist die nackte Wahrheit, und daraus die Konsequenzen zu ziehen, ist unser aller Pflicht.

(Beifall bei der CDU)

Und es ist deswegen ungeheuerlich, meine Damen und Herren, daß ein Gründungssenat einer deutschen Universität einen solchen Satz einmütig verabschiedet, wo gerade wieder dieses Schreckliche postuliert wird, das Recht instrumentellen Charakter hat zur Sicherung herrschender Interessen. Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Kollege Franke, bei all Ihrem Engagement für Reformen, daß Sie einer solchen Reform das Wort reden. Ich fordere Sie auf, wenn Sie dieser Auffassung des Gründungssenats zustimmen, mir zu erklären: Wo gibt es im abendländischen Rechtskreis Rechtswissenschaft und Rechtsanwendung, die klassenfunktional definiert werden? Wo gibt es das anders als im marxistisch/leninistischen Bereich, und wo hat es das anders gegeben als im nationalsozialistischen Bereich?

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, aus diesem Grund sind wir nicht imstande, zu schweigen. Wir müssen unsere Besorgnisse formulieren, und wir bitten den Senat, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Berufungsverfahren für die Besetzung sozialwissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Hochschullehrerstellen von Anfang an neu in die Wege geleitet wird.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Und doch haben sich sehr gute Leute gemeldet!)

Es ist nämlich folgendes festzustellen: Dieses Papier, meine Damen und Herren, ist den angeforderten Bewerbungsunterlagen beigefügt worden. Ich halte das für ein völlig unzulässiges Verfahren.

(Abg. Uhde [SPD]: Warum hat denn niemand Anstoß daran genommen?)

Derjenige, der also aufgrund einer Annonce in der „Zeit" sich für eine rechtswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche Stelle an der zu gründenden Universität Bremen interessierte, bekam dieses Juristenpapier mit der Basismaxime der Klassenfunktionalität. Warum soll ein

(Zurufe bei der SPD)

Rotfilter keine Wirkung haben? Glauben Sie vielleicht, es gäbe keine Marxisten/Leninisten in dieser Bundesrepublik?

(Zurufe und Unruhe bei der SPD)

Das wissen Sie doch besser als ich! Sie kennen doch Ihre Reihen besser als wir!

(Abg. Kähler [SPD]: Unverschämt! — Abg. Stäcker [SPD]: Reden Sie mal ruhig weiter! — Starke Unruhe bei der SPD — Beifall bei der CDU — Der größte Teil der SPD-Fraktion verläßt den Plenarsaal)

Ich werde Ihnen nachher aus Ihren eigenen Reihen einige Zitate bringen. Sie werden es dann mit größerer Gelassenheit ertragen. Ich hoffe ja nur, daß diese Unruhe, die sich jetzt bei Ihnen breit macht, zu fruchtbaren Ergebnissen führt.

(Starke Unruhe bei der SPD)

Sie sollten mit diesem Elan gegen diesen Gründungssenat und die Gründungsgremien vorgehen. Lesen Sie doch einmal hier dieses Buch von Wiethölter, was der über die Anforderungen an den Juristen heute schreibt!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Die lesen ja nicht, die essen Butterkuchen! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Aber den dicken Bauch haben Sie!)

Es gibt doch genug — —

(Starke Unruhe bei der SPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Klein, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Ich möchte jetzt keine Zwischenfragen beantworten!

Meine Damen und Herren, ich möchte schließen mit einem Appell, den kein Mitglied der CDU, sondern ein Mitglied der SPD an seine eigenen Genossen gerichtet hat. Es handelt sich nicht um Herrn Löwenthal und nicht um Herrn Lübbe, die ja als Gründer und Vorsitzende des Bundes Freiheit der Wissenschaft vom Landesverband Bremen der SPD nicht geschätzt werden — aufgrund Ihrer Beschlüsse, das muß man annehmen —, sondern es handelt sich um einen Mann, der außerhalb des Bundes Freiheit der Wissenschaften steht. Ich darf zitieren aus einem Artikel von ihm in der „FAZ" vom 3. März 1971. Er sagt folgendes:

„Die radikalen Linken, die heute, ob wissentlich oder unbewußt, die Brandfackel gegen den demokratischen Sozialismus schleudern, wollen ihn, im Gegensatz zu Godesberg, eben nicht als dauernde Aufgabe, sondern als dauernde, nicht mehr in Frage zu stellende Institution. Damit werden sie Freiheit und Gerechtigkeit nicht erkämpfen, sondern zwangsläufig bekämpfen."

(Abg. Reichelt [SPD]: Wir brauchen doch nicht Ihre Belehrungen!)

Herr Kollege, ich will Sie nicht belehren, sondern ich will — —

(Abg. Ströh [SPD]: Das machen Sie doch schon den ganzen Nachmittag!)

Nein, ich möchte öffentlich Ihre Stellungnahme dazu hören, damit der Wähler sich ein Bild machen kann.

(Abg. Ströh [SPD]: Sie haben uns gar nichts vorzuschreiben!)

Ich denke nicht daran, Ihr Schulmeister zu sein. Sie haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, vor der Öffentlichkeit Farbe zu bekennen, wie es zu solch einer Entwicklung in Bremen kommen kann.

(Abg. Ströh [SPD]: Was sagen Sie zu der Stellungnahme der Rektorenkonferenz? — Starke Unruhe bei der SPD)

Ich darf im Zitat fortfahren:

„Damit werden sie Freiheit und Gerechtigkeit nicht erkämpfen, sondern zwangsläufig bekämpfen. Was sie im Auge haben — unkontrollierte und ungebremste Bewegungen als angeblichen Fortschritt, Demokratisierung ohne Proportion und erkennbare Grenzen, richtiges Denken und richtige Weltanschauung, imperatives Mandat —, ist weder der Bewahrung wert noch der Bewährung zugänglich. Hier spuken vielmehr die Vorboten eines neuen Totalitarismus durch den deutschen und europäischen Raum, gleichgültig, ob er von der linken oder, was wahrscheinlicher ist, in Form einer Gegenbewegung von der rechten Seite her zur Macht greift; ob er im Namen von Demokratisierung und Fortschritt oder von Ruhe und Ordnung in jedem Falle die so mühsam errungene und gesicherte Freiheit abermals unter sich begräbt."

Meine Damen und Herren, das schreibt der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz aus Berlin, der ganz genaue Erfahrungen in Berlin hat, auch im Hinblick auf die Hochschulentwicklung in Berlin. Ich kann feststellen, daß bei all den Schwierigkeiten an der FU, TU und an der PH in Berlin es nicht gelungen ist, eine kritische Universität im Sinne der Etablierung der Herrschaft des Proletariats zu gründen. Das war die Zielsetzung der kritischen Universität. Sie lassen zu, daß die gescheiterten Gründer der kritischen Universität — ich kann Ihnen die Namen nennen — sich hier festsetzen und das, was dort nicht gelungen ist, hier auf Kosten des Steuerzahlers, der es nicht will, einrichten.

(Starke Unruhe bei der SPD)

Und das endgültig zu verhindern, war mein mühsamer Appell, der mir sicherlich nicht leicht gefallen ist.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte namens meiner Fraktion um Unterbrechung der Sitzung.

Präsident Dr. Klink: Für wie lange, Herr Dr. Franke?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ich meine, eine halbe Stunde genügt.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen folgendes vor: Ich unterbreche jetzt für eine halbe Stunde und ich bitte, daß wir diese halbe Stunde für die Kaffeepause nutzen können. Ist das möglich?

(Zurufe von der SPD-Fraktion)

Ich höre von der SPD-Fraktion, daß es nicht möglich ist. Vielleicht ist es möglich, daß Kaffee und Kuchen in den SPD-Fraktionsraum gebracht werden.

Ich unterbreche die Sitzung bis 16.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 16.07 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.47 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Herr Abgeordneter John, sind Sie damit einverstanden, daß der Abgeordnete Franke zunächst eine

Erklärung der SPD-Fraktion abgibt? Sie wären dann als nächster Redner an der Reihe.

(Abg. John [FDP]: Einverstanden!)

Das Wort hat der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einer Debatte, die um eine Sache hätte geführt werden können, um die es sich durchaus zu diskutieren lohnt, in einer solchen Debatte ist nicht mehr die sachliche Auseinandersetzung im Vordergrund der Argumentation des Sprechers der CDU gewesen, sondern der Sprecher der CDU hat versucht, in einer Zeit, in der man — das gebe ich zu — nur allzu leicht herausgefordert ist, mit groben Bandagen zu kämpfen. Er hat versucht, die Sozialdemokratie in einer Art und Weise zu kennzeichnen, die auf den ganz entschiedenen Protest, wie ich meine, nicht nur der Sozialdemokraten, sondern aller demokratischen Bürger in diesem Staate stoßen muß.

(Starker Beifall bei der SPD)

Diese Sozialdemokratie, meine Damen und Herren — und das ist vielfältig unter Beweis gestellt —, diese Sozialdemokratie hat in ihrer Geschichte die historische Mission erfüllt, zu verhindern, daß sich in Mitteleuropa eine Dependance des bolschewistischen Systems etabliert, denn es sind die deutschen Sozialdemokraten gewesen, die 1918 verhindert haben, daß wir hier in Verhältnisse hineinrutschen, die totalitär, kommunistisch, marxistisch, bolschewistisch sind. Wir Sozialdemokraten haben in einer Stunde die Demokratie in Deutschland etabliert und geschützt, als die Kräfte, Herr Klein, für die Sie legitimiert sind, zu sprechen, handlungsunfähig waren. Es ist die deutsche Sozialdemokratie gewesen, die damals in die Bresche gesprungen ist.

(Starker Beifall bei der SPD — Heftiger Widerspruch bei der CDU)

Und diese Partei heute dort hinzusetzen, wo Ulbricht und seine Stalinisten stehen, uns zu unterstellen, daß wir Entwicklungen förderten, wie sie in der DDR vorherrschen, ist nicht nur eine Geschichtsklitterung, sondern ist eine Beleidigung eines der stolzesten Teile der deutschen Demokratie.

(Beifall bei der SPD — Widerspruch bei der CDU)

Für uns als Sozialdemokraten haben eine Vielzahl von Angehörigen, auch die, die hier im Hause unter uns sitzen, mit ihrem persönlichen Einsatz bewiesen, daß es schlechterdings eine Beleidigung ist, uns zu unterstellen, Freislers Volksgerichtshof schimmere in etwa in unseren rechtspolitischen Intentionen durch.

(Zurufe von der CDU: Hat Herr Klein nicht gesagt! — Abg. Hardegen [CDU]: Unerhört! — Abg. Filzen [CDU]: Das ist ja unglaublich! — Abg. Fischer [CDU]: Bleiben Sie bei der Sache! — Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, hier sitzen Menschen — —

(Starke Unruhe im ganzen Haus — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben vorhin die Ausführungen hier im Hause in aller Ruhe zur Kenntnis genommen. Ich bitte, jetzt auch in aller Ruhe die Ausführungen des Abgeordneten Franke entgegenzunehmen. Wenn Sie etwas zu sagen haben, bitte ich, daß Sie ans Rednerpult kommen und Ihre Meinung sagen. Ich glaube, wir sollten

(Abg. Fichtner [NPD]: Weitermachen!)

bei der angespannten Gefühlslage, in der diese Diskussion geführt wird, die Dinge nicht noch weitertreiben.

(Abg. Sagner [CDU]: Das sollte auch Herr Franke tun!)

Ich bitte den Abgeordneten Franke, seine Ausführungen fortzusetzen.

Abg. **Franke** (SPD): Meine Damen und Herren, ich kann mir Ihre Erregung durchaus erklären, denn ich bin der Uberzeugung, daß das, was der Abgeordnete Klein hier gesagt hat, daß wir, indem wir eine bestimmte Entwicklung an der Bremer Universität nicht nur duldeten, sondern förderten, daß wir damit Vorschub leisten einer rechtspolitischen Entwicklung, die ihre Parallele in Freisler und seinen Volksgerichtshöfen hat — das hat er nämlich hier gesagt —, ich kann mir durchaus vorstellen, daß Sie in der Mehrheit in der CDU-Fraktion über eine solche Diffamierung der deutschen Sozialdemokratie selber schamrot werden, weil Sie sehr genau wissen — denn Sie kennen uns sehr genau —, daß hier in dieser Fraktion der deutschen Sozialdemokratie im Land Bremen Leute sitzen, die eben unter Freisler ihre Haut zu Markte getragen haben, und die es darum nicht nötig haben, sich von Herrn Klein hier diffamieren zu lassen, daß sie es nun sind, die heute Freislersche Zustände begünstigen wollen.

(Starker Beifall bei der SPD — Abg. Hardegen [CDU]: Das hat Herr Klein gar nicht gesagt! — Zuruf von der CDU: Das ist Rabulistik! — Abg. Koschek [CDU]: Und Ihre Angriffe?)

Meine Damen und Herren, bei aller Polarisierung, die durchaus in Wahlkampfzeiten möglich ist, bitte ich doch eines als gemeinsame Grundlage in diesem Hause uns weiterhin gemeinsam tragen zu lassen: daß keine Fraktion dieses Hauses entschlossen ist — manche mögen es vielleicht insgeheim nicht ganz so ernst meinen, aber laut vor der Öffentlichkeit —, die Grundfesten dieser Demokratie im Sinne des Staates Ulbrichts, im Sinne der Maoisten/Leninisten, aber auch im Sinne von Freislerschen Volksgerichtshöfen zu untergraben. Wenn diese Gemeinsamkeit in diesem Hause Grundlage unserer Diskussion wäre, dann, glaube ich, würde ein Herr Klein hier am

Pult vereinzelt dastehen, dann würde er auch aus Ihren Reihen die nötige Antwort bekommen.

Wir hoffen, daß auch die CDU-Fraktion besonnen genug ist, um die Eskapaden von Herrn Klein an diesem Pult nicht in jedem Punkt abzudecken. Wir hoffen, daß auch Sie der Meinung sind, daß den Sozialdemokraten hier eine Diffamierung geschehen ist, die von der Mehrheit der CDU-Fraktion nicht mit getragen werden kann, und wir hoffen, daß die innerfraktionelle Auseinandersetzung bei Ihnen in der CDU dazu führen wird, daß Wiederholungen solcher Entgleisungen, wie sie Herr Klein hier praktiziert hat, von Ihnen selbst entschieden und rigoros unterbunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Bitte, eine künftige Brunnenvergiftung

(Abg. Filzen [CDU]: Vorsichtig, vorsichtig!)

auch in Wahlkampfzeiten in diesem Hause doch zu unterbinden, auch Ihrem Chefsprecher eine Kette dort anzulegen, wo er den Boden der Sachlichkeit und den Boden der Wahrheit verläßt,

(Abg. Hardegen [CDU]: Bleiben Sie doch sachlich!)

diese Bitte möchte ich namens der Sozialdemokratie an die CDU richten. Wir sind gern bereit, in eine harte und sachliche Auseinandersetzung über die Bremer Universität mit Ihnen einzutreten. Wir sind aber nicht bereit, uns auf das Niveau herabzubegeben, daß wir uns vor Ihnen rechtfertigen müßten, DDR, Ulbricht, Leninisten, Maoisten, und was weiß ich noch, nicht auf unser Panier geschrieben zu haben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mit mir der Meinung sind, daß das die Basis ist, auf der wir uns wiederfinden können, dann meine ich, können wir uns diesen Purzelbaum von Herrn Klein — es ist nicht der erste, aber wir hoffen in diesem Punkte der letzte — jetzt schenken, wir können den Mantel des Verzeihens und des Vergessens darüber breiten.

(Starke Unruhe im ganzen Haus)

Wir meinen, daß es im parlamentarischen Geschäft vielleicht nötig ist, daß auch Sie einmal innehalten und erkennen, wieweit Sie sich in Ihrer Ablehnung dessen, was Sie in der Universität Bremen sehen, wieweit Sie sich verrennen, wenn Sie die Sozialdemokraten auf diese Art und Weise unter der Gürtellinie angreifen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nun der Abgeordnete Kahrs.

(Abg. John [FDP]: Unter diesen Umständen habe ich meine Wortmeldung nicht zurückgestellt! — Abg. Fischer [CDU]: Wir bitten um eine Unterbrechung!)

Es wird um Unterbrechung gebeten. Wieviel Zeit brauchen Sie?

(Abg. Fischer [CDU]: Eine halbe Stunde!)

Es wird um eine halbe Stunde Unterbrechung gebeten.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir um 17 Uhr 25 wieder zusammentreten.

(Unterbrechung der Sitzung: 16.58 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 17.39 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Das Wort für eine Erklärung hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Ich möchte aber erst einmal wegen der zügigen Behandlung eines feststellen: Es liegen jetzt noch einige Wortmeldungen vor. Vielleicht sollten wir aber doch erst einmal die Meinung der CDU-Fraktion hören. Ist das Haus damit einverstanden, daß wir die Erklärung der CDU-Fraktion vorziehen? — Das ist der Fall.

Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe für die CDU-Fraktion folgende einstimmig beschlossene Erklärung abzugeben:

Die CDU-Fraktion stellt sich geschlossen hinter die Ausführungen des Abgeordneten Klein. Es war dringend erforderlich, die in der Universitätsentwicklung begründeten Gefahren in personeller und sachlicher Art vor dem Plenum dieser Bürgerschaft aufzuzeigen und zu beweisen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion stellt fest, daß der Abgeordnete Klein keine beleidigenden Äußerungen gegenüber der Sozialdemokratie getan hat. Die CDU-Fraktion mißbilligt die Art und Weise, in der der Abgeordnete Franke versucht hat, den Sprecher der CDU zu diskreditieren.

(Abg. Boljahn [SPD]: Ho, ho, ho!)

Sie versagt es sich, auf den Versuch des Abgeordneten Franke einzugehen, die Sozialdemokraten als die alleinigen Bannerträger der Demokratie hinzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion erwartet, daß die Debatte jetzt in sachlicher Weise zu Ende geführt wird

(Lachen bei der SPD)

und das Haus der Entschließung die dringend erforderliche Zustimmung gibt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Ich begrüße in unserem Kreis den Präsidenten des Senats, der gerade eingetroffen ist.

(Beifall bei der SPD)

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kahrs.

(Zurufe: Herr John hat das Wort!)

Entschuldigung, wir hatten vorhin eine Absprache dahingehend getroffen, daß zuerst Herr Kahrs und dann Herr John das Wort erhalten soll. Ist das falsch, Herr John?

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, ich war davon ausgegangen, daß Herr Kollege Horst-Werner Franke vor mir sprechen sollte, obwohl ich mich vor ihm gemeldet hatte. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß Sie, sehr verehrter Herr Präsident, sich in der Reihenfolge der Redner geirrt hatten. Oder habe ich das falsch verstanden? Herr Vizepräsident Bugla hat Sie so unterrichtet, daß also vor mir noch der Kollege Kahrs an der Reihe wäre. Ich habe es sehr bedauert, daß die Unterbrechung der Sitzung dazwischengekommen ist. Ich hätte an sich inzwischen ganz gern gesprochen, aber um der Reihenfolge der Rednerliste zu entsprechen, bin ich bereit, Herrn Kahrs den Vortritt zu lassen.

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Kahrs, ihm folgt der Abgeordnete John.

Abg. **Kahrs** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht ganz leicht, bei der hier von Herrn Klein für den von der CDU vorgelegten Antrag gegebenen Begründung nicht auf das einzugehen, was Herr Klein hier im Plenum geäußert hat. Ich möchte aber gleichwohl versuchen, es so sachlich wie möglich zu tun, um die Emotionen nicht noch weiter zu verstärken.

Ich darf nur eines voranstellen: Wir sind nicht bereit, diesem Antrag der CDU unsere Zustimmung zu geben nach der Begründung ,wie sie eben von der CDU gegeben worden ist. Das würde letztendlich dazu führen, daß wir uns selbst in eine Ecke manövrierten, in die wir auch nach Ihrer jetzt dargestellten Meinung als demokratische Partei in diesem Haus nicht gehören.

Wir haben deshalb einen Änderungsantrag vorzulegen, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen: Die Bürgerschaft (Landtag) ersucht den Senat, bei der Berufung von sozial- und rechtswissenschaftlichen Hochschullehrern für die Universität Bremen folgende Maxime in dem vom Gründungssenat der Universität Bremen am 21. 12. 1970 beschlossenen Thesen zur Bremer Juristenausbildung unberücksichtigt zu lassen". Es folgt dann der herausgegriffene Satz „Juristenausbildung hat die Instrumentalisierung von Recht und Juristen im Dienste der herrschenden Interessen bewußt zu machen und zu ihrer Überwindung beizutragen."

Ich darf zunächst einmal auf drei Gesichtspunkte hinweisen, die meines Erachtens von Herrn Klein und damit auch von der CDU nicht hinreichend berücksichtigt worden sind.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kahrs, bevor Sie fortfahren, darf ich Sie darum bitten, mir den Änderungsantrag schriftlich zu übergeben.

Abg. **Kahrs** (SPD): Bitte sehr! — Zunächst einmal ist, wie bereits einmal festgehalten, die Bürgerschaft nicht in der Lage, dem Senat in irgendeiner Form bei der Auswahl und Ernennung von Beamten Maßstäbe zu setzen. Das scheint von der CDU wiederholt verkannt zu werden. Ich möchte ferner sagen, daß wir das, was wir in unserem Änderungsantrag mit Maxime bezeichnet haben, als übergreifend betrachten. Sofern also in anderen Thesen der Universität entsprechende Vorstellungen entwickelt sein sollten, würden sie von dieser Maxime erfaßt werden.

Ich möchte aber insgesamt zu dem von Herrn Klein angewendeten Verfahren sagen, daß es nach meiner Auffassung zumindest unsolide ist, für einen Juristen zumal, diesen Satz herauszugreifen, aus dem Zusammenhang zu reißen und zu zitieren und in der Weise zu emotionalisieren, wie es hier geschehen ist. Ich halte das für sachlich nicht vertretbar.

Ich möchte, um den Zusammenhang wieder zu gewinnen, in dem diese Thesen stehen, einmal mit Genehmigung des Herrn Präsidenten die Thesen zitieren. Es heißt dort unter Ziffer 1: „Ausgangspunkt einer Ausbildung von Juristen darf nicht allein ein Leitbild des Juristen in unserer Zeit sein, sei es nun das des fachlich geschulten, geistig selbständigen und seiner Verantwortung bewußten jungen Juristen (Münchener Beschlüsse) oder das des gesellschaftskritischen Juristen neuen Typs (Loccum). Zweitens: Juristenausbildung heute hat sich vielmehr zu orientieren an den Tätigkeitsfeldern wissenschaftlich Qualifizierter in den Berufsbereichen Verwaltung, Justiz und rechtliche Beratung." Es kommt dann der inkriminierte Satz: „Sie hat dabei die Instrumentalisierung„ bis „beizutragen". Drittens: Eine durchgehend notwendige Qualifikation für diese Funktion ist die Fähigkeit zu theoriegeleitetem Handeln. Darunter ist weder ausschließlich der Erwerb und die Anwendung gewisser Fertigkeiten und heuristischer Verfahrensregeln zu verstehen noch ausschließlich der Erwerb und die Anwendung wissenschaftlich-analytischer Fertigkeiten. Viertens: Ausbildung für so verstandene gesellschaftliche Praxis heißt statt dessen Vermittlung der im jeweiligen Praxisbereich notwendigen technischen, bei gleichzeitiger Analyse des geschichtlichen Ursprungs und der theoretischen Ableitung dieser juristischen Form sowie der gesellschaftlichen und

politischen Funktion ihres Anwendens in spezifischen Situationen."

Es folgen dann die Vorstellungen der Universität zur Ausbildung selber, zur Einheitsausbildung, zur möglicherweise auch projektbezogenen Ausbildung, wie wir sie zur Zeit auch insbesondere in unserer Kommission in Verbindung mit dem Unterausschuß der Deputation erörtern. Ich darf darauf hinweisen, daß nicht letzten Endes die Universität die Justizausbildungsordnung bestimmt, sondern daß das die Deputation und die Bürgerschaft machen.

Ich meine daher, daß die Angriffe, die von seiten der CDU gegen diese Thesen geführt werden, neben der Sache liegen. Einmal binden sie nicht, zum anderen liegt die Festlegung der juristischen Ausbildung ausschließlich in Händen des Staates, das heißt der Justizverwaltung und dieses Gremiums hier, der Bürgerschaft. Selbstverständlich — und das ist gestern in der Unterausschußsitzung der Justizdeputation herausgekommen — wird die Universität bei diesen Beratungen beteiligt sein. Es muß sich eben in dieser Kommission herausstellen, ob man die richtigen Argumente hat, wer die richtigen Vorstellungen zu enwickeln in der Lage ist.

Ich meine, daß auch die Sozialdemokratie hier ein Argument einführen kann, das gerade von Herrn Klein hier zwar nicht bestritten, aber so dargestellt wurde, als würde die Sozialdemokratie in der Entwicklung der Universität einer Richtung Vorschub leisten, die unsere Demokratie gefährden könnte. Ich darf in diesem Zusammenhang die Postulate darstellen, die von der AsJ, das heißt, dem Bundesvorstand des Arbeitskreises sozialdemokratischer Juristen, entwickelt und beschlossen wurden. Sie sind nur ganz kurz. Ich darf nochmals mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren. Ich darf dabei mit Nachdruck darauf hinweisen, daß wir vom Grundsatz her als SPD-Fraktion uns hinter diese Thesen stellen, wenngleich in dieser oder jener Form durchaus in der Diskussion in der Justizdeputation und ihrer Unterkommission abweichende Meinungen vertreten werden können. Aber den Grundsatz vertreten auch wir. Es heißt hier:

„Der Jurist ist der Garant des freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates." Ich meine, Herr Klein, daß damit hinreichend deutlich gemacht wird, daß nicht das richtig ist, was Sie gesagt haben, sondern das, was Herr Franke schon versucht hat darzustellen, losgelöst von allen Emotionen, die Sie beide hier möglicherweise hineingetragen haben.

„Der Jurist ist der Garant des freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Seine Ausbildung muß von den Verfassungsgrundsätzen dieses Staates geprägt sein." Formulierung des Bundesvorstandes sozialdemokratischer Juristen! Es heißt dort weiter: „In der modernen Gesellschaft steigen die Anforderungen an die fachliche Kompetenz und Wirklichkeitskenntnis der Juristen beständig. Die Ausbildung muß den Juristen daher umfassender und intensiver auf seine spätere berufliche Tätigkeit vorbereiten, als dies im bisherigen System möglich war. Bloßes Fachwissen und die Kenntnis der Techniken der Gesetzesanwendung befähigen den Juristen noch nicht, seine Funktion sachgerecht zu erfüllen. Er muß die Fähigkeit erwerben, die politischen und sozialen Voraussetzungen und Folgen rechtlicher Regelungen sowie die politische Bedeutung der juristischen Fakten zu erkennen und den gewonnenen Einsichten gemäß zu handeln. Die Juristenausbildung darf nicht bloß technisch-funktionale Rationalität vermitteln, sondern soll zur emanzipativ-kritischer Rationalität hinführen. Der Jurist kann sich nur dann bewußt für den sozialen Fortschritt einsetzen, wenn er sich nicht als Schutzmacht etablierter Gruppen und Interessen versteht, sondern zu kritischer Reflektion überkommener Denkankätze sowie rechtlicher und rechtspolitischer Wertungen befähigt ist."

Soweit der Bundesvorstand der sozialdemokratischen Juristen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Kahrs, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Abg. **Kahrs** (SPD): Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kahrs, sind Sie denn nicht mit mir der Auffassung, daß diese Erklärung, die Sie eben zitiert haben, in einem kontradiktorischen Widerspruch steht zu der einstimmig gefaßten Entschließung des Gründungssenats, wonach Recht und Juristen im Dienst der herrschenden Interessen instrumentalisiert seien?

Abg. **Kahrs** (SPD): Herr Klein, man kann über diese Formulierung der Universität sehr wohl streiten. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß man selbst bei negativster Auslegung, wenn man diese Sätze problematisiert, durchaus zu Erkenntnissen kommen kann, die unserer heutigen Demokratie angemessen sind und die nicht in die Ecke hineinführen, in die sie bestimmte Kreise der Universität versucht haben hineinzudrängen. Ich persönlich bin der Auffassung, daß zum Beispiel Dinge im bürgerlichen Recht durchaus von diesen Thesen abgedeckt sind. Wenn Sie zum Beispiel an die Frage der Geschäftsbedingungen denken, mit der die Macht des Kapitals in der Lage ist, dem Kleinbürgertum — ich versuche jetzt auch, es thesenhaft darzustellen — ihre Vorstellungen aufzudrücken. Denken Sie doch nur an die Vereinbarung von Zuständigkeitsregelungen! Ich bin der Auffassung, daß auch das ein Faktor ist, der von dieser These abgedeckt wird. Ich meine aber, um Mißdeutungen zu vermeiden, sollten wir diese Erklärung, wie sie hier in dieser These enthalten ist, herausnehmen. Mißdeutungen, wie Sie sie hier heute vorgenommen haben — —

(Zuruf des Abg. Dr. Zander [CDU])

Herrschende Klassen? Unter herrschenden Klassen versteht man doch auch wohl, Herr Dr. Zander, das Kapital, oder nicht?

(Abg. K l e i n [CDU]: Dann müssen Sie erst mal Herrn Gottschalch lesen!)

Herr Klein, ich bin nicht immer bereit, Ihren Thesen zu folgen, ich entwickle meine eigenen. Ich meine daher, daß vor diesem Hintergrund, so, wie ich versucht habe, es darzustellen, der Antrag der CDU von uns keine Billigung finden kann. Aus diesem Grund haben wir unseren Änderungsantrag eingebracht, dem wir Sie bitten, Ihre Zustimmung zu geben. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Debatte sind heute sehr viele historische Rückgriffe vorgenommen worden bis auf Marx und Lenin und bis auf Roland Freisler. Sie werden vielleicht Verständnis dafür haben, daß ich diese historischen Rückgriffe nur am Rande betrachten möchte, denn ich möchte nicht dazu beitragen, daß die Diskussion, die Debatte in diesem Hause erneut in eine ideologische Form hinein abrutscht.

Der FDP-Fraktion geht es vorrangig darum — das hat sie vor vier Wochen schon erklärt —, daß der Satz, der hier schon verschiedentlich angeführt wurde in dem Antrag der CDU-Fraktion, und der ja nun auch in dem nun veränderten Änderungsantrag der SPD-Fraktion steht, daß dieser Satz von uns aus nicht akzeptiert werden kann und daß er nach unserer Auffassung nicht in diese Thesen zur Juristenausbildung gehört. Wir meinen, daß ein solcher Satz außerdem, da er immerhin zu sehr vielen Mißverständnissen Anlaß bieten könnte — das sollten die Verfasser solcher Maximen einmal bedenken: für die Zukunft ist das vielleicht einmal ganz nützlich —, eine Herausforderung darstellen könnte an alle tätigen Juristen.

Wir meinen allerdings auch — und da stimme ich Herrn Kollegen Kahrs zu —, daß die Hochschule nicht allein über die künftige Juristenausbildung zu bestimmen hat, sondern daß dies nur erfolgen kann in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Instanzen des Staates und denen der Hochschule. Wir würden uns dabei wünschen, daß anders als insbesondere in den letzten Wochen, ich habe das wiederholt zum Ausdruck gebracht, eine Art und Weise im Umgang seitens gewisser Vertreter der Universität — ich will nicht sagen, die Universität, weil man da differenzieren muß —, im Umgang also mit den Instanzen der parlamentarischen Demokratie eine Änderung erfährt. Denn nur so, meine ich, und das meint die FDP-Fraktion ebenfalls, besteht noch eine Chance, diese Reformuniversität in Bremen vor dem Schlimmsten zu bewahren, nämlich in die Ideologie abzusinken und sie zu einer echten Reformuniversität zu machen. Das war ja bekanntlich auch die Absicht der Väter des „Bremer Modells".

Ich glaube, es ist in diesem Zusammenhang angesichts der heutigen Diskussion hier im Parlament nötig, einmal einen Vergleich anzustellen, daß solche Thesen, wie sie hier heute auf der Tagesordnung stehen, daß solche Maximen sehr viel Verwirung anstiften können. Genauso, wie es also unseres Erachtens für die Juristen eine Herausforderung darstellt, löst es zum Beispiel in der bremischen Lehrerschaft Unruhe aus und zumindest sehr viel Mißverständnis, wenn man von den verschiedensten Vertretern der Universität immer mal wieder vernimmt — ich habe das wiederholt selbst gehört —, die heutige Lehrerschaft ist eigentlich gar nicht in der Lage, die Aufgaben, die ihr in der Schule gestellt sind, zu lösen, weil ihr das nötige „richtige Bewußtsein" fehlt.

Das ist eine ähnliche These. Ich halte es, und ich sage es noch einmal, im Interesse einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen den Instanzen einer parlamentarischen Demokratie, sei es nun die Legislative oder die Exekutive, für notwendig, daß solche Dinge unterbleiben, weil sie nämlich nicht dazu beitragen, das Ziel, eine moderne Lehrerausbildung, eine moderne Juristenausbildung oder was sie auch immer sonst nehmen wollen, im Zeitalter der Reformen herbeizuführen, sondern weil sie dann nur zu einer Verengung des Blickwinkels führen kann. Das als eine vergleichende Betrachtung hierzu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir würden es begrüßen, wenn in diesem Hause für den Änderungsantrag, den der Herr Kollege Kahrs eben eingebracht hat, und das ist unser Motiv, weshalb wir ihm zustimmen, eine große Mehrheit zustande käme, weil nur auf diesem Wege — das ist nun eine Überlegung der praktischen Vernunft — diese inkriminierte Maxime aus dieser These 2 der Juristenausbildung herauskommen kann. Wir glauben auch, daß es nicht möglich ist, in wenigen Monaten ein Modell für die Juristenausbildung in Bremen, sei es noch so modern, zu erstellen, sondern daß man dafür einen längeren Zeitraum braucht. Ich glaube, diese Einsicht wird sich allmählich auch bei denjenigen Vertretern der Universität durchsetzen, die das bisher vielleicht noch geglaubt haben sollten.

Es existiert inzwischen eine Kommission, die von der Deputation für Justiz und Gefängniswesen beauftragt ist, die in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Hochschule hier weitere Arbeit zu leisten hat. Geschäftsordnungsmäßig ist es nicht möglich, da es sich um einen Entschließungsantrag handelt, einen Überweisungsantrag an die Justizdeputation mit der Maßgabe, das der Arbeitskommission zu überweisen, hier heute zu stellen. Das ist eben bei einer Entschließung nicht möglich. Ich möchte deswegen im Namen der FDP-Fraktion von hier aus die Erwartung aussprechen, daß das den Weg nimmt

in die Kommission, die von der zuständigen Deputation beauftragt wurde.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, abschließend eine Bemerkung machen zu der doch stark in die Polarisierung übergegangenen Debatte von vorhin: Ich habe vorhin gesagt, ich will nicht Marx und Freisler bemühen, und ich meine, das hilft uns auch in dieser Debatte nicht weiter. Man sollte aber eines bedenken: Es führt in der Tat — und das ist jetzt ein Wort, das ich an die Kollegen in der SPD-Fraktion richte, und ich habe Verständnis dafür, wenn sie sich voller Empörung dagegen verwahren, daß man sie mit Marxisten/Leninisten gleichsetzt —, es führt für mich, das ist ein historischer Vergleich, ein gerader Weg von dem SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher, der in der Tat uns alle davor bewahrt hat, daß es in der Bundesrepublik Deutschland eine Sozialistische Einheitspartei gibt, bis zu dem Münchener Oberbürgermeister Vogel. Auch er hat Gefahren gesehen, die sich zweifellos ergeben, und nicht nur die SPD, auch andere Parteien haben sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Wir in der FDP haben durchaus unsere Erfahrungen.

Wir meinen also, es ist nötig, daß Demokraten dort, wo es sich als notwendig herausstellt, auch über Parteigrenzen hinweg, sich gegen den elitären Anspruch derjenigen zur Wehr setzen, die glauben, nur sie hätten recht, weil sie nämlich aufgrund einer „Diesseitsreligion" allein im Besitz der Wahrheit seien. Gegen diesen Anspruch, von woher er auch immer kommen mag, wehren wir uns, und wir würden auch hoffen, daß diejenigen im Bereich der Universität, im Gründungssenat oder in den Planungskommissionen, ebenfalls an die Stelle der Ideologie, die durchaus bei einer Reihe von Vertretern immer noch vorherrscht, das pragmatische Denken und Handeln treten lassen. In diesem Sinne, glaube ich, haben die Vertreter der demokratischen Parteien eine Aufgabe für die parlamentarische Demokratie. Sie sollten sie wahrnehmen, und sie sollten sich auch nicht scheuen, dies dort klar und deutlich auszusprechen, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag abstimmen. Das ist ein Änderungsantrag zu einer Entschließung.

(Z u r u f von der CDU: Das gibt es nicht!)

Meine Damen und Herren, wo steht das? Wo steht das, daß es keine Änderung zu einer Entschließung gibt?

(Z u r u f e von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Dinge nicht komplizierter machen als sie sind. Ich habe nicht die Absicht, den Änderungsantrag zu der Entschließung zu verlesen. Wenn Sie den Wunsch haben, zur Geschäftsordnung zu sprechen, so bitte ich Sie, das jetzt zu tun.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der Ansicht, es liegen hier zwei Entschließungen vor. Über diese Entschließungen müßte doch einzeln abgestimmt werden. Das ist ein ganz einfaches Verfahren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Sieling, warten Sie doch erst einmal ab, was ich sagen will. Ich habe die Form beanstandet, wie Herr Kahrs es eingangs vorgetragen hat, weil das kein Änderungsantrag war. Jetzt lautet der Änderungsantrag:

Änderungsantrag der SPD- und FDP-Fraktion zum Antrag Nummer 521: Der vorliegende Antrag wird wie folgt geändert:

a) Im ersten Satz wird hinter den Worten „Universität Bremen dient" eingefügt „folgende Maxime in den"

b) Der zweite Satz von: „das gilt bis ... verabschiedeten Maxime" wird gestrichen.

Das ist eine Änderung zum Antrag Nummer 521.

(Z u r u f e von der CDU)

Also, Herr Dr. Cassens, wir wollen uns doch hier nicht über solche Dinge streiten. Es ist eine Änderung zu einer Entschließung, und ich lasse jetzt über diese Änderung zu der Entschließung abstimmen.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die von Herrn Dr. Sieling vorgetragene Auffassung kurz erläutern und begründen, daß es sich hier um zwei qualitativ verschiedene Entschließungen handelt.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das hat ja keiner geleugnet, daß es sich um zwei verschiedene Entschließungen handelt. Es ist lediglich eine Änderung da. Wäre kein Unterschied da, wäre eine Identität gegeben, würde ja die ganze Angelegenheit nicht da sein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, darf ich in dem Versuch zur Erläuterung und zur Begründung fortfahren?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Unser Entschließungsantrag beinhaltet die Ablehnung der vom Gründungssenat beschlossenen Thesen zur Juristenausbildung. Basis dieses Papiers ist die Maxime, die auch von Ihnen

abgelehnt wird. Wir lehnen mehr ab, und wir möchten durch Abstimmung zum Ausdruck bringen, daß wir das tun. Deswegen können wir uns mit diesem Verfahren nur dann einverstanden erklären, wenn unser weitergehender Entschließungsantrag als erster zur Abstimmung gestellt wird. Wenn der Herr Präsident den Änderungsantrag zu einer Entschließung, der in der Geschäftsordnung gar nicht vorgesehen ist, zuerst zur Abstimmung stellt, wäre unser viel weitergehender Entschließungsantrag aufgezehrt, und die CDU-Fraktion hätte nicht mehr die politische Möglichkeit, eine wichtige politische Gestaltung durch Abstimmung vorzunehmen. Es kann nicht Aufgabe der Geschäftsordnung sein, uns daran zu hindern. Ich bitte also, Herr Präsident, zu berücksichtigen, daß es Änderungsanträge nur zu Sachanträgen gibt, nicht zu Entschließungen, und unsere Entschließung zuerst zur Abstimmung zu stellen ist.

Hinzu kommt nämlich noch folgendes: Sollte das Haus unserem Entschließungsantrag nicht zustimmen, werden wir selbstverständlich dem Minimalantrag zustimmen, nämlich Ihrem Änderungsantrag, weil wir ja auch daran interessiert sind, daß die Basis dieses Papiers beseitigt wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, zu dieser Geschäftsordnungsfrage habe ich folgendes zu sagen:

Gemäß Paragraph 31 der Geschäftsordnung Absatz 6 ist der Oberbegriff Anträge. Dieser Begriff subsimiert den Begriff Entschließungen. Wir haben im Vorstand darüber zu entscheiden, ob es ein Entschließungsantrag oder ein anderer Antrag ist. Gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung Absatz 4 sind Änderungsanträge vor dem Hauptantrag zur Abstimmung zu bringen. Das soll hier geschehen. Im übrigen verweise ich auf Paragraph 71 der Geschäftsordnung: Bei Zweifelsfragen ist der Geschäftsordnungsausschuß anzurufen. Das stelle ich anheim.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen abstimmen.

Meine Damen und Herren, wer für den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Antrag Nummer 521 ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und NPD)

Der Änderungsantrag ist angenommen.

Ich lasse jetzt über den Antrag insgeamt abstimmen.

Wer für den jetzt so geänderten Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die so geänderte Entschließung.

(Einstimmig)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt eine Frage an das Haus. Wir haben 18 Uhr 10. Wir haben noch eine Reihe von Punkten vor uns, die eine Debatte auslösen werden, und zwar käme jetzt Bericht des Senats über den Vollzug und die Kosten der Fachhochschulen. Ich vermute, daß es da eine Debatte gibt. Zweitens: Gesetz zur Änderung der Landesverfassung, und dann einige Wahlen. Wie ist die Meinung des Hauses über die terminliche Gestaltung des heutigen Abends?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Bis 19 Uhr!)

Ist die Meinung, daß wir heute um 19 Uhr Schluß machen?

(Zurufe: Jawohl!)

Das würde heißen, daß die nicht erledigten Tagesordnungspunkte morgen im Landtag behandelt werden. Ist das die Meinung des Hauses?

(Abg. Fischer [CDU]: Die Wahlen sollten wir noch durchführen!)

Die Wahlen sollen heute noch durchgeführt und die beiden Punkte, die eine Debatte auslösen, sollen ausgesetzt werden?

(Zurufe: Jawohl!)

Auch wenn wir vor 19 Uhr fertig werden?

(Abg. Fischer [CDU]: Nein, dann mit Punkt 13 anfangen!)

Also dann werden wir jetzt die Wahlen durchführen und dann mit Punkt 13 beginnen. Ich stelle fest, daß wir jetzt also die Wahlen vorziehen werden und dann mit dem Punkt 13 fortfahren.

Wahl eines Mitglieds des nichtständigen Ausschusses zur Überprüfung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Radio Bremen"

Als Nachfolger von Frau Dr. Wolff schlägt die CDU-Fraktion für dieses Mandat den Abgeordneten Günter Klein vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation durchführen.

Ich höre keinen Widerspruch und stelle damit das Einverständnis der Bürgerschaft (Landtag) fest.

Wer den Abgeordneten Günter Klein anstelle von Frau Dr. Johanne Wolff in den nichtständigen Aus-Ausschuß zur Überprüfung des Gesetzes über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Radio Bremen" wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

Die vorschlagsberechtigte SPD-Fraktion schlägt für dieses Mandat die Abgeordnete Christel Böttcher vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation durchführen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wer die Abgeordnete Christel Böttcher in die Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Für dieses Mandat schlägt die SPD-Fraktion den Abgeordneten Karl Heiber vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation durchführen.

Ich höre keinen Widerspruch und stelle fest, daß die Bürgerschaft (Landtag) mit dieser Regelung einverstanden ist.

Wer den Abgeordneten Karl Heiber als stellvertretendes Mitglied des Wahlprüfungsgerichts wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der Finanzdeputation durch die Bremerhavener Bürgerschaftsmitglieder

Infolge des Todes des Abgeordneten Eilers ist eine Nachwahl in die Finanzdeputation erforderlich. Die SPD-Fraktion schlägt für die Ersatzwahl den Abgeordneten Friedrich Pöting vor.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation durchführen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Ich mache darauf aufmerksam, daß sich an dieser Abstimmung nur die Bremerhavener Abgeordneten beteiligen dürfen.

Wer den Abgeordneten Friedrich Pöting in die Finanzdeputation wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordneten wählen den Abgeordneten Pöting in die Finanzdeputation.

(Einstimmig)

Antrag: Bericht des Senats über den Vollzug und die Kosten des verabschiedeten Gesetzes über die Fachhochschulen (Drucksachenabteilung II Nr. 528)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Oberregierungsrat Dücker.

Der Antrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er ist gedruckt an die Abgeordneten verteilt worden.

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Beschluß der Bürgerschaft (Landtag) vom 24. 6. 1970, mit dem die vormaligen Akademien in den Rang von Fachhochschulen angehoben worden sind, zu vollziehen und der Bürgerschaft kurzfristig über die mit diesem Vollzug entstehenden zusätzlichen Kosten in den Haushalten 1972/73 zu berichten."

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen aus dem Mund des Vorsitzenden des nichtständigen Ausschusses für die Fachhochschulen, Herrn Kollegen Ströh, einen Situationsbericht über die derzeitige Lage an den Fachhochschulen erhalten, in dem

*) Vom Redner nicht überprüft.

dargestellt wird, wie die jetzige Lage ist und was getan werden muß.

Bereits im vorigen Jahr und während der Vorbereitung des Gesetzes über die Fachhochschulen der Freien Hansestadt Bremen hatten wir in dem nichtständigen Ausschuß immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Umbenennung der Akademien zu Fachhochschulen, wenn sie sinnvoll sein soll, auch den Weg öffnen müsse für ein Hineinwachsen dieser Fachhochschulen in den Gesamthochschulbereich, der sich hier in Bremen entwickelt. Und das würde nicht nur eine Umstrukturierung des Studiums bedeuten, sondern das würde auch bedeuten, daß die Dozenten an diesen Fachhochschulen Hochschullehrer nach dem neuen Gesetz sein würden und daß das dann auch sachliche und finanzielle Kosten nach sich zieht.

Wir haben bereits im vorigen Jahr in einer Anfrage wegen der Kosten für die Hochschulen und die Universität vom Senat eine Antwort erhalten, in der er darauf hinweist, daß diese Kostenentwicklung noch nicht abgesehen werden könne und daß die Entwicklung der Fachhochschulen in Bremen nicht unabhängig von der Entwicklung der Fachhochschulen in den übrigen Bundesländern gesehen werden könne. Wir sind aber der Auffassung, daß das Gesetz vom 30. Juni 1970, das im Paragraphen 1 die Stellung und Aufgabe der Fachhochschluen für Gestaltung, Nautik, Sozialpädagogik, Sozialökonomie, Technik und Wirtschaft regelt, besagt, daß diese Fachhochschulen der Lehre und der Weiterbildung dienen. Und nun kommt ein entscheidender Satz: „Sie vermitteln eine Bildung auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage".

Damit haben wir den Fachhochschulen einen wissenschaftlichen Charakter verliehen. Deshalb muß auch zwangsläufig dieses Gesetz Folgekosten nach sich ziehen dergestalt, daß a) mehr Dozenten an diese Fachhochschulen geholt werden und daß die Dozenten an diesen Fachhochschulen genau wie die ehemaligen Dozenten der Pädagogischen Hochschule zu Professoren gemacht werden und in die H-3- beziehungsweise- H-4-Besoldung überführt werden, wenn überhaupt dieses Gesetz einen Sinn haben soll. Wir können uns nicht damit begnügen, meine Damen und Herren, daß die Akademien nur umbenannt werden, sondern wir müssen den Auftrag, den dieses Haus mit diesem Gesetz den Fachhochschulen zugewiesen hat, nämlich sich zu einer Fachhochschule, zu einer Hochschule zu entwickeln, die hineinwachsen soll in den Gesamthochschulbereich, erfüllen und erkennen, daß das personelle und finanzielle Konsequenzen nach sich zieht.

Auch im Hochschulrahmengesetz, das von der Bundesregierung vorgelegt worden ist und im Bundesrat in erster Lesung bereits Zustimmung gefunden hat, sind die Hochschulen nicht nur Universitäten oder diejenigen, die durch ein Landesgesetz den wissenschaftlichen Status verliehen bekommen haben, sondern im Paragraphen 1 des Regierungsentwurfs des Hochschulrahmengesetzes, aber auch im Entwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden alle Hochschulen, wie Universitäten, Technische, Pädagogische, Philosophische, Sporthochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen gleichrangig aufgeführt, und demnach sind sie auch gleichrangig zu bewerten in der personellen und sachlichen Ausstattung.

Wir sind der Meinung, daß man diese Dinge nicht in die Zukunft hinein projizieren kann und den Fachhochschulen sagt, wartet erst einmal ab, bis wir ein Gesamthochschulgesetz geschaffen haben, sondern wir müssen bereits jetzt die Fachhochschulen personell und finanziell und sachlich in die Lage versetzen, damit sie die ihnen nach diesem Gesetz, das wir hier verabschiedet haben, zugewiesenen Aufgaben auch erfüllen können. Nicht nur der nichtständige Ausschuß, sondern alle Fraktionen, die sich mit dem Problem der Fachhochschulen beschäftigt haben, haben erfahren, daß in diesem einen Jahr sich die Arbeit verdoppelt, verdreifacht hat, weil die Fachhochschulen nach diesem Gesetz neue Aufgaben zugewiesen bekommen haben, daß sie aber aus personellen und sachlichen Schwierigkeiten nicht in der Lage sind, den ihnen vom Gesetz obliegenden Auftrag nachzukommen.

Wir möchten gern dieses Haus auffordern, sich unserem Antrag anzuschließen, daß der Senat durch diesen Antrag nicht nur verpflichtet wird, das Fachhochschulgesetz in seinen sachlichen und personellen Konsequenzen zu vollziehen, sondern uns auch darlegt, welche Folgekosten sich heute absehen lassen und was für 1972 und 1973 erforderlich ist, um die Fachhochschulen des Landes Bremen die Aufgaben durchführen lassen zu können, die sie als Hochschulen von uns bekommen haben.

Es ist nach meiner Auffassung auch falsch, darauf zu verweisen, daß ja die Fachhochschulen, wenn sie räumlich eingegliedert werden, unmittelbar in diese entstehende Universität integriert werden könnten. Die Fachhochschulen haben einen eigenen Charakter, einen eigenen spezifischen Auftrag, und zur Erfüllung dieses spezifischen Auftrags benötigen sie jetzt schon die notwendigen finanziellen und personellen Ausstattungen, die notwendig sind, damit sie den Gesetzesauftrag erfüllen können. Es ist in sich doch falsch, wenn auf der einen Seite alle Mittel für die Universität durch schnelle Beschlüsse im Haushaltsausschuß, in der Finanzdeputation nachbewilligt, vorbewilligt werden, während wir für die Fachhochschulen, die seit zwanzig, dreißig Jahren und noch länger hier existieren, ihre Qualität nachgewiesen haben, immer wieder darauf hinweisen, daß das Land finanziell nicht in der Lage sei, den Bedürfnissen dieser Fachhochschulen nachzukommen.

Ich möchte nicht, daß sich hier wiederholt, was sich auf dem Sektor der allgemeinbildenden Schulen gelegentlich abzeichnet, nämlich daß man um des Zieles der Gesamtschule wegen die bestehenden Schulen nicht finanziell so an der Finanzmasse beteiligt, wie es notwendig wäre, um personell und sachlich in die Konkurrenz zur Gesamtschule zu

treten. Ich möchte, und das möchte auch die CDU-Fraktion, daß die Fachhochschulen möglichst schnell in die Lage versetzt werden, als Fachhochschulen ihrem spezifischen Auftrag nachzukommen, und daß der Senat nicht nur dieses Gesetz hinnimmt als von der Bürgerschaft beschlossen, sondern — nicht nur der Empfehlung des nichtständigen Ausschusses folgend — sich daranmachen muß, die Konsequenzen aus diesem Gesetz zu ziehen, und daß er möglichst schnell die personelle und sachliche Ausstattung der Fachhochschulen verbindlich zusagt, damit auch die Fachhochschulen absehen können, wann sie in die Lage versetzt werden, ihren Aufgaben nachzukommen.

Wir haben heute morgen eine Entschließung vorgefunden, daß ein Teil der Dozenten an der Wirtschaftshochschule sich nicht mehr in der Lage sieht, die ihnen im Gesetz zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der Vollversammlung und der anderen Organe ihrer Fachhochschule nachzukommen. Wir wissen, daß Überstunden an der Tagesordnung sind. Wir wissen, daß Studenten vor den Toren unserer Fachhochschulen stehen, daß wir nicht genügend Plätze haben, um die Aufnahmewünsche zu befriedigen. Wir wissen aber auch, daß wir personell nicht genügend Stellen haben, damit die Fachhochschulen wirklich den Namen Fachhochschulen verdienen. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es nicht in diesem Jahr eine Wahl zur Bremischen Bürgerschaft geben würde, dann könnte ich Ihren Antrag, den Sie, Herr Kollege Dr. Sieling mit Unterstützung Ihrer Fraktion gestellt haben,

(Abg. Schepers [CDU]: Unterstützen!)

auch nach der von Ihnen, Herr Kollege Schepers, vorgetragenen Begründung nicht verstehen. Aber es scheint wohl in der Fraktion nur noch nach der Devise zu gehen: „Die Wahl heiligt alle Mittel".

(Widerspruch bei der CDU)

Das führt dann eben dazu, meine Damen und Herren, daß sich offensichtlich die Sachkenner, zu denen ich auch den Kollegen Schepers zähle, in Ihrer Fraktion nicht durchsetzen können und von Ihrer Wahlpropaganda rücksichtslos untergepflügt werden.

(Erneuter Widerspruch bei der CDU)

Denn, meine Damen und Herren, davon kann man doch wohl ausgehen, daß nach Abschluß der Arbeit im nichtständigen Ausschuß zur Vorbereitung eines Fachhochschulgesetzes, der im Anschluß daran auch den Bericht über die Lage an den Fachhochschulen im Land Bremen einstimmig verabschiedet hat, und den ich heute morgen dem Haus vortragen konnte, Ihre Sachverständigen, auf die Sie nun einmal nicht hören wollen, meine Damen und Herren von der CDU, folgendes gesagt haben: Mit der Verabschiedung des Fachhochschulgesetzes am 24. 6. 1970, an dessen Wortlaut Ihre Vertreter der Fraktion der CDU und auch Sie, Herr Kollege Schepers, doch sehr sachverständig mitgearbeitet haben, ist den Fachhochschulen der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen und damit das Recht der Selbstverwaltung übertragen worden. Dem Senat ist aus diesem Grund, und das wissen natürlich die Sachverständigen Ihrer Fraktion auch, nur noch die Rechtsaufsicht belassen worden. Der Senat hat also nur noch das Recht, zu prüfen, ob sich die Fachhochschulen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bewegen. Solange das geschieht, gibt es für den Senat nichts — um mit den Worten Ihres Antrags zu sprechen — zu vollziehen.

Ferner sieht das Gesetz ganz bestimmte Wechselbeziehungen zwischen Senat und Fachhochschule auf genau fixierten Sachgebieten vor. Diese Wechselbeziehungen sind geregelt im Paragraphen 2 Absatz 3, im Paragraphen 3 Absatz 2, im Paragraphen 5 Absatz 1, im Paragraphen 8 Absatz 1 und 3, im Paragraphen 9 Absatz 2 und 3. Bei diesen Wechselbeziehungen ist der Senat auf entsprechende Reaktionen der Fachhochschulen angewiesen. Dazu hat Herr Senator Thape schon einmal Ausführungen vor diesem Hause gemacht. Ich hätte dem eigentlich nichts hinzufügen brauchen. Aber das alles haben natürlich auch Ihre Sachverständigen gewußt. Leider konnten sie sich anscheinend in Ihrer Fraktion nicht durchsetzen.

(Widerspruch bei der CDU)

Ja, das muß man immer wieder betonen, damit die Öffentlichkeit auch einmal weiß, wieweit überhaupt bei Ihnen sachverständige Argumente berücksichtigt werden.

(Erneuter Widerspruch bei der CDU)

Darf ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU, schließlich nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Fachhochschulen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung nach Paragraph 5 des Fachhochschulgesetzes ihren Haushalt aufstellen! Nach dem Protokoll vom 19. März 1971 der Deputation für Kunst und Wissenschaft ist das auch geschehen. Dieser Deputation gehören natürlich auch Vertreter Ihrer Fraktion an, meine Damen und Herren von der CDU, aber anscheinend bewerten Sie die Tätigkeit der Deputationen nicht besonders hoch. Herr Kollege Dr. Cassens hat ja entsprechende Ausführungen in der letzten Bürgerschaftssitzung gemacht.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist auch problematisch!)

Ob sie problematisch sind oder nicht, ist eine ganz andere Frage, aber immerhin sollte man doch davon

ausgehen, Herr Dr. Sieling, daß die Leute, die Sie in die Deputation entsenden, im Namen Ihrer Fraktion sprechen.

Darüber hinaus ist der Deputation für Kunst und Wissenschaft unter dem 14. Oktober die Vorlage Nummer 163 zugegangen, die den Deputationsmitgliedern einen Überblick über die anfallenden Kosten für die Fachhochschulen gibt. Ebenfalls auch Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion! Ferner darf ich auf die Drucksache 119 der Drucksachenabteilung I vom 25. 7. 1970 hinweisen, die allen Mitgliedern des Hauses vorgelegen hat. Nach alledem ist mir wirklich nicht klar, was denn noch geschehen muß, um die bei der CDU anscheinend immer noch bestehende Informationslücke zu schließen.

Schließlich haben wir heute morgen einen sehr eingehenden Bericht des nichtständigen Ausschusses zur Kenntnis genommen, in dem wir auch mit Ihrer Stimme, Herr Kollege Schepers, und den übrigen Mitgliedern Ihrer Fraktion auf die Problematik der Fachhochschulen hingewiesen haben, die sich insbesondere auch im Zusammenhang mit der Universität ergibt und daß der Ausschuß empfohlen hat, keine Entscheidungen zu treffen, die den Weg zur Gesamthochschule verbauen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben an dieser Stellungnahme tatkräftig und sachverständig, wie ich gern zugebe, mitgearbeitet.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Ströh, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Sieling zu beantworten?

Abg. **Ströh** (SPD): Wenn ich sie beantworten kann, bitte.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Kollege Ströh, ist es Ihnen gelungen, aus einem einzigen der hier aufgezählten Papiere schließen zu können, daß die Bremer Fachhochschulen personell und materiell so ausgestattet sind, daß man sie zu Recht als Fachhochschulen bezeichnen kann?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das hat er ja heute morgen berichtet!)

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Dr. Sieling, darf ich Sie noch einmal auf den Ausschußbericht, den ich heute morgen vorgetragen habe, hinweisen?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ja, darum geht es doch!)

Darf ich Sie weiterhin auf die sehr eingehenden Diskussionen in der Deputation für Kunst und Wissenschaft, der Sie ja auch angehören, Herr Dr. Sieling, aufmerksam machen, in der wir gemeinsam versucht haben, die Anforderungen, die von den Fachhochschulen — aus Ihrer Sicht, mit Recht — an uns gestellt wurden, in ein angemessenes Verhältnis zu den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu bringen. Das wissen Sie genauso wie ich, Herr Dr. Sieling. Deshalb zielt Ihr Antrag meines Erachtens ins Leere, weil er unterstellt, daß kein Mitglied Ihrer Fraktion entsprechend informiert worden ist. Und das ist nicht der Fall. Sie haben genauso die Informationen erhalten wie wir alle in diesem Haus. Deshalb, so meine ich, ist dieser Antrag unbegründet. Aber, wie gesagt, wir haben im Oktober Wahlen!

(Abg. Filzen [CDU]: Das sagten Sie schon häufiger!)

Nur deshalb ist manches, was aus Ihren Reihen kommt, verständlich. Ich glaube, dieser angebliche Mangel an Information oder das Nichtzurkenntnisnehmen der Informationen wird uns wohl bis zur Wahl immer wieder von Ihnen vorgespielt werden, Herr Dr. Sieling.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Dann sehen wir den Erich nicht wieder!)

Aber ich meine, wir sollen abwarten, wie die Bevölkerung im Oktober auf Ihre Haltung reagiert. Wir können vor der Wahl leider die CDU nicht daran hindern, immer wieder solche Anträge zu stellen. Gleichwohl sollte doch darauf hingewiesen werden, daß sie nichts weiter als Wahlpropaganda sind, einzig und allein zum Fenster hinaus gesprochen. Deshalb, meine Damen und Herren, wird die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Cassens [CDU]: Er hat ja eine schöne Abschiedsrede gehalten!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! An sich wäre es ja verständlich gewesen, wenn nach dem einstimmig verabschiedeten Bericht keine neue Fachhochschuldebatte heute hier stattfände, aber sie ist wohl nicht zu vermeiden. Ich möchte mich auf folgende Bemerkung beschränken: Die FDP-Fraktion hat durch ihre Mitwirkung und die Zustimmung zu dem hier heute vorgelegten Bericht ihre Stellungnahme zum Fachhochschulwesen innerhalb eines zu schaffenden Gesamthochschulbereichs noch einmal, wie schon früher, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht.

Wir waren uns alle miteinander, auch die Kollegen aus der CDU-Fraktion, in diesem nichtständigen Ausschuß und bei mancher anderen Gelegenheit einig darüber, daß ein Gesamthochschulbereich, in dem die Fachhochschulen einen entscheidenden Raum einnehmen, mehr Geld kostet. Wir waren uns auch darüber klar, daß dieses Geld leider nicht von heute auf morgen aus der Tasche zu ziehen ist, wie man es vielleicht gern möchte. Hier wird es

*) Vom Redner nicht überprüft.

also Übergangslösungen geben müssen aus verschiedenen Gründen, nicht nur aus finanziellen. Darüber waren wir uns, wie gesagt, alle klar. Das Ziel muß — und das ist die Meinung der FDP im Bund und in den Ländern — die integrierte Gesamthochschule sein.

Nun kann man natürlich die Frage stellen, wieso hat denn die FDP-Fraktion oder eine andere Fraktion dieses Hauses, wie auch heute morgen im Bericht zum Ausdruck gekommen, noch nicht die Initiative ergriffen für ein Gesamthochschulgesetz in Bremen, und warum hat beispielsweise der nichtständige Ausschuß für ein Hochschulgesetz nicht inzwischen begonnen oder sich den Auftrag dieses Hauses geben lassen, ein Gesamthochschulgesetz auszuarbeiten. Wir haben seinerzeit davon Abstand genommen in diesem Ausschuß, wir haben auch gelegentlich im Fachhochschulausschuß darüber gesprochen, weil nämlich das Hochschulrahmengesetz sich in der Entwicklung befindet, weil es demnächst Gesetzeskraft haben wird, und weil nämlich dann auf dieser Grundlage des Hochschulrahmengesetzes es für Bremen zweckmäßiger ist, ein Gesamthochschulgesetz zu erarbeiten. Das ist der logische, der folgerichtige Weg, der, so glaube ich auch, von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, nicht bestritten wird.

Wir sind uns auch darüber im klaren, daß auf dem Weg dahin, bis zur Schaffung der integrierten Gesamthochschule, andere Formen, wie der kooperativen Form, im Anfang vielleicht auch der additiven Form oder der konsekutiven Form, oder was es auf dem Gebiet noch mehr geben mag, als Übergangslösungen in Kauf genommen werden müssen. Diese Übergangslösungen können nur für bestimmte Zeiträume in Frage kommen, wenn man das Beispiel der Pädagogischen Hochschule betrachtet, wo ein Zeitraum von fünf bis sechs Jahren als Übergangszeit voraussehbar ist für den Übergang der Lehrerbildung in die Universität, so kann man vielleicht hoffen, daß für die Fachhochschulen ein etwas kürzerer Zeitraum möglich sein wird.

Aber das weiß heute, glaube ich, noch niemand ganz genau, weil manches aus der Entwicklung nach Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes sich erst ergeben muß. Dazu gehört zum Beispiel, daß eine Landeshochschulkonferenz eingerichtet wird, nicht nur hier in Bremen, die mit der Bundeshochschulkonferenz und anderen Landeshochschulkonferenzen zusammenarbeitet. Ich denke im norddeutschen Raum dabei an eine norddeutsche Hochschulkonferenz der vier Küstenländer, wie sie in den Fachhochschulen bereits im Gespräch ist.

Diese Dinge sind auch finanziell von Bedeutung, weil nämlich durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche der Fachhochschulen in den verschiedenen Fachrichtungen — wir haben in Bremen fünf, in Hamburg sind es, wenn ich recht informiert bin, vierzehn, von den beiden anderen norddeutschen Küstenländern habe ich die Zahlen im Augenblick nicht gegenwärtig — es uns notwendig erscheint, daß Doppelinvestitionen vermieden werden, indem man sich durch die Zusammenarbeit im norddeutschen Raum, um den es vorrangig geht, gegenseitig unterrichtet. Davon wurde in der Vergangenheit viel zu wenig Gebrauch gemacht.

Wir meinen also, meine Damen und Herren, daß dieser Antrag der CDU-Fraktion in den Bereich der Haushaltsberatungen gehört, die am Ende dieses Jahres in diesem Haus stattzufinden haben und stattfinden werden. Sie sind von der CDU-Fraktion — Herr Kollege Ströh wies eben darauf hin — durch die Beratungen in der Deputation ja gewissermaßen schon vorbereitet, und es wird wohl dann noch manche Veränderung der Ansätze durch dieses Haus vorgenommen werden müssen, denn der bis dahin vorliegende Erfahrungsschatz wird bis dahin größer sein.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zum Abschluß noch folgendes sagen: Es kommt, so meinen wir, selbstverständlich darauf an, daß die Fachhochschulen räumlich, personell, finanziell gut ausgestattet sind. Dies wird leider von heute auf morgen nicht möglich sein, so gern man auch zwölf Stunden schon einführen möchte. Wir werden uns in der Übergangszeit auf achtzehn Stunden für die Pflichtstundenzahl der Dozenten an den Fachhochschulen beschränken müssen. Wir meinen also, die CDU-Fraktion wäre gut beraten gewesen, wenn das, was heute hier als Antrag vorliegt, für die Haushaltsberatungen dieses Jahres, für die kommenden zwei Jahre also, aufgehoben worden wäre. Wir sehen uns nicht in der Lage, diesem Antrag der CDU-Fraktion heute zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Nun hat das Wort der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal muß ich mein Bedauern ausdrücken, Herr Kollege Ströh, daß Sie nach dem 10. Oktober nicht mehr diesem Hause angehören.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben vielen Menschen in diesem Hause Freude bereitet.

Ich hätte gern gesehen, wenn Sie nicht nur das im Gesetz gelesen oder herausgestellt hätten, wo es darum geht, welche Aufsicht der Senat ausübt und welches Verhältnis zwischen Fachhochschule und Senat besteht. Ich hätte mir vorstellen können, daß Sie den Paragraphen 4 gelesen hätten, der die Rechtsstellung der Bediensteten regelt, die Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienst der Freien Hansestadt Bremen sind. Nach dem Besoldungs-, Beamten- und Laufbahnrecht gibt es kein eigenes Fachhochschullaufbahn- und -besoldungsrecht, es gibt nur ein einheitliches Beamten- und Besoldungsrecht im Land Bremen.

(Beifall bei der CDU)

Folglich steht es diesem Senat sehr wohl an, die personelle Ausstattung der Fachhochschulen so vorzunehmen, wie sie nach diesem Gesetz vorgesehen ist. Man kann es nicht abschieben auf diese Selbstverwaltung der Fachhochschulen. Am 21. April, Herr Kollege Ströh, war zum Beispiel Gelegenheit, die Dozenten der Fachhochschulen mit den Dozenten der Pädagogischen Hochschule gleichzustellen, sie zu überführen in die H-Besoldung. Sie haben das abgelehnt. Ich möchte einmal auf folgendes hinweisen: Im nichtständigen Ausschuß haben wir nach den Kosten gefragt. Sobald das Gesetz da war, haben wir nach den Kosten gefragt. Wir fragen zum dritten Mal nach den Kosten, und Herr Kollege John, Sie können unbesorgt sein, wir werden darauf ein wachsames Auge haben, daß nicht für eine Universität bedenkenlos Geld zur Verfügung gestellt wird, wenn die Fachhochschulen die personellen und sachlichen Mittel, die sie benötigen, nicht bekommen. Wenn Sie dabei mit mir einer Meinung sind, dann sollten Sie auch unserem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Nun hat das Wort Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Sinn eines solchen, von der CDU angeforderten Berichts — ich muß es hier auch noch einmal sagen — ist mir nicht ganz klar. Einmal ist bereits ein Bericht hinsichtlich der Kosten vorgelegt worden, und zwar am 25. August 1970, in der Drucksachenabteilung I Nummer 119 abzulesen, zum anderen fehlt es hinsichtlich des Vollzugs des verabschiedeten Gesetzes über die Fachhochschulen an der erforderlichen Mitwirkung der Fachhochschulen. Das muß hier auch einmal sehr deutlich gesagt werden. Wir haben ja die Fragen der Studienordnung und der Prüfungsordnung, die erlassen werden müssen, schon geregelt. Zweifellos könnte der Senator für das Bildungswesen beziehungsweise der Senat der Freien Hansestadt Bremen von sich aus handeln, wir legen aber großen Wert darauf, daß hier der demokratische Fluß und das Wechselspiel stattfinden, und daß die Meinungen der Fachhochschulen mit einfließen. Wir sind aber infolge des noch nicht vollen Funktionierens der Kollegialorgane nicht in der Lage, eine solche Aufgabe im Augenblick zu erfüllen. Das muß man doch einfach sehen. Es ist ein Umstellungsprozeß.

Es geht doch gar nicht darum, Herr Abgeordneter Schepers, hier große Worte zu machen. Wir wollen die armen Fachhochschulen, die ja gerade erst gegründet worden sind, nicht etwa versacken lassen, wir denken gar nicht daran, sondern wir haben ja für die Höheren Fachschulen, dann die Akademien und jetzt für die Fachhochschulen ganz Entscheidendes und Entschiedenes geleistet. Ich glaube, das kann das ganze Haus für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die Folgekosten sind ganz einfach nachzulesen zumindestens, wenn die Bürgerschaft das entsprechend honorieren würde, an den Beschlüssen der Deputation für Kunst und Wissenschaft zum Haushalt 1972/73. Das haben Sie doch selber mit beschlossen. Da können Sie nachlesen, was das alles kostet. Ob wir in der Lage sind, schon im ersten und im zweiten Schritt entsprechend zu verfahren, oder ob nicht die Bürgerschaft aus übergeordneten Gründen gezwungen sein wird, an der einen oder anderen Stelle etwas abzustreichen, das wird sich herausstellen, wenn wir Ende dieses Jahres die Haushalte der Freien Hansestadt Bremen Stadtgemeinde beziehungsweise des Landes beraten. Ich muß ganz ehrlich sagen, ich verstehe nicht, was ein solcher Bericht soll, der doch nur Fakten wieder aufzeigen kann, die dem Hause oder doch zumindest denjenigen, die sich unmittelbar mit der Materie befassen, längst bekannt sind.

Auch die Frage der Pflichtstundenzahl für die Dozenten ist ja diskutiert worden, und es ist doch auch bekannt, daß gerade die Deputation für Kunst und Wissenschaft Wert darauf gelegt hat, daß noch keine endgültige Entscheidung fällt, sondern daß der Senator für das Bildungswesen beauftragt worden ist, rückzufragen in anderen Bundesländern, wie hier die Pflichtstundenzahl geregelt werden soll, damit man in der Bundesrepublik möglichst einheitlich verfährt und nicht an der einen Stelle günstigere oder ungünstigere Regelungen Platz greifen, als es in den übrigen Bundesländern der Fall ist.

Solche Befragungen lassen sich nicht von heute auf morgen durchführen, es ist immer sehr schwer, von den einzelnen Kultusverwaltungen auch entsprechende Antworten zu bekommen. Es stehen mehrere Länder noch aus, aber ich kann sagen, daß der augenblickliche Stand dahin geht, daß zwischen 18 und 24 Stunden im Augenblick die Regel sind, jedoch zeigt die Tendenz deutlich auf die 18-Stunden-Regelung.

Das sind jedoch alles Punkte, die letzten Endes nachher entschieden werden müssen von diesem Hause, und die vorentschieden und vorberaten worden sind in der Deputation für Kunst und Wissenschaft. Es gibt keinen einzigen Punkt, der hier angesprochen worden ist, der nicht entweder schon beraten worden ist, der nicht bearbeitet wird oder der schon durch frühere Diskussionen bei Anfragen gegenstandslos geworden ist.

Ich muß deshalb von mir aus, von meinen Hause aus und von meinem Amt aus sagen, daß ich nicht der Überzeugung bin, daß ein solcher Bericht irgend etwas Neues bringen würde, und ich würde deshalb dankbar sein, um auch die Verwaltung nicht unnötig zu belasten, wenn auf einen solchen Bericht verzichtet würde.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Nun hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Ströh, ich habe den Eindruck, daß Sie eine Art Buhmann in der Wahl sehen und irgendwie Angst davor haben. Sie bauen immer und immer wieder diese Wahl, die doch erst zum 10. 10. vor uns steht, hier in diesem Raum auf.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Das ist sein Trauma!)

Ja, das ist wirklich eine Art Trauma bei Ihnen, Herr Ströh! Ich will Ihnen ganz offen bekennen, zumindest in den Stunden, in denen ich mich in diesen Räumen befinde, pflege ich an die Wahlvorbereitungen nicht zu denken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, soeben ist von Herrn Senator Thape darauf hingewiesen worden, daß wir von seiten der Deputation damit rechnen müßten, daß von unseren Forderungen, die wir dort gestellt hätten, hier und dort etwas abgestrichen werden müsse.

(Senator T h a p e : Das habe ich nicht gesagt, ich habe gesagt, daß es möglich sein kann!)

Ja eben, daß es möglich sein würde. Nach meinen Kenntnissen der finanziellen Lage Bremens glaube ich, Herr Senator, daß wir glücklich sein können, wenn hier und da noch etwas hängen bleibt. Wir müssen leider damit rechnen, daß sehr, sehr viel abgestrichen wird.

Das ist ja gerade der Punkt, der uns bereits im vergangenen Jahr zur ersten Lesung des Fachhochschulgesetzes veranlaßt hat, nach den Kosten zu fragen und die Lesung nicht mitzumachen, weil wir uns sagten, wir wollten keine einfache Umfirmierung. Wir meinten, wenn etwas umbenannt würde, sollte die Sache auch finanziell abgesichert sein. Wir haben bis heute noch keine klare Zusage, daß diese finanzielle Absicherung gegeben ist. Im Gegenteil, gerade wir, die wir in der Deputation mitgearbeitet haben, wissen doch alle, daß bis 1972/73 nach den bisherigen Vorstellungen, soweit sie heute möglich erscheinen, überhaupt nicht daran gedacht werden kann, daß unsere Bremer Fachhochschulen echten Hochschulcharakter bekommen können.

(Abg. K l e i n [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist der Punkt, meine Damen und Herren, von dem ich meine, daß wir ehrlich sein sollten gegenüber all denen, die heute an den Fachhochschulen tätig sind, daß wir hier klipp und klar sagen sollten, wie die Dinge aufgrund der miesen Finanzlage Bremens gesehen werden müssen.

Wenn Sie, Herr Ströh, nun sagen, das hätten doch die Deputierten unserer Fraktion alles wissen müssen, entgegne ich: Wir wissen nur, was in der Deputation für Kunst und Wissenschaft unter dem Druck der Verhältnisse für die Fachhochschulen als möglich angesetzt worden ist. Hier haben wir aber gefragt, was erforderlich ist, um dem neuen Auftrag nachkommen zu können. Dafür, Herr Ströh, sind ganz andere Summen erforderlich, von denen ich mir exakt keine Vorstellung machen kann, obgleich ich in der Deputation für Kunst und Wissenschaft bin. Vielleicht sind Sie wesentlich klüger in diesem Punkt als ich.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Sieling, sind Sie einverstanden, daß der Abgeordnete Ströh eine Frage an Sie richtet?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Dr. Sieling, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie gerade eben behauptet, Ihnen sei der gesamte Umfang des Bedarfs, den die Fachhochschulen eigentlich stellen müßten, nicht bekannt? Ist Ihnen die Diskussion in der Deputation für Kunst und Wissenschaft, in der die ganzen Einzelheiten und auch die Anforderungen der Fachhochschulen bis ins einzelne diskutiert worden sind, wirklich entgangen?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Ich muß Ihnen ganz offen sagen, daß ich dieser Diskussion, an der ich ja selbst teilgenommen habe, in bezug auf die finanziellen Abdeckungen der gestellten Forderungen nichts habe entnehmen können.

(Abg. Wilma L a n d w e h r [SPD]: Ja, aber doch nicht Abdeckungen!)

Die finanziellen Abdeckungen kann man doch einer solchen Diskussion nicht entnehmen. Wir haben gehört, was die Vertreter der Fachhochschulen personell und materiell für erforderlich halten. Das muß aber doch alles erst einmal in D-Mark umgerechnet werden. Können Sie mir denn ad hoc sagen, wieviel Finanzmittel es zum Beispiel kosten würde, wenn alle Dozenten der Fachhochschulen zu Professoren nach H 3 und H 4 gemacht und letztlich nur noch 12 Stunden in der Woche zu unterrichten hätten? Können Sie mir das wirklich sagen? Ich kann es nicht!

(Abg. K l e i n [CDU]: Können Sie es vor allen Dingen konkretisieren?)

Unsere Finanzdeputierten in der Fraktion könnten es auch nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Sitzung nicht unnütz aufhalten und ich möchte nicht über 19 Uhr hinweg sprechen. Ich kann nur sagen: Uns geht es darum, daß der Senat durch sein Zutun, durch die Stellungnahmen seines Senators für das Bildungswesen, der damals auf unsere Fragen erklärt hat, daß die Fachhochschulen zunächst gar nicht mehr kosten und später höhere Kosten erst langsam anlaufen würden, bis heute noch keine

klare Antwort auf unsere Fragen gegeben hat und das wahrscheinlich auch gar nicht kann!

Dieser Senat und mit ihm natürlich auch die Fraktionen dieses Hauses, soweit diese sich ohne finanzielle Abdeckung für die schnelle Umfirmierung der Akademien zu Fachhochschulen eingesetzt haben, sind in einen Vollzugszwang geraten, dem sie heute noch ausgesetzt sind. Ich meine, Sie sollten klar erklären, wenn Sie finanziell nicht können, daß zunächst einmal ein Bankrott vorliegt und daß die Betroffenen noch Jahre warten müssen, bis Sie das erreichen, was Ihnen heute vorschwebt.

Meine Damen und Herren, wir fordern, daß dieser Beschluß der Umwandlung inhaltlich vollzogen wird, wir fordern aber auch, daß uns dargestellt wird, was die ganze Sache kostet. Wir brauchen diese Angaben schon im Hinblick auf die kommenden Haushaltsberatungen, denn dort werden die entsprechenden Anträge von den einzelnen Fraktionen zusätzlich zu den Deputationsanträgen auf uns zukommen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Sieling, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John zu beantworten?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Jawohl!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Dr. Sieling, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß der Beschluß des Hauses, dem ja auch Ihre Fraktion zugestimmt hat, Fachhochschulen zu schaffen, im vergangenen Jahr richtig war, ungeachtet der Tatsache, daß wir wußten, eine Übergangszeit mit verschiedenen Erscheinungen ist nicht auszuschließen?

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr John, ich glaube, Sie wissen sehr gut, daß dieser Beschluß, aus der Sicht Bremens gesehen, voreilig war.

(Abg. J o h n [FDP]: Sie haben aber doch voriges Jahr zugestimmt!)

Wir haben schnell wieder etwas auf die Beine gestellt, ohne es finanziell abdecken zu können. Es gibt in der Optik zunächst etwas her! Ich erinnere nur an folgende Tatsache: Unsere heutige Fachhochschule und frühere Sozialakademie hat Anmeldungen über Anmeldungen. Woran liegt das? Warum kommen Anmeldungen von weit außerhalb Bremens? Doch deshalb, weil wir so vorzeitig Fachhochschulen besitzen, ohne daß die zuführenden Schulen bereits vorhanden wären und damit die Möglichkeit besteht, ohne die Vorbildung, die demnächst für den Eintritt in die Fachhochschule erforderlich ist, in Bremen schnellstens noch durch eine Fachhochschule laufen zu können. Man setzt sich sogar in München auf die Eisenbahn und fährt hierher, um auf diese Weise ohne entsprechende Vorbildung auf eine Fachhochschule kommen zu können.

Wir wissen allesamt, daß diese Probleme damit verbunden sind, und ich möchte Ihnen ganz klar sagen, zumindest der damalige Zeitpunkt war zu früh, falls man von einer bloßen Umfirmierung, wie wir es damals bereits gesagt haben, wegkommen wollte, falls man diese Fachhochschulen inhaltlich entsprechend ausgestalten wollte.

(Abg. J o h n [FDP]: Das hätten Sie vorher sagen müssen!)

Daher meine ich: Schließen Sie sich heute unserem Antrag an, damit wir aus dem Munde des zuständigen Senators hören, was die ganze Geschichte kosten wird, was auf uns zukommen wird. Wenn Sie aber Sorge in bezug auf diese Zahlen haben, dann lassen Sie den Anschluß an unseren Antrag lieber sein. Sie müssen sich dann jedoch sagen lassen, daß Sie bislang nur umfirmiert haben, ohne inhaltlich an den heutigen Fachhochschulen gegenüber den damaligen Akademien Entscheidendes verändert zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß ich Ihre Aufmerksamkeit noch einige Minuten in Anspruch nehme.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Wir hören Sie immer gern!)

Aber hier sind von Herrn Dr. Sieling Behauptungen aufgestellt worden, die einfach nicht unwidersprochen im Raume stehen bleiben können.

Herr Dr. Sieling, darf ich Sie noch einmal in aller Freundschaft auf die Deputationsvorlage 163 vom 14. Oktober 1970 hinweisen, in der im einzelnen, für jede Fachhochschule, der Bedarf festgestellt worden ist. Sie ersparen mir, daß ich jetzt die Summen der einzelnen Positionen zusammenzähle, ich habe keine Rechenmaschine da.

Zum anderen darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß ausweislich des Protokolls der Deputationssitzung vom 28. März 1971 der Bedarf der Fachhochschulen von den Fachhochschulen selbst vorgetragen worden ist, in allen ihren Einzelheiten, in der gesamten Höhe, und daß wir uns bemüht haben, den Fachhochschulen klarzumachen, daß ihr an sich wohl berechtigter Bedarf unter Berücksichtigung der uns zur Verfügung stehenden Mittel in der gewünschten Höhe nicht realisierbar ist. Daran haben Sie mitgewirkt, Herr Dr. Sieling. Ihnen sind also die Anforderungen der Fachhochschulen bis ins einzelne bekannt. Da kann man sich doch nicht hierherstellen und sagen, wir wissen von nichts. Wenn das wirklich der Fall ist, meine Damen und Herren, dann hat die CDU-Fraktion sich selbst abqualifiziert.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben sich hier eine ganze Stunde darüber unterhalten, was Sie in der Deputation gesagt oder nicht gesagt haben. Da wir keine absolute Klarheit gewonnen haben, aber diese Klarheit, die der Antrag fordert, gewinnen wollen, werden wir den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen.

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU und NPD — Abg. F i s c h e r [CDU]: Gegenprobe!)

Es wird Gegenprobe gewünscht.

Wer den Antrag ablehnt, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dagegen SPD und FDP)

Der Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Schluß der heutigen Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir werden den noch offenen Punkt 14 morgen beraten. Ich schlage Ihnen vor, daß wir morgen um 10 Uhr mit der Bürgerschaft (Landtag) beginnen. Das hat zur Folge, daß sich die Einberufung der Stadtbürgerschaft, die auf 10 Uhr fixiert war, verschieben wird. Sie wird im Anschluß an den Landtag stattfinden. Sie sind einverstanden. Dann wird so verfahren. Die Bürgerschaft (Landtag) kommt morgen um 10 Uhr zusammen.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 19.01 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen